

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

6 · 2010

THEMA

WKO-Umfrage: Drei von vier Befragten geben Gemeinden Bestnoten ▶ 20

PRAXIS

Kommunales Bauen: Neues Projekt zur „Rettung alter Bausubstanz“ ▶ 52

CHRONIK

Neuer Präsident: Oberösterreichischer Gemeindetag kürt Hans Hingsamer ▶ 88



Foto: iStock

THEMA

Altenpflege: Ein Problem mit Riesenchancen

Die Gemeinden warnen seit langem vor einem Kollaps des Pflegesystems in Österreich. Wir zeigen auf, dass die „Pflege“ aber auch eine Chance für Gemeinden darstellt und wie groß das Vertrauen ist, das die Bevölkerung dabei den Kommunen entgegenbringt.

ab SEITE 10

**Wo wird Energie
effizient eingesetzt?**

**Wo wird in den „Büros
der Zukunft“ gearbeitet?**

**Wo forscht man in einem
lebendigen Campus?**



In der neuen Siemens City in Wien.

Die Siemens City in Wien-Floridsdorf – eröffnet am 11. Juni 2010 – ist eine „Green City“, in der mit modernsten Technologien zahllose Maßnahmen für aktiven Umwelt- und Klimaschutz realisiert wurden. Rund 6.000 Menschen arbeiten dort in der „Communication Line“ und in den „Büros der Zukunft“ an den Innovationen von morgen und übermorgen. Für Industrie, Energie und Gesundheit. Wir sind Siemens City: www.siemens.at

Answers.

SIEMENS

Reformen und das ewige Diktat der Wahltermine

Die Wahrheit ist zumutbar

Die Finanzierungsprobleme, denen die Gemeinden im Sozialbereich sowie der Pflege- und Altenbetreuung gegenüber stehen, sind keine Neuigkeit. Leider. Schon vor fast einem Jahrzehnt haben die Gemeinden sehr lautstark klar gemacht, welche Entwicklung hier droht. Demographie ist vorhersehbar, und die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen von morgen ist heute schon lange bekannt. Schon damals habe ich die Idee einer Pflegeversicherung eingebracht und wurde damals sowohl von Landes- als auch Bundespolitikern belächelt. Die Bevölkerung hätte dafür mehr Verständnis gehabt, als viele glauben. Schließlich versichert man sich heutzutage gegen vieles, gegen Krankheit, gegen Naturkatastrophen, gegen die Folgen von Unfällen. Warum sollte man das nicht bei der Pflege auch tun? Vor einigen Jahren wäre es noch möglich gewesen, dieses Finanzierungsproblem mit relativ geringen Beträgen in den Griff zu bekommen. Jetzt ist die Situation anders und ungleich schwieriger. Die Kosten steigen rasant, in vielen Gemeinden um zweistellige Prozentsätze pro Jahr. In einer wirtschaftlichen Lage, in der gleichzeitig die Einnahmen dramatisch wegbrechen, kann diese Rechnung nicht mehr aufgehen.

Was wir Kommunalpolitiker schon immer wissen, sollte den Politikern anderer Ebenen ins Stammbuch geschrieben werden. Notwendige Veränderungen auf dem Altar parteipolitischer Überlegungen zu opfern, ist unredlich. Nachhaltige Maßnahmen und Reformen sind unabhängig von Wahlterminen zu setzen. Irgendwo in Österreich sind im Laufe eines Jahres immer Wahlen, demnächst in der Steiermark und in Wien. Aus Rücksicht auf diese Termine und aus Angst vor einem negativen Ergebnis werden akute Probleme seit vielen Monaten nicht mehr

angegriffen, dringend nötige Reformen werden nicht auf den Weg gebracht, obwohl jedem Politiker – vor allem aber auch den Menschen – klar ist, dass es keine Alternative dazu gibt. Mit Recht fragen sich viele, warum diverse Hilfspakete so schnell durchgepeitscht wurden, man bei strukturellen Reformen aber zögert. Seit Monaten, seit Jahren mahnen wir Gemeinden eine Aufgabenreform ein. Es muss endlich klar sein, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist. Es kann nicht sein, dass für die Kinderbetreuung drei Verwaltungsebenen zuständig sind, gleiches gilt für die Alten- und Pflegebetreuung.

Kürzlich habe ich den Vorschlag eines „Pakt für Österreich“ in die politische Diskussion eingebracht. Es wird Zeit, dass alle Parteien, Sozialpartner und betroffenen Ebenen und Einrichtungen sich an einen Tisch setzen, um gemeinsam ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen sichert. Unabhängig von Wahlterminen und politischen Spielchen. Jeder weiß, dass es großer Veränderungen bedarf, und metaphorisch gesehen ist es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern schon eine Minute vor zwölf. Wenn es gelingt, im Rahmen so einer Initiative Einigkeit herzustellen und ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, dann wird das von den Menschen mitgetragen werden. Verunsicherung entsteht nämlich vorwiegend dadurch, dass jeden Tag neue und unausgeregorene Vorschläge auf den Tisch kommen. Die Menschen wollen wissen, was auf sie zukommt, und sie sind bereit, ihren Beitrag zu leisten. Davon bin ich fest überzeugt. Weil die Wahrheit zumutbar ist.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Verunsicherung entsteht vorwiegend dadurch, dass jeden Tag neue und unausgeregorene Vorschläge auf den Tisch kommen. Die Menschen wollen wissen, was auf sie zukommt, und sie sind bereit, ihren Beitrag zu leisten. Davon bin ich fest überzeugt.

THEMEN

Gemeindebund

- 10 Die Pflegeproblematik: Eine unlösbare Herausforderung?
- 12 Altenbetreuung und Pflege: Es gibt keine Patentlösung, nur ein paar Denkansätze
- 13 Vizepräsident Ernst Schmid im Interview: Ohne Reformen wird's wohl nicht gehen
- 14 Analyse: Die Chancen für die Entwicklung unseres Pflegesystems sind intakt
- 16 Einsparungsmöglichkeiten im Pflegebereich sind da – aber der Wille auch?
- 18 Befugnis zur Anordnung von Freiheitsbeschränkungen: Über die Aufgaben der Pflegeheim-Einrichtungsträger
- 20 Interview Peter Haubner: Der Wirtschaftsbund-General im Gespräch über die „Bundesländer im Zukunftscheck“
- 22 Kommunale Sommergespräche 2010
- 24 Verkehrssicherheitspreis Aquila 2010 verliehen
- 37 57. Österreichischer Gemeindetag und KOMMUNALMESSE in Graz
- 46 Interview mit Umweltminister Niki Berlakovich: Kommunales Bauen ist oft Leben mit Naturgefahren

Recht & Verwaltung

- 26 Internes Kontrollsystem (IKS) in Gemeinden: Risikomanagement muss in Gemeinden „gelebt werden“

Europapolitik

- 33 EU-Kommission: Biomüll bleibt national
- 34 Unterschwellenvergabe: Grundregeln der Gleichbehandlung und Transparenz sind zu beachten
- 36 AdR: Werden Sie Österreichs EU-Bürgermeister/in 2011



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at
Tel.: 01/532 23 88

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:

www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Dr. Elisabeth Dearing
(Bundeskanzleramt)
Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)
Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)
Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)
Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)
Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)
Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)
Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)
Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)
Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt
aus nachhaltig bewirt-
schafteten Wäldern
und kontrollierten
Quellen – www.pefc.at

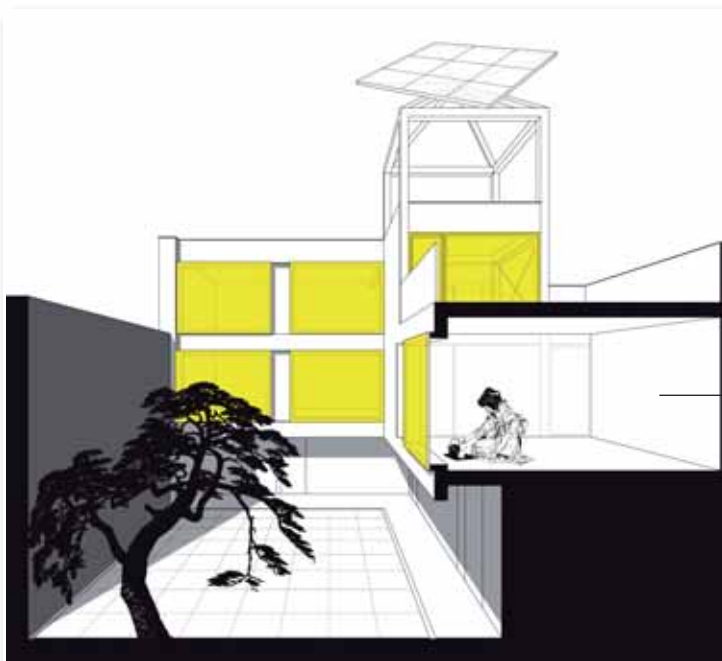


Druckauflage: **34.500**
(Jahresdurchschnitt
2009)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der Messe München, der Salzburg AG und von Spann- beton LTD bei.



PRAXIS

Kommunaler Bau

- 52 Neues Leben in alte Häuser: Ein Projekt zur Rettung alter Bausubstanz in Gemeinden
- 60 Quadrangle Housing: Urbanes Wohnen oder der Traum vom Einfamilienhaus im 3. Jahrtausend
- 68 Neue Kindergärten müssen nicht hässlich sein – ein Plädoyer für innovative Lösungen
- 72 Vergaberecht als Mittel zur Kosteneinsparung
- 73 Energetische Sanierung: Wie Energieausweis und Immobilienwert zusammenhängen

Friedhof & Bestattung

- 80 Kommunale Aufgabe „Friedhof“: ... bis zur Bahre

CHRONIK

- 86 Vizepräsident Alfred Riedl im Interview: Mehr Solidarität unter Gemeinden ist künftig nötig
- 88 Oberösterreichischer Gemeindetag: Situation so dramatisch wie noch nie
- 89 Johann Hingsamer neuer Präsident in OÖ
- 90 Kuratorium für Verkehrssicherheit: Achtung vor Autodieben
- 92 Versicherungen: Eine „Managerhaftpflicht“ würde Sinn machen in den Gemeinden
- 94 Aus den Bundesländern
- 98 Personalien, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix
- 110 Vorschau & Service



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Gemeinden stehen in der jetzigen Situation einmal mehr auf dem Prüfstand. Die wirtschaftliche Lage ist prekär und die Volatilität im Markt scheint weiter zu steigen. Planungssicherheit, sofern es solche jemals gegeben hat, ist Geschichte und Österreichs Kommunalpolitiker sind einmal mehr gefragt, höchste Managementqualitäten aufzubringen. Dabei wird vor allem ein wesentlicher Vorteil der Gemeinden zum Tragen kommen, die Autonomie und dadurch ihre Anpassungsfähigkeit.

Schon Darwin hat erkannt, dass nicht die Stärksten oder die Größten überleben, sondern eben diese Anpassungs-



Michael Zipper
Geschäftsführer

fähigsten. Umgelegt auf die Kommunalpolitik heißt das, Veränderungen schnell durchführen zu können, stets die richtigen Partner an der Hand zu haben und um den Fortschritt zu erkennen, technisch immer am Puls der Zeit zu sein.

Aus diesem Grund kommt der diesjährigen Kommunalmesse im Rahmen des Gemeindetags eine besondere Bedeutung zu. Die kommunale Kontaktmesse ist der ideale Ort der Begegnung

für zukünftige Partnerschaften, Information zu neuesten technischen Entwicklungen und für den Austausch von Praxistipps. Gemeinsam mit Kollegen als auch mit den führenden Unternehmen der Kommunalwirtschaft kann hier an bestehenden Problemstellungen getüftelt werden und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden. Vor allem sollen aber alte Netzwerke intensiviert und neue gegründet werden.

Und dass Netzwerke unter Kommunalpolitikern immer wichtiger werden, wissen wir spätestens seit der immer intensiver werdenden Diskussion über interkommunale Zusammenarbeit.

GEPRÜFT

Gesetzesänderung: Gemeindebund entsetzt über Antrag von SPÖ und ÖVP

Bahn frei für teure Drei- und Vierfachprüfungen der Gemeinden?

Mitte Juni 2010 wurde das „Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Rechnungshofgesetz 1948, das Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 und das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert werden“ im Parlament eingebracht. Am Tag danach titelten die Medien so: „Koalition einig: Mehr RH-Kontrolle für Gemeinden“. „Der Rechnungshof soll künftig auch kleinere Gemeinden ab 10.000 Ein-

wohner prüfen dürfen. Derzeit liegt die Grenze bei 20.000 Einwohnern. Die Regierungsparteien haben sich damit auf eine langgehegte Forderung des Rechnungshofes geeinigt.“ Der Österreichische Gemeindebund hat sich in der Vergangenheit wiederholt und vehement gegen diese Lösung ausgesprochen, da in den Gemeinden eine überbordende Prüfungsflut befürchtet wird – wodurch beabsichtigte Einsparungs-

potenziale bei Verwaltungsreformen auch ad absurdum geführt werden. Die Gemeinden unterliegen derzeit ja schon der Prüfungskompetenz der Gemeindeabteilungen der Länder. Überhaupt nicht konfrontiert wurde der Österreichische Gemeindebund bisher mit der Änderung der Prüfungskompetenz des Rechnungshofes hinsichtlich der Gemeindeverbände. Was den Gemeindebund auch befremdet ist die Tat-

GEPRÜFT



... und da reden alle vom Einsparungspotenzial im Verwaltungsbereich.

sache, dass der Entwurf nicht nur keine Doppelprüfungen verhindert, sondern im Gegenteil die doppelte Prüfung durch Landes- und Bundesrechnungshof vorsieht. Mehr auf www.gemeindebund.at



Salzburg: Neues Bezügegesetz gilt ab 1. Juli – vor allem kleine Gemeinden fahren gut

Mehr Geld für Salzburgs BürgermeisterInnen



Salzburg ködert Kandidaten für das Bürgermeisteramt mit höheren Bezügen.

Der Salzburger Landtag hat ein neues Bezügegesetz beschlossen. Damit winkt den 118 Salzburger Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ab 1. Juli eine Gehaltserhöhung, die vor allem in den kleinen Gemeinden kräftig ausfällt. Sie macht in den 23 Orten unter 1000 Einwohnern 26,9 Prozent aus, in Saalfelden und Hallein (die einzigen Orte über 13.000 Einwohner) erhalten die Ortschefs um 1,56 Prozent mehr, in Wals (über 11.000 Einwohner) um 1,82 Prozent.

Im selben Ausmaß wie bei den Bürgermeistern steigen auch die Bezüge der Vizes und der Gemeinderäte. Da-

zu erhöht das Land auch die Sitzungsgelder von bisher 39,20 auf 48,10 Euro pro Tag. Die Mehrkosten liegen jetzt bei 916.693,40 Euro im Jahr allein für die Bezüge – die Sitzungsgelder und Abgaben kommen noch dazu. Außerdem gibt's für Bürgermeister eine kleine Abfertigung: Nach zwei Jahren im Amt einen Monatsbezug, das steigert sich bis zu sechs Monatsgehältern nach zwölf Jahren als Bürgermeister. Mit dem neuen Bezügegesetz möchte Salzburg die Gemeindepolitik aufwerten: Bei der Wahl im vergangenen Jahr hatte sich vielfach nur ein Kandidat gefunden.

EU: Bericht angenommen

Öffentliches Auftragswesen

Der Bericht der deutschen Grün-Abgeordneten Heide Rühle über neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen wurde im Europäischen Parlaments verabschiedet. Damit hat sich das EU-Parlament klar gegen eine Konzessionsrichtlinie ausgesprochen und die Kommission daran erinnert, dass zahlreiche vergaberechtliche Fragen durch den EuGH geklärt sind. Die Abgeordneten unterstützen ausdrücklich die interkommunale Zusammenarbeit und warnen die Kommission davor, diese vergaberechtlichen Maßstäben zu unterwerfen.

Gemeindetag: Außenminister stellt Initiative vor

Europagemeinderäte gesucht

Bürgermeister und Gemeindevorteiler sind meist die ersten Ansprechpartner, wenn es um Sorgen oder Anliegen zu Europa geht. Viele EU-Bestimmungen wirken sich unmittelbar auf die Gemeinden aus oder sind dort umzusetzen.

Außenminister Michael Spindelegger hat deshalb vorgeschlagen, in möglichst vielen Städten und Gemeinden „EU-Gemeinderäte“ zu gewinnen.

Diese Europa-Beauftragten sollten – ähnlich wie Ge-



Außenminister Michael Spindelegger wird die Europagemeinderäten-Initiative auf dem Gemeindetag präsentieren.

meindereferenten für Umwelt- oder Jugendfragen – als Ansprechpartner und Drehscheiben für EU-Themen in den Gemeinden fungieren.

Am 9. September um 13.30 Uhr wird Bundesminister

Spindelegger Ziel und Inhalt der Initiative, die Anfang des Jahres gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission gestartet wurde, im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages präsentieren.

RGRE: Wahl im Dezember

Mehr Frauen in die Delegation

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) will seine Frauenquote erhöhen. Im Falle der österreichischen Delegation bedeutet dies, dass sich unter den vier von Gemeindebund und Städtebund nominierten Delegierten mindestens eine Frau finden muss.

Am 6./7. Dezember wird in Luxemburg das RGRE-Präsidium sowie der Exekutiv-ausschuss neu gewählt sowie die nationalen Delegationen erneuert.

KOMMUNALMESSE 2010

Mexiko City: Lokale Auswirkungen der Krise

Weltkongress der Städte und Gemeinden

Der dritte Weltkongress der Städte und Gemeinden wird von 16. bis 20. November in Mexiko City stattfinden.

Im Mittelpunkt der Debatten werden die lokalen Auswirkungen globaler Krisen, die Stadt im Jahr 2030 so-

wie die politische Beteiligung von Städten und Gemeinden stehen.

Jedes dieser Themen wird im Rahmen einer Plenarsitzung vorgestellt und in Workshops diskutiert.

www.uclgcongress.com

Brüssel: Europäische KMU-Woche 2010

Unterstützung der unternehmerischen Initiative

Schwerpunkt der heurigen Europäischen KMU-Woche war die Förderung der unternehmerischen Initiative als Karrieremöglichkeit insbesondere für jüngere Men-

schen. Es wird geschätzt, dass mehr als drei Millionen Menschen an den 1261 Veranstaltungen in 37 Ländern in ganz Europa teilgenommen haben.

EU: Europäisches Forum für regionale Initiativen

Nachhaltige Projekte vor den Vorhang

Vielen Bürgermeistern ist die europäische Woche der nachhaltigen Energie bereits ein Begriff. Nun startet die EU-Kommission einen Versuch, erfolgreichen Projekten auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene

sowie Projekten der Privatwirtschaft ein europäisches Forum zu geben. Das Beitrittsformular kann im Brüsseler Gemeindebund-Büro, oegemeindebund@skynet.be angefordert werden.



KMU und Kleinunternehmen konnten auf Veranstaltungen ihre Erfahrungen austauschen und ihre Geschäftstätigkeit ausbauen.

Polizei: Kriminalstrategische Planung

Maßnahmen gegen die Massenkriminalität

Das Bundeskriminalamt geht mit einer Reihe von Maßnahmen gegen die Massenkriminalität vor. Ihren Ausgangspunkt nehmen die Maßnahmen im Büro für Kriminalstrategie im Bundeskriminalamt. Ein „Masterplan des Bundeskriminalamts zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität“ hat wesentlich dazu beigetragen, dass die

Zahl der Einbrüche in Wohnungen und Privathäuser zu Jahresbeginn deutlich zu sinken begonnen hat. Wichtige Punkte des „Masterplans“ sind gezielte Schwerpunktaktionen, intensive Strukturermittlungen, verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und strategische Maßnahmen wie detaillierte Analysen über Tätergruppen, ver-



Die Polizei wird verstärkt Schwerpunktaktionen durchführen.

stärkte kriminalpolizeiliche Kontrollen im gesamten Bundesgebiet, Kriminalitätskontrollen auch bei Verkehrskontrollen und verstärkte Spurensicherung an den Tatorten. Zudem setzt die Polizei auf eine intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und bietet „Si-

cherheitschecks“ für Unternehmen an. Schwerpunktaktionen mit intensiven Kontrollen auf der Straße sind ein zentrales Element des Masterplans. Basis für die Schwerpunktaktionen sind kriminalpolizeiliche Analysen des Bundeskriminalamts.

Frage der Woche

60 Prozent wollen Radarüberwachung

Ein klares Ergebnis brachte die Frage der Kalenderwoche 23 auf Kommunalnet.at. 60 Prozent wollen die Radarüberwachung. Kein klares Ergebnis gab's auf die Frage, wann Zeltfeste sperren sollen (KW 22). 47 Prozent wollen vor 2 Uhr, 53 nach 2 Uhr Sperrstunde.

Feinstaubgesetz: Fahrverbote für alte Autos und Umweltzonen in Kommunen

Graz will 2011 mit Umweltzonen vorpreschen

Im Ministerrat wurde eine Novelle zum Immissionschutzgesetz-Luft (IG-Luft) beschlossen, die eine deutliche Verschärfung des Feinstaubgesetzes und in Folge eine Beschränkung des Verkehrs in den Städten bringen kann. Konkret gibt die Novelle (die noch vor dem

Sommer im Parlament behandelt werden soll) den Landeshauptleuten deutlich mehr Befugnisse und es wird der Weg für Umweltzonen in den Städten geebnet. Für umweltschädigende Fahrzeuge gilt in diesen Zonen dann ein absolutes Fahrverbot. Graz wil das bereits im

Herbst 2011 wahr machen. Von fast allen Parteien wird die Novelle begrüßt, einzig ARBÖ und ÖAMTC sind dagegen (ineffizient; Belastungen für Autofahrer). Das Umweltbundesamt hat unterdessen aktuell an 30 Stellen in Österreich erhöhte Messwerte festgestellt.



Foto: © European Union, 2010

Beim mobilen Breitband-Zugang liegt die Alpenrepublik weit über dem EU-Schnitt und rangiert im Länder-Vergleich an dritter Stelle hinter Finnland und Portugal.

Handy: Immer mehr Breitband-Zugänge

Mobiles Internet wird immer beliebter

2009 ist die Anzahl der Gesprächsminuten um acht Prozent gestiegen, bei den SMS gab es eine Zunahme um 22 Prozent im Vergleich zu 2008. Hoffnungsschimmer der Handynetz-Anbieter bleibt das mobile Breitband. Die Nutzerzahlen haben sich 2009 laut einem Bericht auf der ORF-Onlineplattform „Futurezone“ um 33 Prozent auf 1,29 Millionen erhöht. Das transportierte Datenvolumen lag bei 16,3 Millionen Gigabyte, für 2010 rechnet das Forum

Mobilkommunikation (FMK) mit einer Verdoppelung der Datenmenge. 15 Prozent der Österreicher haben bereits einen mobilen Breitband-Zugang. Damit liegt die Alpenrepublik weit über dem EU-Schnitt und rangiert im Länder-Vergleich an dritter Stelle hinter Finnland und Portugal. Als Grund dafür führt FMK-Präsident und Orange-Chef Michael Krammer die mangelnde Qualität des Festnetz-Breitbandes in Österreich an.

Postpartner: Kirchham

Gemeinde übernimmt Job

Laut Informationen von Kirchhams Ortschaftschef Hans Kronberger steht die 118 Jahre alte Postfiliale des Orts vor der Schließung. Im einer Gemeinderatssitzung wurde daher beschlossen, dass die Gemeinde mit Ausnahme des Bankgeschäfts sämtlich Postdienstleistungen in der Bürgerservice-stelle der Gemeinde übernimmt. Dazu werden eigens zwei Mitarbeiter geschult, so Kronberger, der damit vor allem eine weitere Sicherung der Nahversorgung garantieren will.

Österreichs Gemeinden machen sich fit!



Mitmachen und anmelden:
Ab 1. Juli 2010 unter
www.bummbumm.at

26.  ktober
Gemeinsam gesund bewegen Tag

Nach dem großen Erfolg im Jahr 2009 freuen sich Fonds Gesundes Österreich und Bundesministerium für Gesundheit, auch heuer wieder den „**Gemeinsam gesund bewegen**“ Tag zu veranstalten.

Knapp 300 **Gemeinden**, **Sportvereine** und **Partner** sowie 60.000 **Österreicherinnen** und **Österreicher** haben im letzten Jahr aktiv teilgenommen.

So möchten wir auch heuer alle Gemeinden, Sportvereine und interessierte Organisationen aufrufen, **aktiv** zu werden und mitzumachen.

Machen Sie sich fit für den 26. Oktober 2010!

Denn ganz Österreich macht mit beim größten Gesundheits- und Bewegungstag für Groß und Klein.

Als besonderes Service bietet der FGÖ das Aktivpaket für Veranstalter an:

- **Einfache Anmeldung** über die Website www.bummbumm.at – ab 1. Juli 2010
- **Gratis-PR-Paket** für die Veranstaltung (Presstexte, Grafiken, Powerpointunterlagen, Anzeigen etc.)
- Unterstützung bei der Veranstaltung mit kostenlosen **Give aways**
- Jene Veranstaltungen, die über die Website www.bummbumm.at bzw. über Facebook www.facebook.com/gemeinsamgesund die meisten Freunde/Unterstützer aktivieren, werden im September im **Radio** präsentiert





Die Pflegeproblematik – eine unlösbare Herausforderung?

Gewaltige Probleme mit Riesenchancen

Schon seit Jahren warnt der Österreichische Gemeindebund vor einem Kollaps des Pflegesystems im Land. Dann nämlich, wenn die Gemeinden – mit immer neuen Aufgaben ohne die nötigen Mittel über Gebühr belastet – vor den demographischen Fakten kapitulieren müssen.

Aber KOMMUNAL zeigt auf, dass es noch nicht so weit ist, dass es sogar möglich ist, dass die Gemeinden die Probleme mit der Altenpflege zum Positiven wenden können. Es ist dazu aber Mut zur Reform nötig – und wie eine Untersuchung

von Fessel GfK aufzeigt, sind die Gemeinden noch am ehesten diejenigen, denen die Bevölkerung diesen Mut und damit eine Lösung zutraut.

Altenbetreuung und Pflege: Sichere Zukunft für alle – wer soll das bezahlen

Es gibt kein Patentrezept, nur ein paar Denkansätze

Demographisch gesehen wird eine Lösung des Themas Altenbetreuung und Pflege für die Gemeinden immer schneller immer drängender. Im Bereich „Soziales“ verzeichnen die Kommunen einen Negativsaldo von 1,2 Milliarden Euro. Und das war 2008, bevor die Krise wirklich schlagend wurde. Eine eingehende Betrachtung des Themas in KOMMUNAL brachte ernüchternde Zahlen zum Vorschein, aber auch Lösungsansätze, die in die richtige Richtung gehen sollten.

Dr. Robert Hink

Die Dimension des Bereichs Altenbetreuung und Pflege für unser Land und vor allem für die Gemeinden hat große Ausmaße. Da ist zum einen die demographische Entwicklung. Schon heute wissen wir sehr genau, wie sich die Bevölkerungspyramide in 10, 20, 30 oder auch 50 Jahren darstellen wird. Das sind ja keine Prognosen, sondern Fakten, die aufgrund der Geburtsjahrgänge feststehen. Genauso wie im Bildungsbereich oder bei der Kinderbetreuung wissen wir heute schon, was uns in wenigen Jahren und Jahrzehnten bei der Betreuung und Pflege älterer Menschen erwartet. Das wird auch eine Entwicklung sein, die so schnell nicht umkehrbar ist. Zunächst einmal ist es für die Gemeinden wichtig festzuhalten, wer für die Pflege und Altenbetreuung überhaupt zuständig ist. Aber schon auf diese Eingangsfrage gibt es keine eindeutige Antwort, weil das in den einzelnen Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich geregelt ist. In den meisten Bundesländern wandern die Spitäler zwar Schritt für Schritt in die Zuständigkeit des jeweiligen Landes, die Pflege- und Altenbetreuung ist im Regelfall dort aber immer noch Sache der Gemeinden. Die

Gemeinden tragen schwer an dieser Last, weil sie in mehrfacher Hinsicht zuständig und auch Zahler sind. Zum einen errichten sie die meisten Pflegeeinrichtungen selbst. Zum zweiten treten sie oft auch als Betreiber der Heime auf. Zum dritten haben sie – in einem Finanzierungsschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – ihren Beitrag zur Sozialhilfe zu leisten, von der fast die Gesamtheit der Pflegebe-

Im österreichweiten Schnitt hat allein die Steigerung (*der Sozialausgaben, Anm. d. Red.*) von 2007 auf 2008 fast acht Prozent betragen.

dürftigen abhängig ist. Und am Ende entsteht meist noch eine Differenz zwischen all dem, was die Patienten an Beiträgen leisten können, und der Summe, die ein Platz in so einer Einrichtung tatsächlich kostet. Und nun dürfen Sie raten, wer diese Differenz zu begleichen hat. Richtig ... es sind wieder die Gemeinden. Diese Fakten belasten die Gemeinden finanziell in einem ungeheuren Ausmaß. Und damit Sie alle wissen, wovon wir im Sozialbereich in Zahlen reden,

Zunächst einmal ist es für die Gemeinden wichtig festzuhalten, wer für die Pflege und Altenbetreuung überhaupt zuständig ist. Aber schon auf diese Eingangsfrage gibt es keine eindeutige Antwort, weil das in den einzelnen Bundesländern zum Teil sehr unterschiedlich geregelt ist.

darf ich Ihnen einige weitere Eckdaten nennen. Im Jahr 2008 haben die Kommunen allein für den Sozialbereich mehr als 1,6 Milliarden Euro ausgegeben. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus diesem Bereich von 385 Millionen Euro. Die Differenz müssen die Gemeinden aus ihren allgemeinen Budgets abdecken, in Summe also mehr als 1,2 Milliarden Euro.

Eklatante Steigerungsraten

Die Steigerungsraten dabei sind eklatant hoch und in vielen Gemeinden im zweistelligen Prozentbereich. Im österreichweiten Schnitt hat allein die Steigerung von 2007 auf 2008 fast acht Prozent betragen. Damit ist der Sozialbereich hinter den Ausgaben für Verwaltung und der Gruppe Bildung/Kinderbetreuung schon der drittgrößte Ausgabenbrocken. Die Gemeinden müssen dafür mehr Geld aufwenden als für den Straßenbau, die Wasserversorgung, die Dienstleistungen und den Verkehr zusammen. Auch die Gesundheitsausgaben



Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Natürlich betreffen nicht sämtliche Sozialkosten den Pflegebereich, aber es ist der größte Brocken. Mehr als 350.000 Menschen beziehen derzeit Pflegegeld.

liegen weit hinter den Kosten für Sozialleistungen.

Aber zurück zu den Zahlen:

Natürlich betreffen nicht sämtliche Sozialkosten den Pflegebereich, aber der größte Brocken ist es. Mehr als 350.000 Menschen beziehen derzeit Pflegegeld. Mehr als 100.000 beziehen Sozialhilfe, rund 64.000 Menschen, die in Alten- und Pflegeeinrichtungen betreut werden, werden mit Sozialhilfeleistungen unterstützt.

Noch betreuen meist die Angehörigen

Die hauptsächliche Betreuungsarbeit wird immer noch von den eigenen Angehörigen geleistet. Rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause von den eigenen Angehörigen betreut. Die Gemeinden wären aber naiv anzunehmen, dass diese Betreuungsquote in den nächsten Jahren so hoch bleibt. Extrem ärgerlich in diesem Zusammenhang ist die Handlungsweise vieler bundes- und landespolitisch Verantwortlichen in den vergangenen Jahren gewesen. In aller Stille und ohne großen Aufschrei wurden nämlich die meisten Regressmöglichkeiten gegenüber Angehörigen abgeschafft. Das bedeutet, dass die öffentliche Hand noch weiter unter Druck gerät, weil sie auf das Vermögen der Pflegepatienten und deren Angehöriger kaum noch zugreifen kann. Allein in Niederösterreich beträgt der zusätzliche Bedarf an Pflegebetten, der durch die Abschaffung des Regresses entsteht, rund 1000 Stück.

Das ist eine Entwicklung, die ich für problematisch halte und unter der jetzt schon viele Bundesländer und Gemeinden finanziell stark zu leiden haben. Wie erwähnt werden derzeit noch rund 70 Prozent der Pflegeklienten von eigenen Angehörigen betreut. Die restlichen 30 Prozent werden von mobilen Diensten, in Betreuungseinrichtungen

weiter auf Seite 16 ►►

Ohne Refomen wird's wohl nicht gehen

Gemeinden an der Grenze der Leistungsfähigkeit

Mag. Hans Braun

Das Thema Pflege beherrscht zurzeit die Diskussionen auch innerhalb des Gemeindebundes. Ende Juni trifft sich auch der Fachausschuss „Soziales“ unter dem Vorsitz des Oggauer Bürgermeisters und Präsident der sozialdemokratischen Gemeindevertreter im Burgenland, Gemeindebund-Vizepräsident Ernst Schmid, um über Wege aus der momentanen Stagnation zu diskutieren. KOMMUNAL stellte ein paar Fragen.

Können sich die Gemeinden den Aufwand für die Pflege noch leisten? Und was müssten sie ändern?

Ernst Schmid: Die Gemeinden selbst können leider nichts ändern, das ist ja das Problem. Die Thematik können wir nur angehen, wenn wir uns – und da bin ich mit Helmut Mödlhammer auf einer Linie – an einem Runden Tisch zusammensetzen und die Entwicklungen durchbesprechen. Diesen Runden Tisch brauchen wir dringend ...

Es steht die Idee im Raum, dass die Pflege verstärkt in private Hände gehen könnte (siehe auch Beitrag Prof. Mazal, Seite 14). Damit und durch das Entstehen neuer Berufsbilder wäre auch der allgemeinen Wirtschaft geholfen.

Das neue Jobs entstehen würden, steht außer Frage und ist begrüßenswert. Das Problem ist, wie wir die Österreicherinnen und Österreicher dazu bringen, diese Jobs auch anzunehmen.

Die Frage müsste also lauten, wie schaffe ich qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im Sozialbereich?

Wir müssen Wege finden, wie wir aus dieser prekären Lage herauskommen.

Der Weg muss

ein Mix sein aus einer Deckelung der Sozialausgaben, Umstrukturierungen, Anpassungen bei den Abgaben sowie die Einführung einer Art Pflegefonds oder etwas ähnlichem. Aber mit den derzeitigen Mitteln wird dieses System auf Dauer nicht zu finanzieren sein.

Der Weg muss ein Mix sein aus einer Deckelung der Sozialausgaben, Umstrukturierungen, Anpassungen bei den Abgaben sowie Einführung einer Art Pflegefonds ...

Neue Abgaben sind problematisch. Erstens sieht die Wählerschaft das nicht so gerne und zweitens werden viele amtierende Bürgermeister sich da nicht wirklich drüber trauen. Das ist ja auch eine Frage des „wieder gewählt werdens“. Denn durch die nicht vorhandene soziale Absicherung der Bürgermeister stehen die dann im Fall des Falles oft vor dem Nichts. Also grundsätzlich: Die Bürger verstehen eine Erhöhung, wenn man ihnen das Problem erklärt. Wir haben in meiner Gemeinde die Gebühren für die Altstoffsammelstelle anpassen müssen. Anfangs habe ich keine Lobeshymnen gehört, aber ich habe bei unserer Sammelstelle mit vielen Leuten das Gespräch gesucht. Der überwiegende Teil der Ortsbevölkerung hat verstanden, warum die Gebühren angepasst werden mussten. Denn die Gemeinde ist jeder Bürger, jede Bürgerin, jedes Kind. Und überdies gibt es in praktisch jeder Landesverfassung die Vorschrift, dass Gebühren kostendeckend eingehoben werden müssen. Das kann man sich als Bürgermeister ja gar nicht aussuchen.

Das Interview in voller Länge ist auf www.kommunal.at zu finden.



Ernst Schmid im Gespräch mit KOMMUNAL: Links Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunal-Verlags, rechts der Autor.

Gleich vier Herausforderungen der Pflegeproblematik zeigen auf:

Die Chancen für Entwicklung unseres Systems sind intakt

Die Herausforderungen im Rahmen der Pflegeproblematik sind mehr oder weniger definiert und bekannt. Interessant ist der Lösungsansatz, wonach es Chancen für eine Weiterentwicklung unseres Systems gibt.

Eines muss auch klar sein: Wenn wir bei der Lösung der Pflegeproblematik versagen, besteht die Gefahr, dass uns die kommende Generation im Stich lässt.

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal

Seit Jahren schwebt die Pflegeproblematik als Herausforderung durch die politische Diskussion. Die Einführung des Pflegegelds und die Regelung von medizinischer Hauskrankenpflege im ASVG Anfang der 1990er-Jahre, die Weiterentwicklung des Berufsrechts der Pflege seit dem Ende der 1990er Jahre, die Schaffung des BAGS-Kollektivvertrages, die Regelung der Rund-um-die-Uhr-Hausbetreuung und die Aufhebung des Angehörigenregresses bei institutioneller Pflege in den letzten Jahren erwiesen sich als wichtige Bausteine in der Gesamtentwicklung: Sie warfen für sich genommen jedoch immer neue Probleme insbesondere finanzieller Natur auf.

Die Ursachen der Pflegeproblematik sind bekannt: Sie ist Ergebnis einerseits der insbesondere auf Grund des medizinischen Fortschritts und verschiedener sozialer Faktoren kontinuierlich steigenden individuellen Lebenserwartung und daraus resultierenden Veränderungen in der demographischen Struktur der Bevölkerung: insbesondere bringen es Änderungen in den Familienstrukturen mit sich, dass die derzeit überwiegend in-nerfamilial erbrachte Pflegeleis-

Die Ursachen der Pflegeproblematik sind bekannt: Sie ist Ergebnis einerseits der insbesondere auf Grund des medizinischen Fortschritts und verschiedener sozialer Faktoren kontinuierlich steigenden individuellen Lebenserwartung ...

tung abgenommen hat und auch weiterhin abnehmen wird. In einem Staat, der sich als Sozialstaat der Sicherung der Humanität verpflichtet weiß, bedeutet dies, dass auf die öffentliche Hand große Herausforderungen zukommen. Diese lassen sich wie folgt skizzieren:

Die finanzielle Herausforderung

Aktuelle Studien von WIFO und IHS sagen ein enormes Steigen des Aufwands der öffentlichen Haushalte für die Befriedigung des Pflegebedarfs voraus; gleichzeitig wird jedoch beklagt, dass es schwierig sei, die tatsächlichen Kosten für die Pflege zu eruieren, weil diese von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sind und es insbesondere durch die unterschiedliche Kombination von Sach- und Geldleistungen zu Intransparenz komme. Unklar ist,

wie dieser steigende Finanzierungsbedarf befriedigt werden kann: Soll eine Pflegeversicherung eingeführt werden, soll es eine Finanzierung aus den allgemeinen Steuermitteln sein, ist ein Pflegefonds der Weisheit letzter Schluss?

Die organisatorische Herausforderung

Unabhängig davon, wie Pflege in Zukunft finanziert werden soll, ist evident, dass wir auch vor organisatorischen Herausforderungen stehen, wenn die Zahl der im Erwerbsprozess stehenden Personen weiterhin zugunsten der Zahl der nicht-erwerbstätigen Personen zurückgeht. Wenn zudem zu befürchtet ist, dass die Zahl der derzeit in der Rund-um-die-Uhr-Betreuung engagierten Personen vorwiegend aus südlichen und östlichen Staaten Europas in absehbarer Zeit abnehmen wird, weil die Ursachen für deren Wanderung am Arbeitsmarkt zurückgehen, braucht es großer Kreativität, um den dadurch entstehenden Mangel an Arbeitskräften – das heißt konkret: den Mangel an Händen, die zu pflegenden Personen begleiten – aufzufangen und abzumildern. Dass in einer solchen Situation durch mangelnde Koordination von Pflege- und Betreuungsdiensten Zeit und Geld durch nicht notwendige Fahrten und Administrativtätigkeiten vergeudet werden, ist angesichts knapper öffentlicher Mittel bereits heute unverantwortlich und kann in Zukunft angesichts der finanziellen und organisatorischen Enge zur vitalen Bedrohung werden.



Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal ist Leiter des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht an der Uni Wien

Die rechtliche Herausforderung

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen bei alldem berufs- und organisationsrechtliche Regelungen, die für die Erbringung von Gesundheits- und Pflegeleistungen maßgeblich sind. Die Abgrenzung der Vielzahl einschlägiger Berufsgruppen und die relative Starre der im Krankenanstaltenrecht und im Pflegeheimrecht normierten Organisationsformen führt zu einer Unübersichtlichkeit der rechtlichen Regelungen und steht gar nicht so selten einer maßgeschneiderten und den Ressourcen der individuellen Situation der zu pflegenden Person passgenau entsprechenden Organisation entgegen.

Die staatspolitische Herausforderung

Auf Grund der zwischen dem Bund und den Ländern in viele Einzelmaterien zersplitterten Kompetenzverteilung sind die legislativen Voraussetzungen einer transparenten, effizienten und effektiven Lösung der Pflegeproblematik „aus einem Guss“ ungünstig.

Ich halte es dennoch für möglich, eine Lösung zu finden, wenn man einen differenzierenden Ansatz wählt, nicht versucht, für ganz Österreich ein einheitliches System zu etablieren, sondern der Unterschiedlichkeit gewachsener Systeme Rechnung trägt und gleichzeitig eine Antwort der Vielfalt auf die Vielfalt der konkreten Lebenssituationen gibt, in denen Pflegebedürftige leben. Der große Wurf kann meines Erachtens dann gelingen, wenn die Gebietskörperschaften in der Organisations- und Finanzierungsfrage nicht mehr gegeneinander arbeiten, sondern einen gemeinsamen Vorschlag entwickeln, die vorhandenen Mitteln effizienter einzusetzen und ein System von Bausteinen offerieren, aus dem das für die konkrete Bedarfslage maßgeschneiderte Package gebildet werden kann.



Foto: Gettyimages

Wenn es gelingt, die derzeit überwiegend in Familienarbeit erbrachte Leistung sukzessive in Erwerbsarbeit zu transformieren, liegt darin nicht nur eine Chance für die Gewinnung eines nachhaltigen Pflegesystems, sondern auch eine deutlicher Beitrag zur Generierung von Wachstum, der für die Sicherung unseres gesamtgesellschaftlichen Wohlstands unerlässlich ist.

Die politische Herausforderung

Angesichts dieser geballten Themenfülle stehen wir nicht zuletzt auch vor einer politischen Herausforderung: Angesichts der hohen menschlichen Sensibilität der Frage des Alterns und der Pflegebedürftigkeit und der damit verbundenen Angstpotenziale der Menschen ist die Versuchung groß, auf diesem Feld der politischen Auseinandersetzung mit Verunsicherung zu punkten, den eigenen politischen Standpunkt zu unterstreichen und an-

Es darf nicht übersehen werden, dass vereinte Anstrengungen zur Bewältigung der Pflegeproblematik unabdingbar sind, wenn die Gesellschaft in einem für die Zukunft entscheidenden Bereich ihren Anspruch auf Humanität nicht aufgeben will.

dere a priori zu diffamieren. Gestehen sich jedoch alle politisch Verantwortlichen ein, dass der Bevölkerung damit nicht gedient ist, einander zu erklären, warum jemand anderer Unrecht hat, sondern nur eine gemeinsame Suche nach Lösungen Erfolg haben wird, ist eine gedeihliche Entwicklung möglich: Springen alle politischen Kräfte über ihren Schatten, sind sie bereit, im Interesse einer gemeinsamen Lösung über machen Beschlüsse der Vergangenheit hinauszugehen, kann es gelingen, diese Herausforderung zu überwinden!

Gibt es auch Chancen?

Ich sehe die Chancen für eine derartige Weiterentwicklung des Systems intakt, zumal ich in der Bewältigung der Pflegeproblematik eine Wachstumschance für die Volkswirtschaft und ein entscheidendes Feld sehe, die Zahl der im Erwerbsprozess stehenden Menschen auszuweiten. Wenn es gelingt, die derzeit überwiegend in Familienarbeit erbrachte Leistung sukzessive in Erwerbsarbeit zu transformieren, liegt darin nicht nur eine Chance für die Gewinnung eines nachhaltigen Pflegesystems, sondern auch eine deutlicher Beitrag zur Generierung von Wachstum, der für die Sicherung unseres gesamtgesellschaftlichen Wohlstands unerlässlich ist.

Abgesehen von diesen ökonomischen Überlegungen darf freilich nicht übersehen werden, dass vereinte Anstrengungen zur Bewältigung der Pflegeproblematik unabdingbar sind, wenn die Gesellschaft in einem für die Zukunft entscheidenden Bereich ihren Anspruch auf Humanität nicht aufgeben will, und dies im eigenen Interesse der heute gestaltenden Generation: Wenn es nicht gelingt, die Pflegeproblematik zu lösen, wenn unsere finanziellen und organisatorischen Kräfte und die Bereitschaft zu Innovation gerade bei Alten und Kranken versagen, laufen wir Gefahr, dass die kommende Generation uns selbst im Stich lässt.

►► Fortsetzung von Seite 13

wie Heimen oder von professionellen Helfern in den eigenen vier Wänden betreut.

Lösungsmöglichkeiten

Die Alten- und Pflegebetreuung ist ein überaus vielschichtiger und komplexer Bereich, für den es keine Pauschallösungen gibt. Aus Sicht der Gemeinden liegt wahrscheinlich gerade in der Vielfalt der verschiedenen Modelle die einzige Chance, Pflege und Betreuung älterer Mitmenschen dauerhaft organisierbar und auch finanzierbar zu halten. Es gibt also kein Patentrezept dafür, wie wir den Anstieg der Sozial-, Gesundheits- und Pflegekosten in den Griff bekommen können.

Es gibt kein Patentrezept dafür, wie wir den Anstieg der Sozial-, Gesundheits- und Pflegekosten in den Griff bekommen können. Es gibt allerdings Denkansätze, die es aus kommunaler Sicht wert sind, weiterverfolgt und geprüft zu werden.

Es gibt allerdings einige Denkansätze, die es aus kommunaler Sicht wert sind, weiterverfolgt und geprüft zu werden.

Wie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer schon öfter betont hat, werden wir um die Frage nicht herumkommen, ob nicht die Einführung einer verpflichtenden Pflegeversicherung ein taugliches Instrument ist. Ein Vorschlag, für den er seinerzeit politisch in der Luft zerrissen worden ist.

Heute gibt es hingegen kaum noch Experten, die das nicht auch für eine Notwendigkeit halten. Bedauerlich ist, dass bisher weder Bund noch Länder ein solches Modell bis zum Ende durchgerechnet haben. Wir vom Gemeindebund haben vor einiger Zeit unter der Bevölkerung abgefragt, wie sie zur Einführung einer solchen Versicherung stehen würde und dabei überraschend hohe Zustimmung erhoben.

Der Ausbau und die Stärkung der mobilen Dienste ist ebenfalls eine Notwendigkeit. Die Auf-

weiter auf Seite 19 ►►

Einsparungsmöglichkeiten im Pflegebereich

Möglichkeiten sind da – aber der Wille auch?

Bund und Länder haben in der Vergangenheit zahlreiche Regelungen beschlossen, die jetzt nicht nur der Allgemeinheit, sondern im Besonderen auch den Gemeinden auf den Kopf fallen. Welche Möglichkeiten es gäbe, die Kosten des Pflegedienstes wieder etwas zu senken, zeigt dieser Bericht auf.

Wolfgang Österreicher

Bei Durchsicht der Abrechnung der Ertragsanteile wird von kommunalen Entscheidungsträgern festgestellt, dass die Sozialhilfekosten dramatische Steigerungen aufweisen. Alle Fachleute und Praktiker prognostizieren einen weiteren Anstieg dieser Kosten in den nächsten Jahren. Grund genug, Überlegungen anzustellen, ob nicht auch in diesem Bereich kostensenkende Maßnahmen möglich wären. Als Praktiker und Mitarbeiter in einer Gemeinde, die von diesen Kostensteigerungen massiv betroffen ist, möchte ich hier nur drei Themenkreise anreißen:

- Kostenbeitrag bei intramuraler Pflege
- Stärkere Einbindung von Personen des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege in verschiedenen Bereichen
- Kostensenkung durch Maßnahmen im Bereich der extramuralen Pflege.

Vorerst ist festzuhalten, dass zahlreiche öffentliche wie auch private Rechtsträger mit diesen Problemen befasst sind, letzt-

endlich ist es jedoch immer der Steuerzahler, der für die Abgänge im Sozialbereich aufkommen muss. Es geht also oft nur um die Frage, aus welchem Topf die Kosten beziehungsweise Abgänge fairerweise gedeckt werden sollen. Eine Ausnahme gibt es freilich schon, nämlich etwaige Kostenbeiträge der Angehörigen.

Kostenbeitrag bei intramuraler Pflege

Nach dem AGBG (§ 143) besteht eine Unterhaltsverpflichtung der Kinder gegenüber den Eltern. Dies würde auch die Leistung eines Kostenbeitrages bei der Pflege der Eltern (Großeltern) in einem Pflegeheim beinhalten. Mit Ausnahme der Steiermark haben jedoch fast alle Landesgesetzgeber in den

Warum sollte jemand seine pflegebedürftigen (Groß-) Eltern) ... in der eigenen Lebensgestaltung zu Hause pflegen, wenn bei der intramuralen Pflege die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden?

jeweiligen sozialrechtlichen Bestimmungen auf die Heranziehung der unterhaltspflichtigen Angehörigen verzichtet. Auch der Zugriff auf das Erbe wurde mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg mit der Höhe des Nachlasses limitiert. Die Zugriffsmöglichkeiten auf Geschenknnehmer wurden ebenfalls unterschiedlich aber doch eingeschränkt.

Durch diese Regelungen werden Kosten, die durch Angehörige beziehungsweise Geschenknnehmer eingebracht werden könnten – sozusagen unter Verzicht eines Anspruches (nach dem ABGB) – von der öffentlichen Hand übernommen und belasten damit anteilmäßig natürlich auch die Budgets der Kommunen schwer. Umgekehrt kommen die einwohnerbezogenen Ertragsanteile nur den Standortgemeinden von Betreuungseinrichtungen zugute.

Ein weiterer Aspekt ist zu beachten: Warum sollte jemand seine pflegebedürftigen Eltern (Großeltern) unter oft großem finanziellem, körperlichem und emotionalem Aufwand und unter Einschränkungen in der eigenen Lebensgestaltung in Hause pflegen, wenn bei der intramuralen Pflege die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden?

Naturgemäß wählen inzwischen viele Angehörige den einfacheren und günstigen Weg; die Hemmschwelle, die eigenen Eltern oder Verwandten in ein Heim zu geben, sinkt dramatisch, wenn man keinen Regress befürchten muss.

Daher ist es an der Zeit, die eigentlich ohnehin unterhaltspflichtigen Angehörigen – selbstverständlich in einem sozial verträglichen Ausmaß – bei Pflege ihrer Eltern (Großeltern) in die Pflicht zu nehmen sowie auch die Regelungen bei Erbe und Geschenknahme – wenn möglich bundeseinheitlich – neu zu regeln.

Stärkere Einbindung von Personen des gehobenen Dienstes

In den Pflegeeinrichtungen sollte der gehobene Dienst für Gesund-



Wenn man bedenkt, das es zahlreiche Pflegeeinrichtungen gibt, wo Akutfälle nur selten auftreten, könnte durch entsprechenden Einsatz des diplomierten Personals unter Einbindung der niedergelassenen Ärzte eine Reduzierung des Personalaufwandes beim ärztlichen Dienst erreicht werden.

heits- und Krankenpflege stärker eingesetzt werden. Durch die Neuerungen im GUKG wurden schon einerseits die Aufgaben im Bereich der freiheitsentziehenden Maßnahmen, andererseits auch Delegationsmöglichkeiten an Pflegehelfer – mit der damit verbundenen Aufsichtspflicht – verstärkt. Wenn man bedenkt, das es zahlreiche Pflegeeinrichtungen gibt, wo Akutfälle nur selten auftreten, könnte durch entsprechenden Einsatz des diplomierten Personals unter Einbindung der niedergelassenen Ärzte eine Reduzierung des Personalaufwandes beim ärztlichen Dienst erreicht werden. Insbesondere bei der Festsetzung des Pflegegeldes könnten Sachverständige aus dem Personalstand des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege diese Aufgabe übernehmen. Es sind bei dieser Tätigkeit ja zumeist keine medizinischen Sachverhalte abzuklären, die den Einsatz eines Arztes rechtfertigen würden, sondern es sind die erforderlichen Pflegemaßnahmen festzustellen und zu quantifizieren. Durch die bereits seit längeren bestehenden hochwertigen Fortbildungen des diplomierten Pflegepersonals (zum Beispiel Aka-

demische(r) PflegeberaterIn) steht auch entsprechend qualifiziertes Personal für diese Aufgaben zur Verfügung. Durch Einsatz dieser Personen kann sicherlich eine Kostenersparnis, aber vermutlich auch die seitens des Bundes angestrebte Verfahrensbeschleunigung erreicht werden, da das ärztliche Personal der für diese Fragen zuständigen Einrichtungen diese Tätigkeiten zusätzlich zu den anderen Tätigkeiten durchzuführen hat.

Hier wären entsprechende Änderungen des Bundespflegegeldgesetzes beziehungsweise der Landespflegegeldgesetze sowie des GuKG notwendig und der Sache nützlich.

Kostensenkung durch Maßnahmen im Bereich der extramuralen Pflege

Bei einem Blick über die Abläufe in einer Gemeinde ist festzustellen, dass oft mehrere Organisationen – oft gemeinnützige Vereine – gleichartige Dienste wie Hauskrankenpflege und Heimhilfe anbieten. Manchmal kann man sogar die Fahrzeuge verschiedener Organisationen vor dem selben Wohnblock sehen. Durch diese Mehrgleisigkeiten kommt es durch den vermehrten Zeitaufwand des Personals sowie durch die mehrfachen Kilometerleistungen der Fahrzeuge zu erheblichen Kostenerhöhungen. Diese könnten durch entsprechende Kooperationen dieser Anbieter minimiert werden. Auch das Argument des freien Wettbewerbs kann nur dann Platz greifen, wenn keinerlei Förderungen, Zuschüsse oder Subventionen der öffentlichen Hand erfolgen.

Im Interesse der österreichischen Kommunen fällt hier auch dem Österreichischen Gemeindebund eine wichtige Rolle zu. Viele Probleme, die für die Gemeinden eine große Belastung sind, können sinnvollerweise nur bundeseinheitlich geregelt und verhandelt werden. Für die Kommunen sind die Probleme dringlich. Die Sozialkosten steigen Monat für Monat an, gleichzeitig sinken die Einnahmen ständig.



Wolfgang Österreich ist stv. Amtsleiter und für die interne Verwaltung der Marktgemeinde Maria Enzersdorf zuständig



Aufgaben der Einrichtungsträger aufgrund der HeimAufG-Nov 2010

Befugnis zur Anordnung von Freiheitsbeschränkungen

Die Unterbringungs- und Heimaufenthaltsnovelle 2010, die am 1. Juli 2010 in Kraft tritt (BGBl I 2010/18), bringt für Träger von Altenheimen und anderen Einrichtungen, die in den Geltungsbereich des Heimaufenthaltsgesetzes (HeimAufG) fallen, diverse Verpflichtungen bzw. Aufgaben mit sich, die in erster Linie auf die Neuregelung der Befugnis zur Anordnung (AO) von Freiheitsbeschränkungen (FB) zurückzuführen sind.

Dr. Hans Peter Zierl

Die Befugnis zur Anordnung von Freiheitsbeschränkungen von FB ist ab 1. 7. 2010 auf drei Berufsgruppen verteilt.

► Ärzte

Ärzte mit dem Recht auf Berufsausübung (also zB nicht Turnusärzte) sind generell zur AO von FB gem § 5 Abs 1 Z 1^{*} ermächtigt, gleichgültig, ob es sich um „heiminterne“ oder außenstehende Mediziner handelt. Hier ist keine Betrauung durch

* Paragraphenangaben ohne Anführung des Gesetzes sind solche des HeimAufG.

den Einrichtungsträger (ET) notwendig. Bei angestellten Ärzten hat der ET entsprechende Vertretungsregelungen vorzusehen und den internen Ablauf bei der AO von FB zu regeln.

► Diplomiertes Pflegepersonal

Eine generelle Anordnungsbeugnis für die Pflegedienstleitung (wie in § 5 Abs 1 Z 2 alter Fassung) ist im neuen § 5 nicht mehr vorgesehen. Die ET bzw ihre Organe oder Beauftragte (zB Obmann, Geschäftsführer, Einrichtungsleiter) müssen daher Angehörige des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege mit der Befugnis

zur AO von FB eigens betrauen, widrigenfalls in der Einrichtung keine FB iSd HeimAufG vorgenommen werden dürfen. Dies kann allgemein in einer Dienstordnung oder individuell für eine bestimmte Person (siehe Muster in der ÖZPR 2/2010) erfolgen.

Denkbar ist es auch, dass der ET einige Personen mit der AO sämtlicher unter § 5 Abs 1 Z 2 fallenden FB betraut (zB die Pflegedienstleitung bzw ihre Vertretung) und andere nur mit einzelnen pflegerischen Maßnahmen (zum Beispiel Seitenteile am Bett eines Heimbewohners).

► Pädagogische Leitung von Behinderteneinrichtungen

Die in Einrichtungen der Behindertenhilfe mit der pädagogischen Leitung betraute Person und ihr Vertreter sind von Gesetzes wegen anordnungsbefugt. Vertreter müssen jedenfalls die fachlichen Voraussetzungen für die pädagogische Leitung der Einrichtung erfüllen. Wer Vertreter ist, bestimmen innerdienst-



Hofrat Dr. Hans Peter Zierl ist Bezirkshauptmann von Freistadt, Obmann des Sozialhilfverbandes Freistadt sowie Redaktionsmitglied der Österreichischen Zeitschrift für Pflege-recht (ÖZPR)

►► Fortsetzung von Seite 16

nahme eines Menschen in ein Alten- oder Pflegeheim ist immer die teuerste Variante, und es ist auch immer jene Variante, die die Betroffenen am wenigsten wollen. Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend innerhalb der eigenen vier Wände verbringen. Das ist legitim und verständlich, die Politik hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

► Alternative Modelle der Altenbetreuung und Pflege forcieren. Auf Gemeindeebene gibt es schon jetzt in sehr vielen Gemeinden sehr schlaue und erfolgreiche Modelle, die auf Freiwilligkeit und dem Engagement von Menschen beruhen und

Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend innerhalb der eigenen vier Wände verbringen. Das ist legitim und verständlich, die Politik hat die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

einen Zusatznutzen bringen. In der Vorstufe zur Pflege sind dies etwa Besuchsdienste, die man sich auf ein Sozialkonto (nicht Sozialtransferkonto) gutschreiben lassen kann und sie in späteren Jahren gegen Leistungen, die man selbst benötigt, eintauschen kann.

► Generelle Stärkung und EINFORDERUNG der Eigenverantwortung. Überspitzt formuliert heißt das: Man kann nicht jahrzehntelang sehr gut, sorglos und vorsorgelos leben und dann erwarten, dass im Pflege- oder Betreuungsfall die öffentliche Hand ohnehin einspringt. Das wird dauerhaft nicht funktionieren, weil es nicht finanzierbar ist. Wir müssen in allen Bereichen des Lebens – von der Kinderbetreuung bis hin zur Pflege – eine Bewusstseinsänderung erreichen.

In eigener Sache

Der zweite Teil der Kurzserie über die Verteilung der kommunalen Bedarfzuweisungen durch die Bundesländer „Das letzte Netz“ musste aus Platzgründen auf die kommende Ausgabe verschoben werden.

Es ist Aufgabe des Einrichtungsleiters, spätestens bis 48 Stunden nach Vornahme einer Freiheitsbeschränkung ein ärztliches Dokument einzuholen, sofern es noch nicht vorliegt.

liche Regelungen. Der ET kann die Vertretung auch im Einzelfall individuell einräumen.

Einbindung des Einrichtungsleiters

Gem § 5 Abs 2 ist es Aufgabe des Einrichtungsleiters (EL), spätestens bis 48 Stunden nach Vornahme einer FB ein ärztliches Dokument einzuholen, sofern es noch nicht vorliegt. Wer den Arzt herbeiruft bzw. ein ärztliches Dokument einholt, ist grundsätzlich eine Frage des inneren Dienstes der Einrichtung. Mit dieser Regelung wollte das HeimAufG offenbar klarstellen, dass das Einholen des ärztlichen Dokuments kein Teil der hoheitlichen Tätigkeit der anordnungsbefugten Person darstellt, sondern dem ET als Privatrechtsträger zuzurechnen ist. Zwischen dem ET und dem Arzt soll demnach ein Vertragsverhältnis (Werkvertrag; mitunter besteht ein Dienstvertrag) begründet werden. Ein allfälliges Rechtsverhältnis zwischen Arzt und Heimbewohner (insb. Behandlungsvertrag) bleibt davon jedoch unberührt. In Abwesenheit des EL kann in seiner Vertretung ein anderer Bediensteter der Einrichtung tätig werden. Dafür hat der ET vorzusorgen und entsprechende

Regelungen zu treffen. Die übrigen Pflichten des EL, insb. die Verständigung der Vertreter des HB und seiner Vertrauensperson (§ 7 Abs 2), bleiben von der Novelle (fast) unberührt. Nunmehr hat der EL diese Personen auch von der Aufhebung einer mit dem Willen des HB vorgenommenen Einschränkung seiner persönlichen Freiheit unverzüglich zu verständigen.

Fact-Box ÖZPR

Mehr Informationen, Muster und Ablaufschemata zur HeimAufG-Nov 2010 finden Sie in Heft 2/2010 der Öster-

reichischen Zeitschrift für Pflegerecht (ÖZPR). Die Österreichische Zeitschrift für Pflegerecht erscheint sechsmal jährlich im Verlag MANZ.

Abopreis: Einführungspreis 2010: Fünf Hefte um 56 Euro (erstes Heft gratis) statt 84 Euro.

MANZ Bestellservice:
Tel.: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: bestellen@manz.at



Neue Studie zeigt die „Bundesländer im Zukunftstest“

Gemeinden haben überwiegend hervorragende Bewertungen

Der Hintergedanke des Österreichischen Wirtschaftsbundes war es, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen der verschiedenen Verwaltungsebenen in Österreich und deren Willen zu Reformen aufzuzeigen. Im KOMMUNAL-Interview zeigt Wirtschaftsbund-General Peter Haubner auf, dass die Gemeinden die mit Abstand besten „Noten“ von den Österreicherinnen und Österreichern bekommen.

Julya Pollak
Mag. Hans Braun

Um das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel der Einsparungen zu erreichen, müssen erstmals konkrete Reformen im Bereich der Bundes- und Landesverwaltungen umgesetzt werden. Neben dem Gemeindebund haben auch Institutionen wie der Rechnungshof schon konkrete Vorschläge für Reformen im Bereich Bürokratie und Verwaltung gemacht und Einsparungspotenziale beziffert. Da diese Vorhaben bisher aber kaum umgesetzt wurden, stellt sich für die Bürgerinnen und Bürger (und damit die Steuerzahler) die berechtigte Frage,

Die Bürger haben ein großes Gespür dafür, wo ihre Anliegen am besten erledigt werden ... Die Bürgermeister sind die Politiker, die am meisten wertgeschätzt werden.

Peter Haubner über den großen Vertrauensvorsprung, den die Gemeinden und ihre Mandatäre immer noch haben

wie es um die konkreten Reformbemühungen auf den unterschiedlichsten Verwaltungsebenen steht. Im Rahmen der vom Wirtschaftsbund initiierten Untersuchung wurden alle Verwaltungsebenen und Bundesländer einem Zukunftstest unterzogen: Dabei wurde einerseits die Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Verwaltungsebenen analysiert, andererseits die Einschätzung der Bevölkerung bezüglich der Reformbemühungen der Verwaltung und abschließend die Zustimmung bzw. Ablehnung zu ganz konkreten Reformvorschlägen untersucht. Als generelle Ergebnisse kann Folgendes festgehalten werden:

- ▶ Je niedriger die Verwaltungsebene, umso besser die Bewertung (also Gemeinde vor Bezirkshauptmannschaft vor Bundesland vor Bundesverwaltung).
- ▶ Das generell schlechteste Urteil über die Landesebene kommt aus Kärnten (mit einer Ausnahme überall mehrheitlich „schlecht“).

▶ Unterdurchschnittliche Urteile über Landesebene: Steiermark, Salzburg, Wien, teilweise Tirol.

KOMMUNAL hat zu den Ergebnissen der Studie und zu anderen aktuellen Themen mit Peter Haubner, Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, gesprochen.

Ende Jänner dieses Jahres hat Fessel GfK eine Studie mit dem Titel „Bundesländer im Zukunftstest“ präsentiert. Die Studie wurde vom Wirtschaftsbund initiiert. Warum? Peter Haubner: Die Umfrage soll ganz klar zeigen, wo die Bürger Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit den unterschiedlichen Verwaltungsebenen haben. Wir wollten die Einschätzung der Bevölkerung zu Gemeinden, Ländern und Bund. Der Wirtschaftsbund fordert eine ausgangenseitige Sanierung, bevor man über einnahmenseitige Sparpotenziale nachdenkt. Bis 2013 müssen wir sechs Milliarden einsparen, damit das Budgetdefizit auf 2,7 Prozent gesenkt wird. Unter diesen Gegebenheiten ist es wichtig, was die Bevölkerung dazu sagt.

Haben Sie damit gerechnet, dass die Gemeinden in puncto Bürgernähe und Leistungsfähigkeit hervorragend abschneiden?

Die Bürger haben ein großes Gespür dafür, wo ihre Anliegen am besten erledigt werden. Da ist der Bürgermeister der erste Kontakt. Die Bürgermeister sind die Politiker, die am meisten wertgeschätzt werden. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass, wo Reformen stattgefunden haben, die Bevölkerung das zur Kenntnis nahm.

Bei der Reformfreudigkeit und dem politischen Engagement zu Reformen halten die Gemeinden nach der Beurteilung durch die



Der Geschäftsführer des Österreichischen Kommunal-Verlages, Mag. Michael Zimper, im Gespräch mit Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner.

Gesamtbeurteilung der Verwaltung

Insgesamt beurteilen in % *	sehr / eher gut	sehr / eher schlecht
• die Verwaltung in meiner Gemeinde	75%	24%
• die Verwaltung in meiner Bezirkshauptmannschaft (ohne Wien)	69%	23%
• die Verwaltung in meinem Bundesland	65%	32%
• die Bundesverwaltung	50%	46%

Bürgernähe von Verwaltungsebenen

In % beurteilen die Bürgernähe als	sehr / eher gut	sehr / eher schlecht
• Verwaltung in meiner Gemeinde	80%	17%
• Verwaltung in meiner Bezirkshauptmannschaft (ohne Wien)	75%	18%
• Verwaltung in meinem Bundesland	66%	29%
• Bundesverwaltung	47%	43%

Sparsamkeit von Verwaltungsebenen

In % beurteilen die Sparsamkeit der Verwaltung als	sehr / eher gut	sehr / eher schlecht
• Verwaltung in meiner Gemeinde	57%	39%
• Verwaltung in meiner Bezirkshauptmannschaft (ohne Wien)	50%	38%
• Verwaltung in meinem Bundesland	43%	52%
• Bundesverwaltung	30%	63%

Leistungsfähigkeit von Verwaltungsebenen

In % beurteilen die Leistungsfähigkeit der Verwaltung als	sehr / eher gut	sehr / eher schlecht
• Verwaltung in meiner Gemeinde	76%	20%
• Verwaltung in meiner Bezirkshauptmannschaft (ohne Wien)	67%	22%
• Verwaltung in meinem Bundesland	65%	30%
• Bundesverwaltung	50%	41%

Bürger zwar Spitzenwerte im Vergleich zum Bund, aber generell sind die Werte nicht berauschend. Was bedeutete das für den notwendigen Reformprozess?

Bei den Reformen haben wir sehr viele Vorschläge auf dem Tisch. Von den Ministerien, den Ländern etc. Und überall gibt es Papiere, wie eingespart werden kann, wo Reformen gesetzt werden können. Wichtig ist, dass diese Papiere genau betrachtet werden, was davon in nächster Zeit umsetzbar ist. Bund, Länder und Gemeinden sind dabei sehr gefragt. Wir müssen gemeinsam arbeiten, und dazu wurden auch schon die ersten Schritte gesetzt. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Die Gemeinden haben ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt bekommen in puncto „wirtschaften mit dem vorhandenen Budget“.

65 Prozent sind der Meinung, die Gemeinden machen ihre Sache „sehr gut“ oder „eher gut“, der Bund kommt nur auf 39 Prozent, wie kann man dieses Ergebnis werten?

Das hängt auch damit zusammen, dass die Bürger in ihren Gemeinden ja oft direkt miterleben oder am Entscheidungsfinden beteiligt sind. Es gibt gute Beispiele dafür, wo sich Gemeinden zusammenschlossen haben mit einem gemeinsamen Bauhof, Wasser



Ich glaube, der Schlüssel ist die Kooperation zwischen den Gemeinden, und da sind wir bereits sehr weit.

... über die immer wieder laut werdenden Vorstöße zu Zwangszusammenlegungen von Gemeinden

etc. Sie nutzen die Synergien, das sieht man deutlich, und da sind noch Einsparungspotenziale vorhanden. Man sieht anhand der Umfrage auch deutlich, dass 94 Prozent der Bürger für eine stärkere Zusammenarbeit unter den Gemeinden sind. Da gibt es sehr gute Beispiele, wie die Verwaltungskooperation mit 17 Gemeinden im Mühlviertel.

Aus derselben Umfrage geht auch hervor, dass 60 Prozent eine Eingliederung von Umlandgemeinden in größere Städte ablehnen. Die Industriellenvereinigung fordert Gemeindefusionen schon länger, der Gemeindebund hält das für keine gute Strategie. Wie stehen Sie dazu?

Ich glaube, der Schlüssel ist die Kooperation zwischen den Gemeinden, und da sind wir bereits sehr weit. Viele Kommunen sind aktiv tätig, neue Kooperationsmodelle sind im Entstehen.

Am Ende der Umfrage gibt es auch eine Wirtschaftsleistungsstatistik. Es stellt sich heraus, je höher die Bildung auf dem Land ist, desto leichter ziehen die Menschen wieder weg vom Land. Muss man da im Ausbildungssystem ansetzen, um die Wirtschaftsleistung gleichmäßig übers Land zu verteilen?

Ich glaube, dass eines der großen Erfolgssysteme der österreichischen Ausbildung das duale System mit der Lehre ist. Man darf nicht unterschätzen, dass rund 40 Prozent in diesem System arbeiten. Gerade bei Betrieben im ländlichen Bereich funktioniert das ausgezeichnet. Die Lehrlinge gehören in den meisten Fällen zum Betrieb, zur Familie. Gerade jetzt in schwierigen Zeiten sehen wir, dass ein Großteil weiter Lehrlinge ausgebildet und meist auch der Mitarbeiterstand gehalten wurde.

Information

Die Langversion des Interviews mit Stellungnahmen zu Themen wie Bildung, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftssteuerung ist auf www.kommunal.at zum Download bereit.

Kommunale Sommergespräche 2010

Haben die Kleinen noch eine Chance?

Das fünfte Jubiläum feiern die „Kommunalen Sommergespräche“ des Gemeindebundes und der Kommunkredit heuer in Bad Aussee. Das heurige Thema, ob die kleinen Gemeinden überhaupt noch eine Chance haben, verspricht besonders brisant zu werden. Zu Gast sind wieder zahlreiche Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie hochrangige politische Vertreter.

Angesichts der medialen und politischen Diskussionen der letzten Monate verwundert die Themenwahl nicht. „Immer wieder wird die Leistungsfähigkeit kleiner Gemeinden in Frage gestellt“, so Dr. Robert Hink, Generalsekretär des österreichischen Gemeindebundes. „Auch der Ruf nach der Zusammenlegung von Gemeinden taucht wieder häufiger auf. Wir wollen gemeinsam diskutieren, welche Stärken, natürlich auch welche Schwächen kleinere Gemeinde haben und wie es mit deren Zukunftsfähigkeit aussieht.“

Die Gästeliste könnte nicht hochkarätiger sein. Meinungsforscher Wolfgang Bachmayer wird zu Gast sein und die Ergebnisse einer Bevölkerungs- und einer Bürgermeisterumfrage präsentieren. IV-Chef Veit Sorger wird begründen, warum er in der Zusammenlegung von Gemeinden viel Potenzial sieht. Den Unterschied zwischen Sein und Schein wird die Umfrage von OGM-Geschäftsführer Wolfgang Bachmayer an den Tag bringen: Wie sehen die Bürgermeister/innen ihre Gemeinde, wie sehen es deren Bürger/innen? Wo ist man bereit, einzusparen – wo nicht?

Zur Gemeinsamkeit sollen auch die Workshops beitragen, in denen Auswege aus dem Budget-

dilemma ebenso gesucht und erläutert werden wie die Vorteile energieautonomer Gemeinden, von Identität und Effizienz sowie von Freiwilligenarbeit als Problemlösungsansatz.

A propos Freiwilligenarbeit: Frei nach dem Motto „Kehren Sie Ihre Gebühren runter“ verteilte die deutsche Stadt Langenfeld Besen an ihre Bürger/innen, um so Kosten für die Stadtreinigung zu sparen. Dies nur exemplarisch für eine von zahlreichen Aktionen, die die Stadt letztlich entschuldet hat: Seit 2008 hat Langenfeld keine Schulden. Wie dies funktionieren konnte, erklärt der langjährige Bürgermeister Magnus Staehler. Mit Kurt Biedenkopf, dem ehemaligen Ministerpräsident von Sachsen, konnte ein internationaler Gast gewonnen werden, der jüngst erst höchst interessante Gedanken zur Leistungsfähigkeit kleinerer Kommunen und der Bürgergesellschaft formuliert hat.

Zur traditionellen Politikerrunde am Freitag (30. Juli) haben bereits Vertreter/innen aus Bund, Ländern und Gemeinden zugesagt, darunter Innenministerin Maria Fekter, die Staatssekretäre Andreas Schieder und Reinhold Lopatka. Gemeinsam mit den Gastgeber – Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer



und Kommunalkredit-Vorstandsvorsitzendem Alois Steinbichler – werden sie ihren Fokus auf das Hauptthema der diesjährigen Kommunalen Sommergespräche legen: „Haben die Kleinen (noch) eine Chance – Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget“.

Im Rahmen der Sommergespräche wird es auch Workshops geben, in denen aktive Kommunalpolitiker aus Österreich über Modellprojekte in ihren Ge-

meinden berichten. Die Workshops werden – wie schon im Vorjahr – von prominenten Journalisten moderiert, gemeinsam mit den Teilnehmern sollen Zukunftskonzepte zu den Bereichen „Projektfinanzierung – Ausweg aus dem Budgetdilemma?“, „Energieautonome Gemeinden – Realitäts-Check für eine Utopie?“, „Freiwilligenarbeit – Wie lebt die Bürgergesellschaft in den Gemeinden?“, „Identität vs. Effizienz – Zusammenlegung von Gemeinden als Alternative?“ diskutiert werden.



Fact-Box

Kommunale Sommergespräche 2010, 28. bis 30. Juli in Bad Aussee. Informationen: DI Christian Katona, Tel.: 01/31 6 31-415 E-Mail: c.katona@kommunalkredit.at oder beim Österreichischen Gemeindebund unter E-Mail oesterreichischer@gemeindebund.gv.at

Großer Erfolg für Wissenschaftscocktail 2010

Politiker als Beruf oder Berufung?

Spitzenfunktionäre, Bürgermeister und Amtsleiter folgten am 14. Juni der Einladung der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft zum „Erstern kommunalen Sommercocktail“ in die Raiffeisenlandesbank OÖ in Linz. Das Thema: Der Politologe ao. Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Karlhofer (Innsbruck) referierte über „Die Stellung des Kommunalpolitikers in der Gesellschaft“.

Im Zentrum von Karlhofers Ausführungen stand das sinkende Renommee von Bürgermeistern in der Gesellschaft. Dementsprechend sinke auch die Motivation, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen. In Befragungen gaben zuletzt 40 Prozent der Bürgermeister an, zur Kandidatur gedrängt worden zu sein, weitere 40 Prozent wurden

Im Zentrum von Karlhofers Ausführungen stand das sinkende Renommee von Bürgermeistern in der Gesellschaft. Dementsprechend sinke auch die Motivation, sich für dieses Amt zur Verfügung zu stellen.

zumindest überredet. Die oft gestellte Frage an den frisch gewählten Bürgermeister laute: „Warum tust du dir das an?“ Durch die Trennung von Arbeitsort und Wohnort engagierten sich Menschen öfter für Aktivitäten, die nicht in der Heimatgemeinde liegen, so eine Erklärung von Karlhofer. Bei Jugendlichen ist die sogenannte „stille Abwanderung“ ein schwerwiegendes Phänomen: Teenager treten Vereinen in ihrer Schulgemeinde bei, die sich meist in städtischen Ballungsräumen befinden. Die orstansässigen Vereine im ländlichen Raum leiden dadurch an einem Mitgliederschwund, womit politischen Parteien potenzielle Kan-



KWG-Vorstand Reinhard Resch, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, Prof. Ferdinand Karlhofer, Thomas Weninger und Gemeindebund-General Robert Hink.

didaten entgehen. Aktuell zu beobachten, so Karlhofer, sei die Zunahme von parteilosen Listen bei den Gemeinderatswahlen; in manchen Tiroler Gemeinden stellen Namenslisten seit der letzten Wahl bereits den Bürgermeister. Die fehlende Verankerung in den politischen Hierarchien werde von den Bürgern als Vorteil empfunden, könne aber auch bewirken, dass über einzelne Vorhaben hinaus kein langfristiges Konzept für die Gemeinde verfolgt werde. Die Vorschläge von Karlhofer, etwa die Zusammenlegung von Gemeinderatsausschüssen oder die Angleichung der länderweise unterschiedlichen Gehalts-schemen, wurden im Anschluss teils konträr diskutiert. Alle Anwesenden empfanden jedenfalls die fehlende soziale Absicherung der Bürgermeister problematisch: Nach Ablauf einer Funktionsperiode können sie nur schwer in ihrem angestammten Beruf wieder Fuß fassen und verfügen über keinen entsprechenden Versicherungsschutz. Selbst in kleinen Gemeinden könne das Amt des Bürgermeisters nicht als „Nebenjob“ betrachtet werden. Informationen über den Wissenschaftscocktail sowie den Wissenschaftspreis 2010 im Internet unter www.k-w-g.at. KOMMUNAL wird in einer der kommenden Ausgabe einen ausführlichen Bericht bringen.

Verkehrssicherheitspreis „Aquila 2010“ verliehen

Rasen ist kein Kavaliersdelikt, Fehlverhalten gehört bestraft

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) holt gemeinsam mit dem Gemeindebund jährlich Bildungseinrichtungen, Gemeinden und Unternehmen, die sich besonders für Verkehrssicherheit engagieren, aufs Podest. Darüber hinaus werden jährlich zwei Preise für Verdienste in den Kategorien Zivilcourage und Medien vergeben.

Weniger Unfälle, weniger Verletzte und weniger Getötete: Die Unfallbilanz 2009 ist insgesamt positiv ausgefallen. In diesem Zusammenhang sind es meist nur die großen Verkehrssicherheits-Kampagnen von Institutionen und Ministerien, die in den Medien Beachtung finden und von der Öffentlichkeit entsprechend wahrgenommen werden.

Mitte

Juni

2010

wurde der

„Aquila

2010“ in insgesamt

fünf Kategorien

vergeben. Honoriert

wurden damit Aktionen

engagierter Bürger

und Gemeinden, die dazu

beitragen, mehr Sicherheit

zu gewährleisten. Mit

den vorbildhaften Initiativen

sollen künftig weniger Tote und

Verletzte auf Österreichs

Straßen zu verzeichnen sein.

Der „Gemeinde-Sieger“

Gewonnen hat die Gemeinde Lustenau in Vorarlberg mit dem Projekt „Kinder mobil. Anders unterwegs“, bei dem Kinder und vor allem deren Eltern motiviert werden, den Weg zum Kinder-

Der „Aquila“: Die Trophäe wurde erstmals 2006 auch für Gemeinden in einer eigenen Kategorie zugänglich gemacht.

Wir hoffen, dass andere Gemeinden sich am Projekt der Gemeinde Lustenau ein Beispiel nehmen. Verkehrssicherheitsarbeit zahlt sich für Gemeinden aus.

Othmar Thann, Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit

garten, aber auch andere Strecken wieder zu Fuß, per Bus oder mit dem Fahrrad statt mit dem elterlichen Auto zurückzulegen.

Elternabende mit allen Verantwortlichen helfen, Gefahrenstellen auf der Straße zu entschärfen und den Schulweg für die Kinder sicherer zu machen.

Auch manch gefährliche Situation durch Hol- und Bringverkehr rund um Schule oder Kindergarten konnte so schon vermieden werden. „Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto in den Kindergarten oder in die Schule bringen, meinen, dass sie dadurch die Sicherheit ihrer Sprösslinge erhöhen. Tatsächlich sorgen sie aber für erhöhtes Verkehrsaufkommen rund um die Betreuungseinrichtungen, sodass die Gefahr von Verkehrsunfällen zunimmt“, erklärte Othmar Thann, Direktor des KfV. Im Rahmen des Projekts lernen Kinder auch, wie man

richtig Bus fährt, und im Rahmen der Verkehrserziehung mit der Polizei, wie man sich im Straßenverkehr richtig verhält.

„Wir hoffen, dass andere Gemeinden sich am Projekt der Gemeinde Lustenau ein Beispiel nehmen. Verkehrssicherheitsarbeit zahlt sich für Gemeinden aus!“, betonte Thann.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer verabsäumt es in diesem Zusammenhang nicht, die Verkehrssicherheit der Gemeinden mit rund 80.000 Kilometern Straßennetz als essentiell wichtiges Thema hervorzuheben. Besonders gehe es hierbei darum, die Schutzlosen – die Kinder – zu bewahren. „Wer Geschwindigkeiten im Ortsgebiet oder auch auf allen anderen Straßen deutlich überschreitet, der macht sich strafbar und ist dafür zur Verantwortung zu ziehen. Es ist völlig lächerlich, so zu tun, als wäre das Rasen ein Kavaliersdelikt“, so Mödlhammer. Aus diesem Grund sollen auch die Gemeinden künftig wieder Geschwindigkeitsmessungen selber durchführen können. Dazu Mödlhammer: „Ich werde nicht zulassen, dass man medial attackiert wird, wenn man auf die Einhaltung bestehender Gesetze besteht.“

Die Sieger 2010

Sieger in der Kategorie Schulen ist die Volksschule Hermann-Gmeiner-Schule in der Hinterbrühl mit ihrem Projekt „Verkehrserziehung einmal anders“. Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert die Verarbeitung vieler unterschiedlicher Sinnesindrücke. Das Projekt der Integrierten Herrmann-Gmeiner-Schule Hinterbrühl führte den Bereich „Verkehrserziehung“ mit dem Klassenschwerpunkt „Sensorische Integration“ zusam-





Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer zeigt sich erfreut über „seine“ Gewinner. Hier mit den Siegern des Abends: Bürgermeister von Lustenau Kurt Fischer, den Projektverantwortlichen Dominik Wöger und Judith Bösch, der Gemeinderat für Verkehr Dietmar Haller, Helmut Mödlhammer und Othmar Thann vom KfV.

men: Mit spielerischen Elementen wurde das Zusammenspiel der Sinne geübt und gefördert. Komplexe Situationen, wie sie Verkehrsteilnehmer täglich im Straßenverkehr erleben, wurden den Kindern in einer vereinfachten Form nähergebracht. Darüber hinaus konnten die Kinder einen „Rollbrettführerschein“ erwerben und ihre Bewegungsgeschicklichkeit und ihre Sinne bei der Bewältigung verschiedener Parcours schulen.

Sieger in der Kategorie Unternehmen wurde das Rote Kreuz mit dem Projekt „Verkehrssicherheit 2009“. Der Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes stellte im 1. Halbjahr 2008 einen dramatischen Anstieg bei der Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen von Einsatzfahrern im Roten Kreuz fest. Um die Verkehrssicherheit bei den Einsätzen zu erhöhen, veranstaltet der Landesverband Oberösterreich des Roten Kreuzes Workshops für seine Einsatz-

fahrer, in denen das Bewusstsein für gefährliche Verkehrssituationen im Einsatz geschärft werden soll und Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie beispielsweise mit Stress in Einsatzsituationen umgegangen werden kann. Auch eine Unfalldatenbank wurde eingerichtet. Die Maßnahmen zum Fehlermanagement sollen in weiterer Folge evaluiert werden und für die Mitarbeiter des Roten Kreuzes im Intranet verfügbar sein.

Ein Spezialpreis für Lebensretter

2010 gab es auch einen Spezialpreis für Lebensretter, „verpackt“ in den Bereichen Zivilcourage und Medien.

Mit dem „Aquila 2010“ werden Aktionen engagierter Bürger und Gemeinden honoriert, die dazu beitragen, mehr Sicherheit zu gewährleisten.

Wer Geschwindigkeiten im Ortsgebiet oder auch auf allen anderen Straßen deutlich überschreitet, der macht sich strafbar und ist dafür zur Verantwortung zu ziehen. Es ist völlig lächerlich, so zu tun, als wäre das Rasen ein Kavaliersdelikt.

Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Zivilcourage zeigten Michael Pemsel und Ugur Alkan, als sie Zeugen eines Unfalls wurden. Ohne zu zögern, eilten sie zu dem verunglückten Pkw-Lenker. Während Pemsel den Vater aus dem Fahrzeug herauszog, kümmerte sich Alkan um die eingeklemmte Tochter. So konnten beide Unfallopfer gerettet werden, bevor das Auto Feuer fing.

Besonders engagiert im journalistischen Bereich der Verkehrssicherheit ist der Journalist Günther Krauthackl von der Tiroler Kronen Zeitung: Seit 1992 ist Krauthackl bei der Tiroler Krone und setzt sich dabei nun bald zwei Jahrzehnte vor allem für das Thema Verkehrssicherheit ein. Aber Sicherheit ist ihm im umfassendsten Sinn ein großes und persönliches Anliegen: Er befasst sich in seiner Berichterstattung nicht nur mit Verkehrsthemen, sondern mit der Unfallprävention in anderen Lebensbereichen, wie etwa bei Sport oder Freizeit.

„Wir freuen uns über die vielen Einreichungen. Auch wenn nur einige wenige herausgegriffen werden konnten, sind wir froh, dass sich viele Schulen, Gemeinden und Unternehmen im Bereich der Verkehrssicherheit engagieren. Der Gesetzgeber steckt den wichtigen sicherheitspolitischen Rahmen ab, aber das Engagement jedes Einzelnen ist notwendig, um die Sicherheit im Straßenverkehr dauerhaft zu erhöhen und die Zahl der Verletzten und Getöteten entscheidend zu reduzieren“, so Thann.

Mehr über die Preisverleihung und den Verkehrssicherheitspreis 2010 auf www.kfv.at und www.gemeindebund.at

Internes Kontrollsystem (IKS) in den Gemeinden*

Risikomanagement muss in den Gemeinden „gelebt werden“

Verschiedene Fälle von Misswirtschaft in der Gebarung öffentlicher Haushalte, aber auch nicht erkannte oder unterschätzte Risiken veranlassen zu organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und Maßnahmen des Risikomanagements. KOMMUNAL berichtet über den Aufbau und die Zielsetzungen, die Grundlagen und die Prinzipien sowie die Grenzen eines Internen Kontrollsystems (IKS) für Gemeinden.

o. Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer

In letzter Zeit wurden aus österreichischen Gemeinden Fälle von Misswirtschaft bekannt, die auf unzureichende Kontrollen in der Gebarung von Gemeinden zurückgeführt werden. So gaben verlustreiche Spekulationsgeschäfte mit Wertpapieren, insbesondere Finanzderivaten, oder umstrittene Cross-Border-Leasing-Geschäfte mit nicht überschaubaren Auslands- und Fremdwährungsrisiken Anlass zur Kritik. Aber auch die zahlreichen Ausgliederungen von Vermögenswerten und Aufgaben von Gemeinden in Organisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit, um steuerrechtliche und in der Folge finanzwirtschaftliche Vorteile zu erlangen, führten zu einer „Flucht aus dem Budget“ und damit zu einer Beeinträchtigung der Gebarungstransparenz, wenn eine vollständige Übersicht über die Gemeindefinanzen und die Schulden einer Gemeinde nicht mehr ermöglicht wurde. Diese Entwicklungen bedeuten aber auch eine Flucht aus der öffentlichen Kontrolle, wenn die ausgegliederten Einrichtungen keiner öffentlich zugänglichen Voranschlags- und Rechnungslegung unterliegen und von den zuständigen Kontrollinstanzen auch nicht mehr geprüft werden können. Aber auch wenn eine öffentliche

Die interne Steuerung zielt auf eine organisatorische Optimierung der Verfahrensabläufe und die Erkennung und Analyse von Risikobereichen ab.

Kontrolle durch den Gemeinderat selbst, durch die Gemeindeaufsicht, den Landesrechnungshof oder den (Bundes-)Rechnungshof gewährleistet ist, stellt sich die Frage, ob diese Kontrolle – weil sie in der Regel ex post ausgeführt wird – nicht zu spät kommt und Fehlentwicklungen dadurch nicht verhindert werden können. Daraus entwickelte sich in letzter Zeit – in Analogie zu bedeutsamen Bilanzmanipulationen und Unternehmenszusammenbrüchen in der globalen Wirtschaft – der Ruf nach einem leistungsfähigen Internen Kontrollsystem (IKS) auch in öffentlichen Verwaltungen.

Aufbau und Zielsetzungen eines IKS

Als Internes Kontrollsystem (IKS) sind alle organisatorischen Maßnahmen innerhalb einer Verwaltung anzusehen,

- ▶ um den Wirkungsgrad der Verwaltungsaktivitäten durch die Steigerung deren Effektivität (Zielwirksamkeit) und Effizienz (Wirtschaftlichkeit) zu optimieren;

- ▶ die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der daraus abgeleiteten Informationen (Ordnungsmäßigkeit) zu gewährleisten;
- ▶ um den Bestand des Verwaltungsvermögens (materielle Werte, Know-how, Humanvermögen) zu sichern, und
- ▶ die Einhaltung bestehender Normen (Gesetze, Verordnungen, Weisungen, Richtlinien) zu gewährleisten (Rechtmäßigkeit, neuerdings auch „Compliance“ genannt).

Diese organisatorischen Maßnahmen dienen einerseits der organisatorischen Steuerung und andererseits der internen Überwachung der Geschäfts- bzw. Verwaltungsaktivitäten (siehe Abbildung). Die interne Steuerung zielt auf eine organisatorische Optimierung der Verfahrensabläufe und die Erkennung und Analyse von Risikobereichen ab. Die Aufgabenbereiche des IKS und des Risikomanagement sind daher immer im Zusammenhang zu sehen. Die interne Überwachung kann einerseits durch organisatorische Sicherungsmaßnahmen erfolgen, die in die einzelnen Leistungsbereiche integriert sind (z. B. Sicherstellung des Vier-Augen-Prinzips, Trennung unvereinbarer Tätigkeiten). Sie kann andererseits auch in Form von Maßnahmen der Internen Revision erfolgen, die unabhängig von den einzelnen Leistungsprozessen eingerichtet werden (z. B. unangekündigte Überprüfung von Kassenbeständen, Vorratsbeständen oder Forderungsausweisen). Jeder Überwachungsvorgang hat einen Vergleich eines aktuel-



o. Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Reinbert Schauer ist Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste an der Johannes-Kepler-Uni Linz

* Gekürzte Fassung des Vortrages des Verfassers beim 9. NÖ Bürgermeistertag 2010 in St. Pölten.

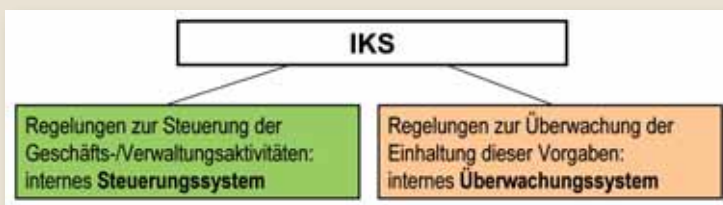


IKS ist ein in die Arbeits- und Betriebsabläufe einer Organisation eingebetteter Prozess, der von den Führungskräften und den Mitarbeitern durchgeführt wird, um bestehende Risiken zu erfassen und zu steuern ...

Aus den Richtlinien für die Internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor (INTOSAI 2006, S. 7)

Die interne Überwachung kann auch in Form von Maßnahmen der Internen Revision erfolgen, die unabhängig von den einzelnen Leistungsprozessen eingerichtet werden (z. B. unangekündigte Überprüfung von Kasenbeständen, Vorratsbeständen oder Forderungsausweisen).

Schema eines Internen Kontrollsystems



Die Aufgabenbereiche des IKS und des Risikomanagements sind immer im Zusammenhang zu sehen.

mäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Gesetzmäßigkeit (z. B. § 82 NÖ Gemeindeordnung) zumindest ansatzweise erkennbar.

Erfolgt die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden in privatrechtlichen Rechtsformen, so sind unternehmensrechtliche Vorschriften zu beachten.

§ 82 AktG und § 22 GmbHG verpflichten Kapitalgesellschaften zur Führung eines IKS, ohne deren Aufbau näher zu spezifizieren. § 243a (2) UGB erfordert bei einer börsennotierten Aktiengesellschaft Angaben zum Internen Kontrollsystem im Lagebericht, § 273 (2) UGB verweist auf die unverzügliche Redepflicht des Abschlussprüfers bei wesentlichen Schwächen der internen Kontrolle. Auch diese Bestimmungen betreffen nur Kapitalgesellschaften.

Für öffentliche Verwaltungen maßgeblicher ist die Auffassung der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI), weil sich an ihr die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofes bzw. der Landesrechnungshöfe orientiert. In den Richtlinien für die Internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor (INTOSAI 2006, S. 7) wird die interne Kontrolle als ein in die Arbeits- und Betriebsabläufe einer Organisation eingebetteter Prozess bezeichnet, „der von den Führungskräften und den Mitarbeitern durchgeführt wird, um bestehende Risiken zu erfassen und zu steuern und mit ausreichender Gewärsicherheit stellen zu können, dass die betreffende Körperschaft im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgabenstellung die folgenden allgemeinen Ziele erreicht:

- ▶ Sicherstellung ordnungs-

len Ist-Zustands oder Ist-Ablaufes mit einem angestrebten Soll-Zustand oder Soll-Ablauf (Soll-Ist-Vergleich) zum Inhalt. Dieser Vergleich zwischen einer SOLL-Vorgabe und dem praktizierten IST findet bei Internen Kontrollsystemen auf drei Ebenen statt:

- ▶ Kontrollen auf Organisationsebene: Sie stellen übergreifende Kontrollen dar, die mehrere Aspekte einer Organisation und damit auch mehrere Prozesse in einer Organisation betreffen (z. B. Kompetenzregelungen, Anordnungsbefugnisse, Durchsetzung von Weisungen);
- ▶ Kontrollen auf der Ebene der Leistungsprozesse: Sie decken die Risiken von wesentlichen Fehlinformationen ab (z. B. Vollständigkeitsprüfungen, Abstimmungsprüfungen, Plausibilitätskontrollen);
- ▶ Kontrollen auf IT-Ebene: Sie sollen die Funktionsfähigkeit

der automatisiert ablaufenden Verwaltungsvorgänge überprüfen.

Gesetzliche Grundlagen – Empfehlungen

Im Haushaltsrecht (BHG, BHV, VRV) sind keine spezifischen Regeln für ein Internes Kontrollsystem vorgegeben. Indirekt sind sie allerdings durch die verwaltungsspezifischen Handlungsmaßstäbe der Sachgerechtigkeit, Rechtmäßigkeit und Rationalität sowie durch die Gebungsgrundsätze von Zweck-

Im Haushaltsrecht (BHG, BHV, VRV) sind keine spezifischen Regeln für ein Internes Kontrollsystem vorgegeben. Indirekt sind sie allerdings ... zumindest ansatzweise erkennbar.



gemäß, ethischer, wirtschaftlicher, effizienter und wirksamer Abläufe;

- ▶ Erfüllung der Rechenschaftspflicht;
- ▶ Einhaltung der Gesetze und Vorschriften;
- ▶ Sicherung der Vermögenswerte vor Verlust, Missbrauch und Schaden.

IKS-Prinzipien

Ein Internes Kontrollsystem ist somit als ein im Laufe der Zeit in einer Verwaltungsorganisation entwickeltes Regelwerk anzusehen, das durch

- ▶ Arbeitsablaufbeschreibungen (Prozessbeschreibungen),
- ▶ Stellenbeschreibungen,
- ▶ Festlegung von Zugriffsberechtigungen,
- ▶ Verwendung von Formularen,
- ▶ Erarbeitung von Funktionsdiagrammen, Dienstordnungen und so weiter

im Sinne eines Organisationshandbuchs vorgibt, wie gearbeitet werden soll. Dabei sind folgende grundlegende Prinzipien zu beachten:

- ▶ **Transparenz-Prinzip:** Für jede bedeutsame Aktivität wird ein Soll-Arbeitsablauf festgelegt, der es einem Außenstehenden ermöglicht zu beurteilen, ob diesem Soll-Konzept durch die Beteiligten entsprochen wird.
- ▶ **Vier-Augen-Prinzip:** Kein wesentlicher Vorgang bleibt ohne (Gegen-)Kontrolle.
- ▶ **Prinzip der Funktionstrennung:** Vollziehende Aktivitäten (z. B. Beschaffungsvorgänge), verbuchende Aktivitäten (z. B. Finanzbuchhaltung) und verwaltende Aktivitäten (z. B. Lagerverwaltung) sollen nicht von einer Person wahrgenommen werden.
- ▶ **Prinzip der Mindestinformation:** Mitarbeitern sollen nur jene Informationen zugänglich sein, die sie für ihre Aufgaben

Das Transparenz-Prinzip: Für jede bedeutsame Aktivität wird ein Soll-Arbeitsablauf festgelegt, der es einem Außenstehenden ermöglicht zu beurteilen, ob diesem Soll-Konzept durch die Beteiligten entsprochen wird.

erfüllung brauchen. Das Spannungsfeld zwischen verfügbarer und benötigter Information darf jedoch zu keinen Konflikten führen.

Risikoerwartungen und Risikobewältigung

Neben der organisatorischen Optimierung der Verwaltungsabläufe ist die Erkennung von Risikobereichen und deren Analyse ein wesentliches Element des internen Kontrollsystems. Dabei ist zwischen politischen bzw. wirtschaftlichen Risiken, Marktrisiken, Vermögensrisiken und anderen Risiken zu unterscheiden.

Zu den politischen bzw. wirtschaftlichen Risiken gehören zum Beispiel Aufgabenüberwältigungen an Gemeinden ohne finanziellen Ausgleich oder der Rückgang an Steuereinnahmen durch Konjunkturschwankungen. Ihnen muss durch verstärkte Interessenvertretung bzw. durch die Ausarbeitung von Best case / Worst case-Szenarien und darauf aufbauende flexiblere Budgetgestaltung entsprochen werden.

Zu den Marktrisiken gehört z. B. die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten oder Banken. Ihnen muss durch eine laufende Marktbeobachtung bzw. die Streuung der Lieferanten- und Bankbeziehungen entgegen getreten werden.

Zu den Vermögensrisiken gehören alle Gefahren, die den Bestand von Anlagen, Warenlager bzw. Geldbestände gefährden können. Hierzu gehören auch die bei Vermögenstransak-

tionen wie Geldflüsse und Warenbewegungen zu erwartenden Risiken. Ihnen kann z. B. durch Zugangsbeschränkungen, regelmäßige Kontrollen und Berichte über den Vermögensbestand begegnet werden.

Andere Risiken können z. B. aus der Abhängigkeit von Schlüsselpersonal bestehen. Dagegen können gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen helfen. Weiters sind spezifische IT-Risiken wie Datenverlust, Datenmissbrauch, Rechner- oder Leitungsausfall zu bedenken. Ihnen kann durch Versicherungen bzw. die Abwälzung solcher Risiken an die erbringenden Dienstleister begegnet werden. Von besonderer Bedeutung sind auch Vertragsrisiken („schlummernde Zeitbomben in Verträgen“) und steuerliche Risiken, die nur durch eine fundierte Rechtsberatung erkannt und beseitigt werden können. Für außergewöhnliche Fälle bzw. Sachverhalte sind „Notfallspläne“ vorzusehen.

Für die Prüfung der Qualität eines IKS mögen die folgenden Kontrollfragen als Anregung dienen (in Anlehnung an Kleiner-Riegler 2006):

- ▶ Gibt es Arbeitsanweisungen für die wesentlichen Aufgabenstellungen, insbesondere für Vermögenstransaktionen?
- ▶ Gibt es für alle wichtigen Funktionen im Sinne der „Funktionstrennung“ eindeutig verantwortliche Personen?
- ▶ Gibt es Regelungen für urlaubs-/krankheitsbedingte Vertretungen und wird dabei verhindert, dass es in solchen Fällen zu einer Funktionsver-

Mögliche Kontrolllücken sind unter anderem denkbar bei ungewöhnlichen oder unregelmäßig anfallenden Geschäftsfällen oder Vorfällen.

Ein Internes Kontrollsystem gibt es – in unterschiedlicher Ausprägung – in jeder Gemeinde. Es ist im Zeitablauf durch verschiedene organisatorische Maßnahmen gewachsen und wird auch in den Vorgesetzten-Mitarbeiter-Beziehungen in unterschiedlicher Intensität angewendet.

einigung „in einer Person“ kommt?

- ▶ Ist schriftlich festgelegt, wer welche Tätigkeiten mit Außenwirkung durchführen kann (z. B. Bestellungen, Ausstellung von Rechnungen, Zahlungen)?
- ▶ Gibt es betragsmäßige/ inhaltliche Limits, ab welchen eine zusätzliche Stelle/eine zusätzliche Person eingeschaltet werden muss?
- ▶ Gilt für wesentliche Schritte (nicht für alle!) das Vier-Augen-Prinzip?
- ▶ Werden für schwierige Entscheidungen/Fragestellungen adäquate Fachauskünfte eingeholt/zugekauft?
- ▶ Wer kontrolliert ausgegliederte Verwaltungseinheiten, welche Berichte werden eingefordert, welche Steuerungsmaßnahmen werden ergriffen?

Grenzen des IKS

Der organisatorischen Absicherung der Verwaltungsabläufe und Vermögensbestände sind naturgemäß auch Grenzen gesetzt. Mögliche Kontrolllücken sind denkbar bei:

- ▶ ungewöhnlichen oder unregelmäßig anfallenden Geschäftsfällen/Vorfällen;
- ▶ Missverständnissen oder Fehleinschätzungen;
- ▶ Eingriffen leitender Instanzen in die Tätigkeit von Sachbearbeitern;
- ▶ Absprache von zwei oder mehreren Beteiligten in schädigender Absicht;
- ▶ nachlassender Aufmerksamkeit bzw. Nichteinhaltung angeordneter Kontrollen durch Routine oder Arbeitsüberlastung sowie als Folge technischer, wirtschaftlicher oder sozialer Veränderungen.

Diesen Lücken kann nur durch eine regelmäßige Überprüfung

auf einer systematischen Grundlage aufbaut. Für den erfolgreichen Einsatz eines Internen Kontrollsystems (IKS) sind daher drei Grundelemente wesentlich:

- ▶ Es muss wirksam sein, d. h. es ist in die Arbeitsabläufe integriert und dokumentiert, es wird von den Vorgesetzten überwacht und von den Mitarbeitern akzeptiert.
- ▶ Es muss nachvollziehbar sein, d. h. die Ziele und der gewünschte Ausbaugrad sind festgehalten, die durchgeführten Kontrolltätigkeiten werden nachvollziehbar dokumentiert und die Qualität des IKS wird regelmäßig beurteilt.
- ▶ Es muss wirtschaftlich sein, d. h. es ist primär auf Schlüsselrisiken fokussiert und mit der Internen Revision akkordiert. Nach Möglichkeit sind die Kontrollen zu automatisieren.

Das IKS muss daher in der Gemeinde laufend gelebt und eingefordert werden, es darf nicht als unbeachtete Norm Makulatur bleiben.

Materialien

- ▶ GASTINGER Karin, IKS im öffentlichen Sektor, PriceWaterhouseCoopers, Wien 2010 (www.kommunalkredit.at/uploads/PublicBreakfast20100319_Gastinger_3204_DE.pdf; 22.04.2010).
- ▶ INTOSAI – Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden, Richtlinien für die Internen Kontrollnormen im öffentlichen Sektor, 2006 (<http://intosai.connexcc-hosting.net/blueline/upload/1guicpubsecg.pdf>; 22.04.2010).
- ▶ KLEINER Fritz – RIEGLER Günter, Workshop Internes Kontroll-System, Magistrat Graz, Vermögens- und Finanzdirektion, 6. 6. 2006 (www.graz.at/cms/dokumente/10062350_1159279/0ab680e5/IKS_Workshop_Kleiner_Riegler_6_Juni2006.pdf; 9. 3. 2010).
- ▶ KREUZER Christian, IKS – Internes Kontrollsystem, in: CFOaktuell, Februar 2009, S. 25.

des Internen Kontrollsystems begegnet werden (IKS-Monitoring). Dies ist Aufgabe der obersten Verwaltungsführung bzw. Aufgabe der von ihr eingesetzten Internen Revision. Sie hat die internen Kontrollkonzepte, -praktiken und -verfahren auf ihre Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit zu überprüfen. Damit soll gewährleistet werden, dass die eingerichteten Kontrollverfahren für die Erfüllung der einer Verwaltung übertragenen Aufgaben ausreichen. Auch die externe Revision (z. B. durch den Landesrechnungshof) kann bei der Prüfung der internen Kontrollsysteme einer Verwaltung mitwirken.

Dabei sind – wie bei allen Verwaltungsverfahren – auch Wirtschaftlichkeitsaspekte zu beachten. Die Kosten einer Kontrollmaßnahme (die Sicherungskosten) sollten nicht höher sein als der mögliche Schaden. Die oben erwähnten Kontrolllücken haben zur Folge, dass trotz des eingerichteten IKS immer ein Restrisiko verbleiben wird.

IKS-Erfolgskriterien

Ein Internes Kontrollsystem gibt es – in unterschiedlicher Ausprägung – in jeder Gemeinde. Es ist im Zeitablauf durch verschiedene organisatorische Maßnahmen gewachsen und wird auch in den Vorgesetzten-Mitarbeiter-Beziehungen in unterschiedlicher Intensität angewendet. Zu hinterfragen ist, ob dieses Kontrollsystem „irgendwie“ entstanden und daher nur bruchstückhaft entwickelt ist oder ob dieses organisatorische Regelwerk

Anforderungen der Banken sind gestiegen, Kredite müssen gut besichert sein

Förderungen abholen, um erfolgreich zu investieren

Seit Ende 2008 sind auch Österreichs kleine und mittlere Unternehmen von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise massiv betroffen. Die Bundesregierung und die Länder haben Unterstützungspakete geschnürt, um das Wachstum der Wirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und die Auswirkungen der Krise zu mildern.

KOMMUNAL hat mit dem Geschäftsführer der österreichischen Förderbank austria wirtschaftsservice, Bernhard Sagmeister, über die Entwicklung der regionalen Wirtschaft und attraktive Fördermöglichkeiten für Betriebe gesprochen.

Herr Sagmeister, Sie sind seit Juni 2009 Geschäftsführer der austria wirtschaftsservice – wie haben Sie die Entwicklung der Krise erlebt?

Bernhard Sagmeister: Die internationalen Entwicklungen haben auch Österreichs Wirtschaft nicht verschont. Die österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute weisen für 2009 einen massiven Rückgang im Bereich der Investitionen aus. Die Bruttoinvestitionen sind alleine 2009 um mehr als sieben Prozent geschrumpft. Eine von uns gemeinsam mit der Wirtschaftskammer in Auftrag gegebene Studie zeigt außerdem, dass 2009 von mehr als 75 Prozent der befragten Unternehmen weniger investiert wurde, als den jährlichen Abschreibungen entspricht – in diesem Sinne wurde sogar deinvestiert! Expansion und Innovation waren kaum Thema.

Was erwarten Sie für die nächsten Jahre?

Auch für 2010 erwarten wir im Bereich der betrieblichen Investitionen eine sehr schwache Entwicklung bzw. einen weiteren Rückgang. Erst ab 2011 sehen



Angebote Kreditmittel können oft wegen mangelnder Sicherheiten nicht in Anspruch genommen werden. Das liegt zum Teil an den gestiegenen Anforderungen der Banken – sie sind heute weniger bereit, Risiken einzugehen, als vor der Krise.

Bernhard Sagmeister über die Gründe der Banken, Kreditanträge abzulehnen

WIFO und IHS wieder wachsende Investitionstätigkeit.

Das AMS rechnet mit steigenden Arbeitslosenzahlen – was sind die Folgen für die Wirtschaftsentwicklung spezifischer Branchen?

Steigende Arbeitslosenzahlen führen meist auch zu einem gewissen Rückgang bei Konsumausgaben. In der Regel trifft eine solche Entwicklung besonders den Handel und den Tourismusbereich.

Worin sehen Sie die Gründe für die Investitionszurückhaltung, liegt es an fehlenden Finanzierungen oder der oft zitierten „Kreditklemme“?

Österreichs Wirtschaft ist klein und mittelständisch geprägt mit einem steigenden Anteil an Dienstleistungsunternehmen. Gerade im Dienstleistungsbereich hängt das betriebliche Wachstum nur mehr in geringerem Ausmaß von klassischen Investitionen in Produktionsanlagen ab. Personalkosten und der Zukauf von Leistungen, also die Finanzierung von Betriebsmit-

teln, machen hier den Großteil der Aufwendungen aus. Allerdings sind gerade in diesem Bereich oft Zwischenfinanzierungen über Kredite notwendig. Unsere Studie hat auch gezeigt, dass im Schnitt nur elf Prozent der Kreditanträge bei Investitionen abgelehnt wurden. Im Bereich der Kleinstkredite unter 10.000 Euro berichten allerdings fast die Hälfte der Unternehmen von Schwierigkeiten bei der Finanzierung.

reich der Kleinstkredite unter 10.000 Euro berichten allerdings fast die Hälfte der Unternehmen von Schwierigkeiten bei der Finanzierung.

Welche Gründe gibt es für Ablehnungen von Kreditanträgen?

Sowohl unsere Erfahrungen als Förderbank als auch die

aktuelle Umfrage zeigen, dass Banken genügend Mittel bereitstellen. Von einer Liquiditätskrise kann man also nicht sprechen. Vielmehr sieht sich Österreichs Wirtschaft einer Bonitätskrise gegenüber. Die angebotenen Kreditmittel können oft wegen mangelnder Sicherheiten nicht in Anspruch genommen werden. Das liegt zum Teil an den gestiegenen Anforderungen der Banken – sie sind heute weniger bereit, Risiken einzugehen, als vor der Krise. Es liegt aber auch daran, dass die Eigenkapitalquote des österreichischen Durchschnittsbetriebs noch immer viel zu gering ist – die Wirtschaft hängt am Kreditropf.

Welche Möglichkeiten gibt es für Unternehmen, auch bei geringeren Sicherheiten noch an Kredite zu kommen?

Gerade bei diesem Problem, das viele Unternehmen betrifft, können wir als Förderbank wirksam unterstützen. Wir bieten Unternehmen an, die Haftung für einen Investitionskredit oder für

zusätzliche Betriebsmittelkredite zu übernehmen. Durch diese quasi staatliche Haftungsübernahme ergänzen wir fehlende Sicherheiten und ermöglichen die Finanzierung über die Hausbank.

Gibt es noch weitere Unterstützungsmöglichkeiten für Unternehmen, die neue Projekte ins Leben rufen wollen?

Neben unseren Haftungen bieten wir auch zinsgünstige Kredite, beispielsweise für den Ausbau von Betrieben und neue Investitionen, an. Über die Hausbank können Kredite von 10.000 Euro bis zu 7,5 Millionen Euro beantragt werden.

Wie sieht es mit Zuschüssen aus?

Zuschüsse vergibt der Bund vor allem dort, wo Innovationen umgesetzt werden sollen. Investitionen in neue Produktionsverfahren, neue Produkte oder neuartige Dienstleistungen werden mit bis zu 15 Prozent in Form eines Zuschusses gefördert. Die Höhe des Zuschusses hängt dabei auch vom Grad der Innovation ab. Außerdem können wir regionale Leitbetriebe bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen massiv unterstützen.

Welche Bedeutung haben die Gemeinden für Sie als Förderbank?

Wir sehen die Gemeinde als zentrale Drehscheibe der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Sie sind in vielen Fällen die erste Anlaufstelle für investierende Betriebe und neue Unternehmen und kennen die Probleme und Herausforderungen vor Ort am besten. Daher sind Gemeinden für uns wichtige Multiplikatoren. Unser gemeinsames Interesse ist die nachhaltige Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen.

Und wieviel Fördermittel stellen Sie 2010 für die Unterstützung von Betrieben zur Verfügung?

Insgesamt vergeben wir pro Jahr rund eine Milliarde an Förderleistungen in Form von Krediten, Zuschüssen und Haftungen. Damit helfen wir, jährlich rund 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen oder nachhaltig zu sichern.

Europas „Hauptstadt“ empfängt Gemeindevetreter

Nach Brüssel führt die Herbstreise des Gemeindebundes

Vom 14. bis zum 16. Oktober 2010 führt die Gemeindebund-Bürgermeisterreise nach Brüssel. Die belgische Hauptstadt – Sitz des Europäischen Parlaments und der überwiegenden Mehrheit der Institutionen und Interessenvertretungen – bietet zwei einzigartige Einblicke.

Zum ersten – und wichtigsten – ist sie praktisch die Hauptstadt Europas. Und Belgien hat zudem in der zweiten Jahreshälfte den Ratsvorsitz inne.

Zum zweiten ist Brüssel, gelegen an der Sprachgrenze zwischen Flandern und der Wallonie, eine alte europäische Haupt-, Handels- und Kulturstadt – und weithin berühmt für üppiges Essen. Vor allem die vielen „Chocolaterien“ und die weltberühmte belgische Schokolade werden so manchen bürgermeisterlichen Gaumen erfreuen.

Brüssel mit seinem Rathaus, den Zunfthäusern, die Sankt-Michaels-Kathedrale, die Kongresssäule und dem Heyselbezirk mit dem Atomium (auszugsweise genannt) ist aber nur eine Station der Informationsreise. Nach einer kurzen Fahrt besichtigt die Reisegruppe Brügge, auch „Venedig des Nordens“ genannt. Brügge besitzt eine sehr gut erhaltene mittelalterliche Altstadt. Die Stadt war im 13. und 14. Jh. eines der bedeutendsten Handelszentren Europas und war im 15. Jh. unter den Herzögen von Burgund das Zentrum der flämischen Malerschule. Das gesamte Zentrum der Stadt ist Fußgängerzone.

Auch für Arbeit ist gesorgt

Auf Österreichs Kommunalpolitiker wartet aber auch Arbeit. Ein Besuch im Europäischen Parlament mit Gesprächen mit Othmar Karas und Hannes Swoboda ist geplant, ein Besuch in der Ständigen Vertretung in Brüssel ist Fixpunkt. Die schon fast traditionelle Begrüßung durch EU-Botschafter Dr. Hans Dietmar Schweisgut mit der anschließenden Sitzung des Präsidiums und der Landesgeschäftsführer gemeinsam mit den Mitgliedern des Europausschusses des Gemeindebundes in der Ständige Vertretung in Brüssel und abends ein Empfang bei Österreichs Botschafter Dr. Karl Schramek steht ebenfalls auf dem Programm.

Mehr Infos und Anmeldungen bei Petra Stossier vom Österreichischer Gemeindebund;
Tel.: 01/512 14 80-0
Fax: 01/512 14 80-72
petra.stossier@gemeindebund.gv.at

Der Grand Place mit dem gotischen Rathaus von Brüssel ist allein eine Reise wert.





Foto: Bilderbox

Schwerpunkt Drogenbekämpfung

Maßnahmen gegen Drogenkriminalität

Die Polizei beschlagnahmte in Österreich im Vorjahr illegale Substanzen im Schwarzmarktwert von insgesamt fast 39 Millionen Euro. Das waren um über 56 Prozent mehr als im Jahr 2008.

„Wir werden in den kommenden Monaten verstärkt gegen die Drogenkriminalität vorgehen, ähnlich wie wir es gegen die Einbruchskriminalität unternehmen haben und noch immer unternehmen“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Ziel der Polizei bei der Drogenbekämpfung sei es, das Drogenangebot zu reduzieren und den Zugang zu Drogen so schwer wie möglich zu machen.



Foto: B.M.I.

Wir werden in den kommenden Monaten verstärkt gegen Drogenkriminalität vorgehen.

Innenministerin Maria Fekter

Im Jahr 2009 gab es in Österreich 22.729 Anzeigen nach dem Suchtmittelgesetz. Das waren um 13,4 Prozent mehr als 2008. Die Zahl der Anzeigen wegen schwerer Verstöße stieg um sechs Prozent und die wegen leichterer Vergehen um 16,73 Prozent. Die Steigerung der Anzeigenzahl ist ein Zeichen dafür, dass die Drogenbekämpfung durch die Polizei gut funktioniert.

„Wir müssen uns aber bewusst

sein, dass nur internationale Polizeikooperation gegen den weltweit verzweigten Handel mit Suchtgiften wirkt“, so Innenministerin Fekter weiter. „Daher müssen wir die Drogenkriminalität sehr stark und gemeinsam bekämpfen.“ So wurde unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft 2006 das AGIS-Projekt „Drug Policing Balkan“ ins Leben gerufen. Damit soll der Drogenschmuggel entlang der Balkanroute bekämpft werden. „Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass auf internationaler Ebene die Drogenbekämpfung vorangetrieben wird“, sagt die Innenministerin. Auf nationaler Ebene wird die Drogenkriminalität auf zwei Ebenen bekämpft:

- ▶ Durch „Störaktionen“ auf der Straße soll den Konsumenten der Zugang zu Drogen erschwert werden. Schwerpunktmaßnahmen und koordinierte Kontrollen werden gesetzt.
- ▶ Durch gezielte Ermittlungen der Kriminalistinnen und Kriminalisten sollen kriminelle Organisationen zerschlagen werden.

„Drogen sind eine Gefahr für unsere Jugend. Ich gestalte Sicherheit“, so Maria Fekter.

Präventionstipps

Achtung im Urlaub mit dem Auto

Wer mit dem Auto in den Urlaub fährt, sollte besondere Vorkehrungen treffen gegen Einbruch und gegen Diebstahl des Fahrzeugs. In manchen Ländern sind die Fahrzeuge besonders gefährdet – speziell dann, wenn Autoeinbrecher wertvolle Beute erwarten. Die Täter stehlen aus den Fahrzeugen vor allem Navigationsgeräte, Laptops, Handys oder Handtaschen. Viele Autobesitzer machen es den Tätern leicht und lassen die Wertsachen sichtbar im Auto liegen. Das Bundeskriminalamt hat eine Liste der wichtigsten Tipps zur Vorbeugung zusammengestellt:

Tipps zur Verhinderung von Autoeinbrüchen

- ▶ Gelegenheit macht Diebe: Sperren Sie das Auto immer ab, auch wenn Sie es nur kurz verlassen.
- ▶ Lassen Sie keine Gegenstände im Auto liegen.
- ▶ Auch Ihr Kofferraum ist nicht mit einem Tresor zu verwechseln.
- ▶ Nehmen Sie die Bedienungsleiste des Autoradios und das Navigationsgerät ab, wenn Sie das Kraftfahrzeug verlassen.

Tipps zur Verhinderung von Autodiebstählen

- ▶ Sicherungsstäbe, die Bremspedal und Lenkrad fixieren, sind schwer zu knacken. Die meisten Autodiebe versuchen es erst gar nicht.
- ▶ Autodiebe und Autoeinbrecher „arbeiten“ selten auf gut Glück. Sie beobachten die Umgebung und sehen nach, ob der Wagen leicht aufzubrechen ist, ob etwas offen im Fahrzeug liegt oder ob eine Alarmanlage installiert ist.
- ▶ Alarmanlagen in Kombination mit einem GPS-Ortungssystem bieten den besten Schutz vor Autodiebstählen.

Mehr auf www.bmi.gv.at/

Mitgliedstaaten sollen biogenen Abfall „selbst in die Hand nehmen“

Biomüll bleibt national

Die EU-Kommission veröffentlichte am 18. Mai eine Mitteilung zum Thema Bioabfall und stellte darin klar, dass sie in diesem Politikbereich keine legislativen Schritte plant.

Mag. Danila Fraiss

Die Kommission will aber sehr wohl höhere Verwertungs- und Recyclingquoten erreichen, weshalb die Mitteilung Empfehlungen enthält, wie dies im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung zu schaffen ist.

Die Kommission verweist in diesen Empfehlungen für ein besseres Management der Bioabfälle auf die Bestimmungen der Abfallrahmenrichtlinie, welche eine klare Abfallhierarchie enthält, die auch für organische Abfälle gilt. Sie verweist überdies auf bereits hohe Sammel- und Verwertungsquoten u. a. in Österreich, kritisiert aber auch die nahezu hundertprozentige Deponierung in anderen Mitgliedstaaten. Dieses Problem sollte sich mit der vollständigen und korrekten Umsetzung der Deponierichtlinie zwar verringern, zusätzliche Maßnahmen im Sinne der Abfallhierarchie sind aber dennoch europaweit nötig.

Es darf nicht vergessen werden, dass es sich bei Bioabfällen um wertvolle Rohstoffe handelt, die – falsch entsorgt – schädliche Klimaeffekte erzeugen.

Im Falle intensiver Bemühungen könnten durch richtiges Recycling und effiziente Verwertung rund zehn Millionen Tonnen schädliche Klimagas eingespart werden, vergaste Bioabfälle ein Drittel des Treibstoffbedarfs aus erneuerbaren Energiequellen decken und Kompost einen ge-



Es darf nicht vergessen werden, dass es sich bei Bioabfällen um wertvolle Rohstoffe handelt, die – falsch entsorgt – schädliche Klimaeffekte erzeugen.

wissen Prozentsatz an Kunstdünger ersetzen. Die Kommission geht davon aus, dass durch entsprechende Maßnahmen geldwerte Vorteile im Ausmaß zwischen 1,5 und 7 Milliarden Euro lukriert werden könnten.

Die Kommission vertritt den Standpunkt, dass die bestehende EU-Gesetzgebung ausreicht, um das Problem der Bioabfälle in den Griff zu bekommen. Der Ball liegt daher bei den Mitgliedstaaten.

Für nicht vermeidbare Bioabfälle sind auf nationaler Ebene die besten Lösungen zu suchen, wobei Kompostierung und Gasgewinnung klar der Vorzug gegeben werden sollte. Dafür müsste jedoch auch die Abfallsammlung getrennt erfolgen. Die Kommission will den Mitgliedstaaten diesbezüglich aber (noch) keine bindenden Vorgaben machen, vor allem, da es in diesem Bereich bereits gute Erfahrungen gibt. Erfolgreiche Sammelsysteme, wie sie u. a. in Österreich, Deutschland, Luxemburg, Schweden, Belgien, den Niederlanden und Katalonien existieren, berücksichtigen landestypische Besonderheiten und sind benutzerfreundlich im Design. Nicht überall werden die gleichen Abfallarten gesammelt,

und auch die Behandlung der Abfälle richtet sich nach lokalen Gegebenheiten. Dennoch (oder vielmehr gerade deswegen) sind diese Systeme sehr erfolgreich. Um den Handel von Kompost, Dünger aus Bioabfall sowie Klärschlamm im Binnenmarkt zu erleichtern, könnten im Rahmen der für 2011 geplanten Revision der Klärschlammrichtlinie Mindeststandards für Kompost und Dünger festgelegt werden. Überdies sollen die Mitgliedstaaten eigene „Pro-Kompost-Kampagnen“ initiieren, um die Vorteile von Kompost gegenüber Kunstdünger an den Mann bzw. Endverbraucher zu bringen. Letztendlich wird den Mitgliedstaaten empfohlen, das Energiepotenzial von Bioabfällen besser zu nutzen – zu relativ geringen Kosten kann aus ihnen Strom, Wärme und Treibstoff erzeugt werden. Und vielleicht wirkt jene Bestimmung der Richtlinie für Erneuerbare Energie, wonach aus Abfällen hergestellte Treibstoffe doppelt zur Erreichung des Zehn-Prozent-Biotreibstoffziels beitragen, als zusätzlicher Ansporn. In diesem Zusammenhang könnte auch die Wirtschaft im ländlichen Raum profitieren. Einschlägige Unternehmen sollten sich als Partner bei der Umsetzung europäischer Gesetze und der Erreichung der 20-20-20-Ziele positionieren.

<http://europa.eu>
<http://ec.europa.eu>



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

EuGH: Deutsche Klage zu Unterschwellenvergaben als unzulässig abgewiesen

Grundregeln der Gleichbehandlung und Transparenz sind zu beachten

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Klage der Bundesrepublik Deutschland gegen die Mitteilung der Europäischen Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf das „Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen“, als unzulässig abgewiesen.

Bernd Düsterdiek

Der EuGH hat mit Urteil vom 20. 5. 2010 (Rs. T-258/06) festgestellt, dass die Kommissionsmitteilung keine neuen Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge enthält, die über die Ver-

Das Urteil vom Mai 2010 stellt fest, dass ... die Mitteilung der Kommission keine weitergehenden (verbindlichen) Rechtswirkungen für die Mitgliedstaaten entfalte.

pflichtungen hinausgehen, die sich bereits aus dem bestehenden Gemeinschaftsrecht ergeben. Mithin entfalte die Mitteilung der Kommission keine weitergehenden (verbindlichen) Rechtswirkungen für die Mitgliedstaaten. Der Klage der Bundesrepublik Deutschland vom September 2006 hatten sich sowohl das Europäische Parlament als auch Frankreich, Österreich, Polen, die Niederlande, Griechenland sowie Großbritannien und Nordirland angeschlossen. Grundlage der Klage war die am 23. Juni 2006 seitens der EU-Kommission vorgelegte Mitteilung zu Auslegungsfragen in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht, das für die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt, die nicht oder nur teilweise unter die Vergaberichtlinien fallen (Unterschwellenvergaben).



Bernd Düsterdiek ist Referatsleiter Städtebaurecht und Stadtentwicklung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Wohnungswesen, Denkmalschutz, Vergaberecht in der DStGB-Geschäftsstelle Bonn

In ihrer Mitteilung hat die Kommission darauf hingewiesen, dass nach der Rechtsprechung des EuGH die Binnenmarktregeln auch für öffentliche Aufträge gelten, die nicht unter die EU-Vergaberichtlinien (RL 2004/18/EG sowie 2004/17/EG) fallen. Die Mitteilung unterscheidet im Bereich unterhalb der EU-Schwellenwerte insbesondere zwischen öffentlichen Aufträgen, welche für den Binnenmarkt nicht relevant sind und mithin auch nicht die aus dem EG-Vertrag abgeleiteten Anforderungen (Beachtung der Bestimmungen über den freien Warenverkehr, die Niederlassungsfreiheit, den freien Dienstleistungsverkehr, das Diskriminierungsverbot, die Gleichbehandlung und Verhältnismäßigkeit sowie die Regeln der Transparenz) gelten sowie zwischen Aufträgen, die eine Binnenmarktrelevanz aufweisen. Nach Auffassung der Kommission ist die Binnenmarktrelevanz jedes öffentlichen Auftrags im Einzelfall von öffentlichen Auftraggebern zu beurteilen. Die Bundesrepublik Deutschland sowie die oben aufgeführten Streithelfer haben im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof vorgetragen, dass die Mitteilung ein verbindlicher Akt sei, da sie neue Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge enthalte, die weit über die sich aus dem bestehenden Gemeinschaftsrecht ergebenden

Verpflichtungen hinausgingen und rechtliche Wirkungen für die Mitgliedstaaten erzeugten. Hieraus ergebe sich eine mangelnde Zuständigkeit der Kommission für den Erlass solcher Regeln. Die Mitteilung der Kommission sei somit für nichtig zu erklären.

Die Entscheidung des EuGH im Detail

Der EuGH hat im Ergebnis festgestellt, dass die Klage der Bundesrepublik Deutschland (sowie der Streithelfer) als unzulässig abzuweisen war.

Wie dem Urteil im Einzelnen zu entnehmen ist, hat der EuGH zunächst geprüft, ob die Mitteilung lediglich tragende Grundsätze des EG-Vertrags und sich hieraus ergebende Verpflichtungen näher erläutert oder ob sie, wie die Bundesrepublik Deutschland geltend gemacht hat, neue Rechtspflichten begründet. Der EuGH hat im Ergebnis verneint, dass neue Verpflichtungen begründet werden. Der EuGH hat unterstrichen, dass nach der Ständigen Rechtsprechung des Gerichtshof zur Vergabe von Aufträgen, die aufgrund des Auftragswerts nicht den in den Gemeinschaftsvorschriften vorgesehenen Verfahren unterliegen, öffentliche Auftraggeber gleichwohl verpflichtet sind, die Grundregeln des EG-Vertrags im Allgemeinen und das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit im Besonderen zu beachten (vgl. unter anderem Beschluss des Gerichtshofs vom 3. 12. 2001 – Vestergaard, C-59/00 sowie Urteil des Gerichtshofs vom 20. 10. 2005 – Kommission – Frankreich, C-264/03 sowie weitere EuGH-Entscheidungen). Der Grundsatz der Gleichbehandlung und das Ver-

bot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit schließe insbesondere eine Transparenzpflicht ein. Demnach haben die EU-Mitgliedstaaten und ihre ausschreibenden Stellen diese Transparenzpflicht bei der Vergabe sämtlicher öffentlicher Aufträge zu beachten, so der EuGH.

Der EuGH-Rechtsprechung sei zu entnehmen, dass die Transparenzpflicht im Sinne einer angemessenen Bekanntmachung eine Form der Bekanntmachung „vor der Vergabe“ des betreffenden öffentlichen Auftrags sei, mit anderen Worten eine vorherige Bekanntmachung umfasse. Folglich habe die Kommissionsmitteilung – entgegen dem Vorbringen der Bundesrepublik Deutschland – keine neue Verpflichtung der Mitgliedstaaten geschaffen, sondern lediglich an eine bereits bestehende Verpflichtung erinnert, die sich aus dem Gemeinschaftsrecht ergebe. Der EuGH hat zudem darauf hingewiesen, dass die Schlussfolgerung, dass keine Verletzung der EU-Grundfreiheiten vorliege, sich grundsätzlich nur aus einer Prüfung der Umstände des jeweiligen Einzelfalls ergeben könne. Die Schlussfolgerung könne nicht allein darauf gestützt werden, dass etwa der Wert des fraglichen Auftrags eine bestimmte Schwelle (EU-Schwellenwerte) nicht überschreite.

Der EuGH hat sich im Rahmen seiner Entscheidung ferner mit den in der Kommissionsmitteilung aufgeführten Transparenzgrundsätzen auseinandergesetzt. Die Mitteilung hat insbesondere folgende Aspekte hervorgehoben:

- ▶ Diskriminierungsfreie Beschreibung des Auftragsgegenstands.
- ▶ Gleicher Zugang für Wirtschaftsteilnehmer aus allen Mitgliedstaaten.
- ▶ Gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen.
- ▶ Angemessene Fristen.
- ▶ Transparenter und objektiver Ansatz.

Der Gerichtshof hat festgestellt, dass durch die vorgenannten



Der Gerichtshof hat unter Hinweis auf seine bisherige Rechtsprechung unterstrichen, dass die aus dem EG-Vertrag abzuleitenden Grundregeln der Gleichbehandlung, der Verhältnismäßigkeit, des Verbots der Diskriminierung sowie insbesondere der Transparenz auch im Falle von Auftragsvergaben, welche unterhalb der EU-Schwellenwerte stattfinden, vom öffentlichen Auftraggeber zu beachten sind.

Verfahrensgrundsätze keine neuen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten begründet werden. Ferner sei festzustellen, dass die vorgenannten Erfordernisse voll und ganz im Einklang mit den Grundsätzen des EG-Vertrags und der Rechtsprechung des Gerichtshofs stehen. Insbesondere sei der EuGH-Rechtsprechung zu entnehmen, dass Vergabeverfahren in jedem Stadium und insbesondere bei der Auswahl der Bewerber in einem nichtoffenen Verfahren sowohl den Grundsatz der Gleichbehandlung potenzieller Bieter als auch den Grundsatz der Transparenz wahren müssen, damit alle Betroffenen bei der Abfassung ihrer Teilnahmeanträge oder Angebote über die gleichen Chancen verfügen. Der EuGH hat ergänzend festgestellt, dass es nicht zu beanstanden ist, dass bei Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte auch Aufträge ohne vorherige Veröffentlichung einer

Bekanntmachung vergeben werden. Einerseits seien die in den EU-Vergaberichtlinien ausdrücklich aufgeführten Ausnahmen für Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung zu beachten. Darüber hinaus seien weitere Ausnahmen von der Verpflichtung zu einer vorherigen Bekanntmachung gegeben (vgl. Urteil, Randziffer 140).

Einschätzung des Urteils aus kommunaler Sicht

Der EuGH hat mit dem vorliegenden Urteil vom 20. 5. 2010 klargestellt, dass die Kommissionsmitteilung vom 23. 6. 2006 zu „Unterschwellenvergaben“ keine neuen Verpflichtungen im Rechtssinne für die EU-Mitgliedstaaten festlegt, sondern lediglich die bereits bestehenden Anforderungen des EG-Gemeinschaftsrechts bei der Vergabe öffentlicher Aufträge näher beschreibt. Da die Bundesrepublik Deutschland ebendies in Zweifel gezogen hatte, war die Klage als unzulässig abzuweisen. Der Gerichtshof hat unter Hinweis auf seine bisherige Rechtsprechung unterstrichen, dass die aus dem EG-Vertrag abzuleitenden Grundregeln der Gleichbehandlung, der Verhältnismäßigkeit, des Verbots der Diskriminierung sowie insbesondere der Transparenz auch im Falle von Auftragsvergaben, welche unterhalb der EU-Schwellen-

Der EuGH hat mit dem vorliegenden Urteil klargestellt, dass die Kommissionsmitteilung vom 23. Juni 2006 ... lediglich die bereits bestehenden Anforderungen des EG-Gemeinschaftsrechts bei der Vergabe öffentlicher Aufträge näher beschreibt.

werte stattfinden, vom öffentlichen Auftraggeber zu beachten sind. Die in der Kommissionsmitteilung aufgeführten Veröffentlichungsmöglichkeiten können hierbei in Bezug genommen werden (vgl. 2.1.2 der Mitteilung – Internet, nationale Amtsblätter, Ausschreibungsblätter, regionale oder überregionale Zeitungen und Fachpublikationen, lokale Medien etc.).

Ausschuss der Regionen und Gemeindebund

Werden Sie Österreichs EU-Bürgermeister/in 2011

Sie sind Bürgermeisterin oder Bürgermeister in Österreich und interessieren sich für Europa? Werden Sie „EU-Bürgermeister/in des Jahres 2011“ und gewinnen Sie eine Studienreise nach Brüssel! Gemeindebund, Städtebund und Österreichs Mitglieder im EU-Ausschuss der Regionen freuen sich auf Ihre Teilnahme.

Gesucht sind Bürgermeister, die sich besonders mit der Idee des gemeinsamen Europa beschäftigen. Dem Gewinner der Aktion winkt eine Reise nach Brüssel, auf der er seine Gemeinde präsentieren kann. Der Startschuss für diese Aktion fiel Ende Mai. Durch Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Tourismus-

Wenn das europäische Projekt dauerhaft Erfolg haben soll, dann muss es von unten nach oben wachsen und nicht von oben diktiert werden.

Bgm. Helmut Mödlhammer, Präsident des Gemeindebundes

und Naturschutzprojekte schaffen zahlreiche engagierte Bürgermeister Europa täglich „im Kleinen“. Mit der gemeinsamen Aktion wollen Gemeindebund, Städtebund und der Ausschuss der Regionen (AdR) diese Leistungen erstmals auszeichnen. Für DDR Herwig Van Staa, Präsident des Tiroler Landtages und Vorsitzender der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen, kommt diese Initiative genau zur rechten Zeit: „Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise oder den Klimawandel wird nicht in Brüsseler Konferenzräumen gewonnen wer-

den, sondern in unseren Gemeinden und Regionen.“ Und der Präsident des Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer: „Wenn das europäische Projekt dauerhaft Erfolg haben soll, dann muss es von unten nach oben wachsen. Die Gemeinden sind die Keimzelle der Demokratie, auf dieser Ebene müssen wir das Verständnis für Europa, das Wertschätzen der Vorteile, die uns Europa bringt, sichtbar machen. Die Anerkennung für Bürgermeister, die sich besonders für Europa engagieren, ist ein wichtiges Signal.“

Die Teilnahme erfolgt durch ein Europaquiz auf www.cor.europa.eu/austria. Teilnahmeberechtigt sind Bürgermeister österreichischer Gemeinden. Unter den besten Teilnehmern des Quiz wird im Rahmen einer Abschlussveranstaltung im Herbst/Winter 2010 „Österreichs EU-Bürgermeister/in des Jahres 2011“ ermittelt. Mehr Infos bei:
► Daniel Kosak, Österreichischer Gemeindebund, Tel.: 01/512 14 80
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

► Dr. Christian Gsodam, Ausschuss der Regionen Tel.: +32 (0)2 282 21 21
christian.gsodam@cor.europa.eu



Photo: Europäisches Parlament

9. und 10. September 2010: 57. Österreichischer Gemeindetag in Graz

Jetzt online anmelden auf der Homepage www.gemeindetag.at

Seit rund einem Monat ist die Online-Anmeldung zum 57. Österreichischen Gemeindetag über die Homepage www.gemeindetag.at möglich. Bereits jetzt haben sich hunderte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindemandatäre und Gemeindeverantwortliche zum größten kommunalpolitischen Event in Graz angemeldet.

Am 9. und 10. September 2010 findet in Graz der 57. Österreichische Gemeindetag statt. Diese Veranstaltung ist das größte kommunalpolitische Ereignis Österreichs und inzwischen Fixpunkt im Terminkalender jedes Gemeindevertreters, aber auch in den Kalendern der politischen Spitzen des Staates und der Bundesländer. Im Steiermärkischen Gemeindebund herrscht große Freude, dass neben Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Vizekanzler DI Josef Pröll auch zahlreiche weitere politische Spitzenvertreter ihr Kommen zugesagt haben. Als Begleitveranstaltung zum Öster-

Graz, 2003 Kulturhauptstadt Europas, ist der Gastgeber des 57. Österreichischen Gemeindetages 2010.

reichischen Gemeindetag findet diesmal auch wieder die bewährte Kommunalmesse statt.

Politisch höchst bedeutend

Politisch ist der Österreichische Gemeindetag von größter Bedeutung, weil die Gemeindevertreter hier ein Zeichen setzen können, welches die Bedeutung der Gemeinden für das Staatswesen deutlich macht. Die Aufgaben und Probleme der Gemeinden nehmen ständig zu, deshalb ist ein geschlossenes Auftreten umso wichtiger.

Als Thema hat der Steiermärkische Gemeindebund (2010 der Ausrichter des Gemeindetages) „Energie und Nachhaltigkeit“ gewählt, weil dieser Bereich unsere Gesellschaft und damit auch die Gemeinden und ihre Vertretungen sehr intensiv beschäftigt und für die Zukunft ein großes Handlungsfeld bietet. Dazu der Präsident des Steiermärkischen Gemeindevertreterverbandes, Bgm. Erwin Dirnberger: „Wir freuen uns als Gastgeber, viele Bürgermeister, Gemeindevertreter und Bedienstete in Graz begrüßen zu können. Mit dem Thema Energie und Nachhaltigkeit wollen wir die Gemeinden bei ihren Bemühungen, Energie zu sparen unterstützen, verstärkt erneuerbare Energie zu verwenden, um die



Mit dem Thema Energie und Nachhaltigkeit wollen wir die Gemeinden bei ihren Bemühungen, Energie zu sparen unterstützen, ...

Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes



Umwelt zu schonen und die Lebensqualität zu erhalten, aber auch nachhaltig die Wirtschaft in den Regionen zu stärken.“

Programm der Superlative

Eröffnet wird der Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse am 9. September von Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Bgm. Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes und dem Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl. Danach (um 13.30 Uhr) stellt Außenminister Michael Spindelegger die Initiative „Europa-GemeinderätInnen“ im Kommunal-Corner der Kommunalmesse vor.

Im Anschluss wird dort auch die Fachtagung zum Thema „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ mit Impulsreferaten und Podiumsdiskussion abgehalten. Am zweiten Tag sprechen dann Landeshauptmann Franz Voves und Bundespräsident Dr. Heinz Fischer. Das Hauptreferat wird Vizekanzler und Finanzminister DI Josef Pröll halten.

Information & Anmeldung



Durch eine möglichst rasche Online-Anmeldung – bis **spätestens 30. Juni 2010** – helfen Sie mit, die Tagungsvorbereitungen für Sie bestmöglich durchzuführen.

Mehr auf den Homepages
www.gemeindetag.at
www.gemeindebund.at und
www.kommunal.at



Seit vielen Jahren schon ist die **KOMMUNALMESSE** die zentrale Informations- und Beschaffungsdrehscheibe in Österreichs öffentlichem Bereich. Sie ist der Treffpunkt für Bürgermeister, Amtsleiter, führende Gemeindemandatäre und -bedienstete aus ganz Österreich und Europa. Zahlreiche Aussteller informieren über ihre Leistungen und präsentieren neueste Produkte aus verschiedensten Branchen wie Energiewirtschaft, Finanzdienstleistungen, E-Government, Sicherheitsdiensten oder Verkehrstechnik. Die Aussteller der Messe zeigen ihre Leistungen und Angebote aus den Bereichen: Abfallwirtschaft, Recycling und Umweltschutz, Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Energiewirtschaft, Errichtung und Sanierung kommunaler Bauten, Finanzdienstleistungen, Gebäudemanagement, IT-Wirtschaft und E-Government, Katastrophenschutz, Kommunale Fahrzeuge und Geräte, Mietmaschinen und Mietgeräte, Sicherheitsdienste, Straßenerhaltung/ Winterdienst,



KOMMUNALMESSE und Kommunalcorner nahen in Riesenschritten

Treffpunkt der kommunalen Entscheidungsträger Österreichs

Die KOMMUNALMESSE ist die größte Wirtschaftsschau für Österreichs Gemeinden. Sie findet im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages 2010 rund um öffentliche Verwaltung, Infrastruktur, kommunale Ausstattung, Sicherheit in Gemeinden, Energieversorgung, Umweltschutz und vieles mehr statt. Eine Fachtagung zum Thema „Energieeffizienz und Energieautarkie“ rundet das Programm ab.

Verkehrstechnik und -sicherheit, Verkehrswegebau, Verwaltung, Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform, Wasserwirtschaft und vielen mehr.

Ausverkauft!

Gezählte sechs Stände waren zu Redaktionsschluss am 15. Juni noch nicht fix vergeben. Aber auch dieser Platz war schon von Firmen reserviert. Alleine dieser Run zeigt, dass die Wirtschaft die Bedeutung der Gemeinden als Wirtschaftsfaktor voll erkannt hat und die Firmen die Gelegenheit nutzen wollen, sich und ihre Produkte den rund

5000 kommunalen Mandatären zu präsentieren, die bei der KOMMUNALMESSE und beim Gemeindetag erwartet werden.

Fachtagung Energieeffizienz und Energieautarkie

Die KOMMUNALMESSE wird am 9. September durch eine Fachtagung zum Thema „Energieeffizienz und Energieautarkie von Gemeinden“ ergänzt. Anschließend gibt es eine Podiumsdiskussion, an der hochrangige Experten aus Politik und Wirtschaft teilnehmen. Dieses Thema, das seit Monaten die Menschen des Landes be-

schäftigt, spielt gerade für den kommunalen Raum eine besonders wichtige Rolle, da in den Gemeinden die Möglichkeiten für die ersten Schritte zur Energieunabhängigkeit besonders groß sind.

„Das seit Jahren bewährte Konzept gibt den Besuchern und den Ausstellern die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre die für sie so wichtigen Kontakte zu pflegen“, beschreibt Michael Zipmer, Geschäftsführer des Kommunal-Verlags und Veranstalter der Messe die Bedeutung der Vernetzung. Alle Infos zur Messe, und den Ausstellern finden sich natürlich auch im Internet.

Information

Österreichischer
Kommunalverlag
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88
Fax: 01/532 23 88/22
E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
Web: www.kommunal.at/kommunalmesse



Über den Finanzausgleich erhalten Gemeinden die Basis ihrer finanziellen Mittel. Gerade in Zeiten wie diesen sind jedoch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung. In diesem Sinne stellt die Kommunalsteuer einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung der Gemeinden dar, die durch Betriebsansiedlungen ganz gezielt zusätzliche Einnahmen steuern können. Die Aufteilung der Kommunalsteuer auf mehrere Gemeinden ist Thema dieser Ausgabe unserer BMF-Kommunal-Informationsserie.

Ihr Josef Pröll
Finanzminister



Die Kommunalsteuer – ein wichtiges Finanzierungsinstrument der Gemeinden

Das kleine Einmaleins der Aufteilung der Kommunalsteuer

Gerade in Zeiten der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise stehen die Kommunen vor der großen Herausforderung, sich nachhaltig zu finanzieren, da auch die Ertragsanteile derzeit geringer sind. Die Kommunalsteuer ist daher eines der wichtigsten Instrumente zur Finanzierung der Gemeinden.

Mag. (FH) Michael Kramer

Was ist zu tun, wenn Betriebe über mehrere Gemeinden angesiedelt sind bzw. wie ist vorzugehen wenn ein Dienstnehmer in mehreren Betriebsstätten tätig ist? Diese und andere Fragen beantworten wir im Folgenden.

Zerlegung der Kommunalsteuer

Grundsätzlich müssen Unternehmen ihre Kommunalsteuer an jene Gemeinde abliefern, in der die Betriebsstätte des Unternehmens liegt. Erstreckt sich allerdings eine Betriebsstätte über mehrere Gemeinden (eine sogenannte „mehrgemeindliche Betriebsstätte“), ist die Bemessungsgrundlage vom Unternehmen auf die jeweils beteiligten

Gemeinden aufzuteilen („zu zerlegen“). Dabei sind die örtlichen Verhältnisse und die durch das Vorhandensein der Betriebsstätte erwachsenden Gemeindeflasten zu berücksichtigen.

Definition der mehrgemeindlichen Betriebsstätte: Ein in räumlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht bestehendes einheitliches Ganzes (eine wirtschaftlich geschlossene Einheit), das sich räumlich über zwei oder mehrere Gemeinden erstreckt, bildet eine mehrgemeindliche Betriebsstätte.

Beispiele: Das Betreiben eines Sammelkanals samt Kläranlage durch eine Körperschaft öffentlichen Rechts (z. B. Abwasserverband) – die Abwässer werden von den gemeindlichen Ortskanälen in den verbandseigenen

Sammelkanal eingeleitet und der Verbandskläranlage zugeführt – ist eine feste örtliche Anlage, die unmittelbar der Ausübung der gewerblichen Tätigkeit dient. Der Kanal dient unmittelbar der Erfüllung des Betriebszwecks der Abwasserentsorgung und begründet damit eine Betriebsstätte iSd § 4 Abs. 1 KommStG. Erstreckt sich der Sammelkanal über mehrere Gemeinden, liegt eine mehrgemeindliche Betriebsstätte vor.

Unterirdisch verlaufende Transporteinrichtungen zwischen den einzelnen, in den Gemeinden bestehenden Teilen des Unternehmens stellen die betriebliche Einheit her, wenn diese Verbindung unmittelbar der Erfüllung des Betriebszweckes dient (z. B. Steinbruch in der einen und Zementwerk in der anderen Gemeinde). *Achtung: Besondere Regelungen bei mehrgemeindlichen Betriebsstätten gelten für Eisenbahn-, Bergbau- und Versorgungsunternehmen.*

Welche Zerlegungsfaktoren sind entscheidend?

► Dienstnehmer, die in den erhebungsberechtigten Gemein-



Mag. (FH) Michael Kramer arbeitet in der Abteilung VI/7 – Lohnsteuer, welche auch für die Kommunalsteuer zuständig ist, im Bundesministerium für Finanzen



Ein in räumlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht bestehendes einheitliches Ganzes (eine wirtschaftlich geschlossene Einheit), das sich räumlich über zwei oder mehrere Gemeinden erstreckt, bildet eine mehrgemeindliche Betriebsstätte.

Da die Kommunalsteuer eine Selbstbemessungsabgabe darstellt, hat die Zerlegung der Bemessungsgrundlage grundsätzlich durch das Unternehmen zu erfolgen. Einigen sich die Gemeinden mit dem Steuerschuldner (Unternehmer) über die Zerlegung, ist die Kommunalsteuer nach Maßgabe der Einigung zu erheben.

Wie erfolgt die Zerlegung der Kommunalsteuer?

Die Zerlegung der Kommunalsteuer kann auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen:
Erstens durch Einigung aller Beteiligten (betroffene Gemeinden sowie Steuerschuldner = Unternehmer).

Da die Kommunalsteuer eine Selbstbemessungsabgabe darstellt, hat die Zerlegung der Bemessungsgrundlage grundsätzlich durch das Unternehmen zu erfolgen. Einigen sich die Gemeinden mit dem Steuerschuldner (Unternehmer) über die Zerlegung, ist die Kommunalsteuer nach Maßgabe der Einigung zu erheben. Die Arbeitslöhne in mehrgemeindlichen Betriebsstätten sind vom Unternehmen tunlichst nach Einigung mit den betroffenen Gemeinden zu zerlegen. Hintergrund der Regelung ist,

Ist eine Gemeinde mit der Bemessungsgrundlage nicht einverstanden, kann sie das Finanzamt als „Schiedsrichter“ anrufen. Der Unternehmer ist unter Hinweis auf seine Mitwirkungspflichten aufzufordern, alle für die Zerlegung zweckdienlichen Informationen vorzulegen.

dass bei einer Einigung der Beteiligten, dem Ziel der Zerlegungsvorschriften, die Bemessungsgrundlage möglichst gerecht zu verteilen, am ehesten entsprochen wird. Durch eine solche Einigung wird nicht ausgeschlossen, die Zerlegung beim Finanzamt mit der Behauptung anzufechten, der vereinbarte Zerlegungsmaßstab sei unrichtig angewendet worden.

Zweitens auf Antrag einer beteiligten Gemeinde hat das Finanzamt die Zerlegung mit Zerlegungsbescheid durchzuführen (dies ist nur dann möglich, wenn ein berechtigtes Interesse gegeben ist); der Antrag auf Zerlegung kann bis zum Ablauf von zehn Jahren ab Entstehung der Steuerschuld beim Finanzamt gestellt werden.

Ist eine Gemeinde mit der Bemessungsgrundlage nicht einverstanden, kann sie das Finanzamt als „Schiedsrichter“ anrufen. Der Unternehmer ist unter Hinweis auf seine Mitwirkungspflichten aufzufordern, alle für die Zerlegung zweckdienlichen Informationen vorzulegen. Den beteiligten Gemeinden und dem Unternehmen kommt im Verfahren Parteistel-

den ihren Wohnsitz haben (mit dem Wohnen der Dienstnehmer samt Familie verbundenen Gemeindelasten ist laut Verwaltungsgerichtshof stets wesentliche Bedeutung beizumessen).
 ► Bebaute und unbebaute Betriebsflächen (eine besondere Berücksichtigung der Flächen scheidet aus, wenn keine (besondere) Belastung der Gemeinde damit verbunden ist).
 ► Anlagewerte
 ► Umwelt- und Verkehrsbelastung (z. B. Unterhalten von Zufahrtsstraßen)
Beispiel siehe Tabelle unten.

Die entscheidenden Zerlegungsfaktoren

Bemessungsgrundlage im Kalendermonat				58.200
Aufteilung Bemessungsgrundlage nach der Wertigkeit der Faktoren				
Faktor Dienstnehmer	60%	34.920		
Faktor Betriebsanlagen	30%	17.460		
Faktor Flächenanteile	10%	5.820	58.200	
Davon entfallen		auf Gemeinde A		auf Gemeinde B
Dienstnehmer	34.920	41%	14.317,20	59% 20.602,80
Betriebsanlagen	17.460	30%	5.238,00	70% 12.222,00
Flächen	5.820	30%	1.746,00	70% 4.074,00
Anteilige Bemessungsgrundlage		21.301,20		36.898,80
				58.200

3% von 21.301,20 = 639,03, uU abgerundet 639,00 € KommSt an Gemeinde A.
 3% von 36.898,80 = 1.106,97, uU aufgerundet 1.107 € KommSt an Gemeinde B.



Ein in räumlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht bestehendes einheitliches Ganzes, das sich räumlich über zwei oder mehrere Gemeinden erstreckt, bildet eine mehrgemeindliche Betriebsstätte.

lung zu. Deshalb sind auch allen Beteiligten die Beweisergebnisse oder Tatsachenerhebungen bzw. die vom Unternehmer vorgelegten Unterlagen zur Kenntnis zu bringen, mit der Einladung, im Rahmen des Parteiengehörs dazu Stellung zu nehmen. Liegen dem Finanzamt alle Unterlagen bzw. Stellungnahmen vor, sind alle Beteiligten zu einem klärenden Gespräch einzuladen, wobei es sich in der Praxis als vorteilhaft erwiesen hat, Organe des Städte- und Gemeindebundes zu ersuchen, als Schlichtungsstelle bei diesem Gespräch zu fungieren. Das Verfahren beim Finanzamt ist mit einem Zerlegungsbescheid abzuschließen, der an den Unternehmer und die beteiligten Gemeinden zuzustellen ist. Für die Zerlegung der Bemessungsgrundlage ist das Finanzamt am Sitz der Unternehmensleitung zuständig, welches auch die sachliche und persönliche Abgabepflicht in diesem Zusammenhang festzustellen hat.

Im Gegensatz zur Zerlegung der Kommunalsteuer ist bei deren Zuteilung strittig, ob und welcher Betriebsstätte die auf einen Dienstnehmer entfallende Bemessungsgrundlage ganz oder teilweise zuzuordnen ist. Die Entscheidung darüber fällt das Finanzamt auf Antrag einer Gemeinde bzw. des Unternehmens.

Die abgabenbehördliche Zerlegung durch das Finanzamt bildet die Ausnahme.

Zuteilung der Kommunalsteuer

Im Gegensatz zur Zerlegung der Kommunalsteuer ist bei deren Zuteilung strittig, ob und welcher Betriebsstätte die auf einen Dienstnehmer entfallende Bemessungsgrundlage ganz oder teilweise zuzuordnen ist. Die Entscheidung darüber fällt das Finanzamt auf Antrag einer Gemeinde bzw. des Unternehmens.

Dienstnehmer sind grundsätzlich jener Betriebsstätte des Unternehmens zuzurechnen, mit der sie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten überwiegend unternehmerisch verbunden sind bzw. zu der die engeren ständigen Beziehungen bestehen (bei Personalüberlassungen gelten gesonderte Regelungen).

Unternehmerische Verbundenheit kann im Sinne einer funktionellen Zugehörigkeit, das ist im Sinne der Zugehörigkeit des Dienstnehmers zum Aufgabenbereich der Betriebsstätte verstanden werden. Dienstnehmer einer bestimmten Betriebsstätte, kann daher auch jemand sein, der nicht in den Räumen der Betriebsstätte, sondern außerhalb arbeitet, wenn er nur in bestimmten ständigen Beziehungen zu dieser Betriebsstätte steht, hauptsächlich dann, wenn sein Arbeitseinsatz von dieser Betriebsstätte aus geleitet wird.

Postzusteller sind beispielsweise

nicht dem Einsatzort (Gemeinde, in der die Zustellung erfolgt), sondern dem Dienstort zuzuordnen (z. B. Postamt, Postzustellerverteilerzentrum).

Besteht zwischen Gemeinden Streit darüber, ob die auf einen Dienstnehmer entfallenden Arbeitslöhne ganz oder teilweise einer in ihrem Gemeindegebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind, entscheidet darüber auf Antrag des Unternehmers oder einer Gemeinde das Finanzamt als „Schiedsrichter“ mit Zuteilungsbescheid. Eine Antragstellung ist – wie bei der Zerlegung – innerhalb von zehn Jahren ab Entstehung der Steuerschuld möglich.

Die Entscheidung darüber fällt das Finanzamt auf Antrag einer Gemeinde bzw. des Unternehmens.

Ein Antrag auf Zuteilung der Kommunalsteuerbemessungsgrundlage kann wie bei der Zerlegung nur bei berechtigtem Interesse der Gemeinde gestellt werden. Ein berechtigtes Interesse ist nicht gegeben, wenn die Bemessungsgrundlage für einen Dienstnehmer nicht auf mehrere Gemeinden entfällt.

Weitere Informationen finden Sie direkt im Kommunalsteuergesetz 1993 sowie in unserer eigenen „Information zum Kommunalsteuergesetz 1993“. Diese finden Sie auf unserer Homepage www.finanzministerium.at unter (Steuern/Fachinformation/Weitere Steuern/Kommunalsteuer).

Audit familienfreundlichegemeinde

Kinderbetreuung auch im Sommer

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine große Herausforderung für die Familie von heute und zeigt auch enorme Auswirkungen auf den Standortfaktor Gemeinde.

Flexibilität und eine gute Organisation unter anderem in Sachen Kinderbetreuung bewahrt so manche Gemeinde vor drohender Abwanderung. Wenn es in der Wohnsitzgemeinde gute Möglichkeiten für Väter und Mütter gibt, ihrem Beruf nachzugehen und die Kinder gut betreut zu wissen, dann ist die Gemeinde attraktiv als Wohnort und Wirtschaftsstandort.

Durch Initiativen von Bund, Ländern, Gemeinden und Unternehmen konnten in den letzten Jahren zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden, ebenso wurden Öffnungszeiten erweitert bzw. Ferienbetreuungsangebote entwickelt. Für berufstätige Eltern wird es in bestimmten belasteten Zeiten wie in den Sommerferien, zu Ostern und Weihnachten immer schwieriger, die entsprechende Kinderbetreuung optimal zu organisieren.

Der von der Familie & Beruf Management GmbH initiierte und vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend verliehene Kinderbetreuungspreis zeichnet mit einem Preisgeld von in Summe EUR 12.500 bedarfsgerechte Kinderbetreuungsmöglichkeiten während der Sommerferien aus. Am 10. Juni 2010 wurde im Rahmen der Vernetzungsfachtagung Kinderbetreuung in Klosterneuburg der



Staatssekretärin Christine Marek (4. v. l.) und Labg. zum nö. Landtag Marianne Lembacher (4. v. r.) im Kreise der Kinderbetreuungs-PreisträgerInnen.

Kinderbetreuungspreis bereits zum fünften Mal verliehen. Von fast 70 eingereichten Projekten, wurden die zehnten besten Sommerferienprojekte von Familienstaatssekretärin Christine Marek prämiert, darunter auch zwei Auditgemeinden, Nußdorf am Haunsberg (Salzburg) und Krumpendorf (Kärnten). Sie machen Kinderbetreuung in den Sommerferien einer breiten Zielgruppe (auch einrichtungsfremden Kindern, sozial und körperlich benachteiligten Kindern, Integrationskindern) mit flexiblen Zeiten zu einem attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnis zugänglich. Die Betreuung in der Gemeinde Nußdorf am Haunsberg steht unter dem Motto „Forschspaß statt Langeweile“. Die Kinder können am Beginn im Rahmen einer Kinderkonferenz ihre Wünsche an die Ferienbetreuung kundtun und in den Ferien verschiedene Experimente ausprobieren, Institutionen und die Forschungsstation im Ort besuchen. Forschung, Experimentieren, Bewegung, Natur und Musik sind die Sommer-schwerpunkte der Gemeinde Nußdorf. Krumpendorf hat die Schwerpunkte Bewegung, Kreativität und Naturbegegnung. Die Freizeitgestaltung findet vorrangig in der Natur statt und wird durch bewegungs- und spaßori-

enterte Angebote kreativ gestaltet. Weiters wurden Vereine und Unternehmen für ihre Kreativität und Flexibilität ausgezeichnet. Die Schwerpunkte Forschung, Ernährung, Natur, Umwelt sollen den Kindern durch spielerisches Lernen bewusst machen, wie wertvoll und sorgsam jeder Einzelne mit den Ressourcen, den Mitmenschen und Tieren unserer Welt umgehen muss. Informationen zu allen Preisträger/innen finden Sie auch unter www.familieundberuf.at

Information

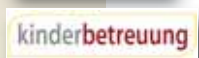
Familie & Beruf
Management GmbH



Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at



Kinderbetreuung:
johanna.czech@familieundberuf.at



Tel. 01/218 50 70
Web: www.familieundberuf.at

Österreichischer
Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

Oberösterreich klima:aktiv mobil Projektpartner beim Radverkehr Punkt für Punkt und Ort für Ort zum Klimaziel – Minister Berlakovich „tourt durch Österreich“

Beim Radgipfel Anfang Juni in Linz zog Umweltminister Niki Berlakovich Bilanz über die Erfolge der klima:aktiv mobil Radverkehrsförderung des Lebensministeriums und lobte das Engagement Oberösterreichs seit dem vergangenen Jahr: „Mit Unterstützung des Lebensministeriums hat Oberösterreich schnell gehandelt und bereits im Herbst 2009 ein Landesradverkehrskonzept präsentiert sowie ein mehrjähriges Rad-Investitionsprogramm zur Förderung eingereicht, für das wir 3,3 Millionen Euro zusetzen können.“

Darüber hat sich das Land der Zielsetzung des Bundes angeschlossen, den Radverkehrsanteil auf zehn Prozent zu erhöhen. „Ich begrüße dieses Engagement, denn es ist ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz, der zusätzlich



Minister Niki Berlakovich, umringt von Menschen, die sich bei seiner „Mobilitätstour“ über „Klimafreundliche Mobilität“ informieren.

die Wirtschaft belebt, die Nahversorgung stabilisiert und Green Jobs schafft“, betonte Umweltminister Niki Berlakovich. Mit der Radinitiative 2009, der Tour „Wadel mit“ durch ganz Österreich, ist es gelungen, den derzeitigen Elektrofahrradboom mit auszulösen. Vielbeachteter

Sofortmaßnahmen bei Hochwasserschutzbauten

1,8 Millionen Euro Bundessmittel unverzüglich zur Verfügung gestellt

„Die extremen Niederschläge Ende Mai/Anfang Juni haben vor allem in Niederösterreich und im Burgenland enorme Schäden an Hochwasserschutzbauten angerichtet. Sie betragen in Niederösterreich 1,1 Millionen Euro und im Burgenland 700.000 Euro.“

Die für Sofortmaßnahmen erforderlichen Bundesmittel werden unverzüglich zur Verfügung gestellt“, stellt Umweltminister Berlakovich fest. „Ich danke allen Einsatzkräften und freiwilligen Helfern für ihren unermüdbaren Einsatz“, so Berlakovich, „auch unsere Leute vom Lebensministerium sind bei den Menschen vor Ort, um schnellstmöglich die Schäden an den

Schutzbauten zu reparieren.“ „Investitionen in den Schutz vor Naturgefahren sind wichtig und richtig, das haben uns die Ereignisse der letzten Tage klar vor Augen geführt. Noch größere Schäden konnten verhindert werden. Rasches Handeln hat oberste Priorität: Das heißt für uns, einerseits die erforderlichen Bundesmittel sofort zur Verfügung zu stellen, und andererseits mit unseren MitarbeiterInnen vor Ort den Menschen der betroffenen Regionen sofort zu helfen“, so Minister Berlakovich abschließend.

Lesen Sie auch das große Interview mit Minister Berlakovich auf den Folgeseiten dieser Ausgabe.

Es geht mir darum, neue Formen der Mobilität aufzuzeigen – zum Beispiel Elektromobilität oder alternative Treibstoffe.

Minister Berlakovich im KOMMUNAL-Interview

Höhepunkt der Tour war das Elektrofahrradrennen am Großglockner.

In der klima:aktiv mobil Elektrofahrradförderung für Betriebe und Gemeinden wurden bereits 148 Elektrofahrradprojekte mit rund 90.000 Euro gefördert und Investitionen von rund 500.000 Euro ausgelöst.

Mobilitätstour unter dem Motto „Punkt für Punkt zum Klimaziel“

Um den Trend zu umweltfreundlicher Mobilität zu verstärken, tourt das Lebensministerium derzeit mit der klima:aktiv mobil-Tour 2010 unter dem Motto „Punkt für Punkt zum Klimaziel“ durch Österreich. Zielsetzung ist die breite Information und Motivation der Menschen zu alternativen Antrieben und Treibstoffen, Elektromobilität sowie klimafreundlichen Mobilitätsalternativen mit Rad, Bahn und Bus. Vor etwa 200 ZuschauerInnen hat Umweltminister Niki Berlakovich die Tour vor dem Wiener Museumsquartier eröffnet. Für die Veranstaltung bot sich optimales Wetter, am Nachmittag leuchtete sogar die Sonne auf die zahlreichen umweltfreundlichen und klimaschonenden Mobile, die intensiv bestaunt und ausprobiert wurden. Linz wird im Herbst Tourstandort sein. Die Studie „Einkaufen und Radfahren“ steht zum Download bereit unter www.radfahren.klimaaktiv.at Infos zur Tourzielen unter <http://tour.klimaaktiv.at/tour>

Österreichischer Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit

Umweltminister Berlakovich: „Österreich baut nachhaltig“

„Nachhaltig Bauen ist ein wesentlicher Schritt in Richtung Energieautarkie. Österreich zeigt mit den Siegerprojekten einmal mehr, wohin es in Zukunft gehen wird: Die großartigen Beispiele im Wettbewerb machen deutlich, dass das Thema an Attraktivität gewinnt und Bauschaffende zunehmend anregt, neue Standards zu setzen“, so Umweltminister Niki Berlakovich in seiner Laudatio.

Die Preisträger 2010 sind das Gemeindezentrum St. Gerold (Vorarlberg), die Passivwohnanlage Samer Mösl (Salzburg), die Elementfertigungshalle Obermayr (Oberösterreich) und die Passivhaus-Volksschule Mauth (Oberösterreich). Der vom Lebensministerium initiierte Staatspreis für Architektur und Nachhaltigkeit wurde heuer nach 2006 zum zweiten Mal im Rahmen einer feierlichen Gala-Veranstaltung vergeben. Er zeichnet hervorragende Projekte aus, die anspruchsvolle Architektur und ressourcenschonende Bauweise kombinieren. Die kleine Gemeinde St. Gerold in Vorarlberg hat hohe Ansprüche an Ökologie und Nachhaltigkeit, die Architekten einen sehr emotionalen Zugang zur Baukultur. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Das Gemeindezentrum markiert nun den bisher fehlenden Ortseingang und ist ein konsequentes

Die Staatspreisträger zeigen, dass nachhaltige Architektur ein Konzept für die Zukunft ist. Es zeigt sich, dass klima:aktives Bauen in der Praxis angekommen ist.

Beispiel für Architektur gewordene Nachhaltigkeit. Nicht nur Gebäude für den öffentlichen Bereich, sondern auch soziale Wohnanlagen bestechen – das beweist die Passivwohnanlage Samer Mösl in Salzburg. Dieses Projekt setzt Meilensteine für zukünftige Wohnbauten und beeindruckte die Jury mit vielfältigen Qualitätsmerkmalen. Insbesondere die soziale Leistung des Gebäudes und seine Wirtschaftlichkeit spielten eine große Rolle. Neben anderen Preisen gewann ein weiteres oberösterreichisches Projekt den Staatspreis: Die Passivhaus-Volksschule Mauth in Wels. Hier wurde soziale,

ökologische und pädagogische Verantwortung auf höchster architektonischer Ebene umgesetzt.

Nachhaltigkeit wird wichtiger

Der Staatspreisbeauftragte des Lebensministeriums, Architektur-Professor Roland Gnaiger von der Kunstuniversität Linz, leitete wie bereits 2006 die Fachjury. Eine Auszeichnung erhielten nur jene Projekte, die einerseits hohe architektonische Qualität bieten und andererseits Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Umweltminister Berlakovich zeigte sich bei der Verleihung begeistert über die Qualität der Projekte: „Die Staatspreisträger zeigen, dass nachhaltige Architektur ein Konzept für die Zukunft ist. Die eingereichten Projekte orientieren sich stark an den Gebäudestandards der Klimaschutzinitiative klima:aktiv. Es zeigt sich, dass klima:aktives Bauen in der Praxis angekommen ist. Das ist mit Blickrichtung auf die ambitionierten Ziele der österreichischen Energiestrategie und der EU-Gebäude-Richtlinie, die ab 2020 ‚Fastnullenergiehäuser‘ als Baustandard vorgibt, wichtig.“

Mehr auf www.lebensministerium.at



Die Sieger aus Vorarlberg: Daniela Kinz (Pro Holz, PR), Stefan Abbrederis (Projektleiter), Andreas Cukrowicz (Architekt), Bruno Sommer (Bürgermeister), BM Berlakovich.

Infos auf www.lebensministerium.at



Kommunales Bauen – in Österreich immer auch eine Frage der Gefahrenzonen

„Leben mit den Naturgefahren“ – eine Broschüre soll helfen

Im Sommer 2010 hat Lebensminister Niki Berlakovich eine Broschüre herausgegeben, die sich mit dem Thema „Katastrophenschutz – Leben mit Naturgefahren“ beschäftigt. Über die Hintergründe hat KOMMUNAL Minister Berlakovich zum Interview gebeten.

Mag. Hans Braun

Herr Bundesminister, unter dem leider hoch aktuellen Eindruck der Hochwasserkatastrophe entlang der Weichsel und der Oder, die mittlerweile schon um die 20 Todesopfer gefordert haben: Was war der Anlass für Ihre Broschüre? Minister Nikolaus Berlakovich:

Es wird nach einem Hochwasser wie beispielsweise im vergangenen Jahr immer viel diskutiert, wie das zu verhindern gewesen wäre. Es wird aber zu wenig darüber diskutiert, dass die vielen Hochwasserbauten, die gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden errichtet wurden, viel Leid verhindert haben. Das ist der erste Punkt, weil das ja wirklich so ist.

Und zum zweiten: Wir haben die Lehren aus den Hochwässern gezogen. Mir ist es vor allem darum gegangen, dass man Vorsorge trifft und gleichzeitig auch eine Anpassung an den Klimawandel vornimmt. Durch den Klimawandel werden wir verstärkt mit extremen Wetterereignissen rechnen müssen, und daher müssen wir uns vorbereiten. Die Broschüre „Leben mit Naturgefahren“ soll den Gemeinden und Städten und jedem einzelnen Bürger Informationsmaterial geben. In der Art von „Wie kann ich mich schützen, wenn

Wenn ich in einer potenziellen Gefahrenzone lebe, dann lege ich die Steckdosen halt einen Meter hoch statt in Bodennähe. Solche Dinge stehen auch in der Broschüre.

ich in so einer Gefahrenzone lebe?“ Oder: „Wenn ich ein Haus plane oder schon eines habe, Antwort geben auf die Frage, was kann ich machen, um mich davor zu schützen?“ Wenn ich in einer potenziellen Gefahrenzone lebe, dann lege ich die Steckdosen halt einen Meter hoch statt in Bodennähe. Solche Dinge stehen auch in der Broschüre, also praktische Tipps für jene, die in gefährdete Regionen leben.

Bei den vergangenen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen hat sich gezeigt, dass der Generationenwechsel in den Amtsstuben weiter vor sich geht. Gibt es eine Broschüre – ähnlich dieser, die ja für den Privaten gedacht ist – für jene, die neu im Amt sind?

Diese Broschüre liegt ja sowieso auf den Gemeindeämtern auf und kann abgefragt werden. Und sie soll auch neuen Bürgermeistern dienen, aber auch Planern, Architekten und dem einzelnen Bürger. Darüber hinaus sind auch „unserer Stellen“ wie die Wildbach-

und Lawinenverbauung oder das Wasserbau als Kontaktpersonen für die Bürgermeister da. Darüber hinaus gibt es das Internet und gerade auch Ihre Zeitung als ein wichtiges Informationsmedium, aus dem sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister „bedienen können“.

Gibt es einen idealtypischen Ablauf, was ein Bürgermeister im Fall eines Hochwassers tun sollte? An wen wendet er sich, mit welcher Stelle spricht er?

Als wenn es so ist, dass irgendwo ein Hang rutscht oder ein Wildbach über die Ufer getreten ist, dann wendet er sich an die Wildwasser- und Lawinenverbauung, bei einem Hochwasser sinnvollerweise an die Wasserbauabteilungen der jeweiligen Landesregierungen, wo man partnerschaftlich diesen Dingen begegnet.

Wir haben ein Hochwasserhandy eingerichtet (*das Hochwasser-Bereitschaftshandy hat die Nummer 0664/611 29 85; Anm. d. Red.*) und auch die Internetseite www.naturgefahren.at, wo sich jeder über Gefahren und Schutzmaßnahmen informieren kann. Da gibt es natürlich auch eine Auflistung der Ansprechpartner.

Nochmal zurück zur Eigenvorsorge. Maßnahmen in dieser Richtung hängen ja alle von den Gefahrenzonenplänen ab. Ist diese Koordination nun Bundes- oder Ländersache?

Wir koordinieren das und erstellen das auch mit den Landesbehörden, damit eben die Gemeinden, wenn sie Flächenwidmungspläne ändern oder ein



neues Wohngebiet widmen, wissen, wo es besondere Gefahrenmomente gibt.

Gerade nach Hochwasser hört man ja immer wieder den Vorwurf, wieso die Gemeinde hier umgewidmet hat. Da ist es mir ein Anliegen, die Bürgermeister darauf hinzuweisen, in gefährdeten Gebieten nicht neu zu widmen. Und wenn schon gewidmet ist, diese Broschüre heranzuziehen, wo zum Beispiel steht, wie man Öltanks sichern muss. Diese werden sonst hoch und ausgeschwemmt und verursachen grobe ökologische Schäden.

Anderes Thema: Der nationale Gewässerbewirtschaftungsplan ist in Kraft. In der Mai-Ausgabe von KOMMUNAL haben wir diesem Thema breiten Raum gewidmet und sind draufgekommen, dass die Gemeinden und die vielen kleinen Kraftwerksbetreiber eine restriktive Umsetzung „fürchten“. Eine zu restriktive Umsetzung könnte nämlich eine rentable Stromerzeugung unrentabel machen. Diese Angst existiert in den Gemeinden und bei der öffentlichen Wirtschaft schon. Wie würden Sie das entkräften?

Meine Aufgabe war, die EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Diese sagt, wir haben in Österreich Top-Werte bei unseren Seen und Gewässern – meist Trinkwasserqualität. Aber bei den Fließgewässern sind zwei Drittel in keinem guten ökologischen Zustand. Das heißt, Fischdurchgängigkeit ist nicht ge-

Da ist es mir ein Anliegen, die Bürgermeister darauf hinzuweisen, in gefährdeten Gebieten nicht neu zu widmen. Und wenn schon gewidmet ist, diese Broschüre heranzuziehen, wo zum Beispiel steht, wie man Öltanks sichern muss.

ben. Das sind teilweise Kraftwerke oder sogar Hochwasserschutzanlagen.

Wir müssen hier einen besseren ökologischen Zustand erreichen. Jetzt haben viele die genannten Ängste gehabt. Mancher hat zu Beginn des heurigen Jahres sogar das Ende der Wasserkraft in Österreich „heraufdräuen“ sehen. Das ist lächerlich.

Ich bin stolz, dass mir gelungen ist, Ökologie und Ökonomie unter einen Hut zu bringen. Das heißt, Ja, Wasserkraft nutzen und gleichzeitig ökologische eine Verbesserung herbeiführen. Das wurde auch von der Wasserkraft und den Umweltorganisationen so akzeptiert. Zusätzlich stehen 140 Millionen Euro bereit, wo wir – gerade auch Gemeinden – unterstützen, wenn Fischaufstiegshilfen gemacht werden müssen.

Das ist aber auch nur ein erster Schritt. Dieser Gewässerbewirtschaftungsplan gilt bis 2015 und soll drei Prozent der Gewässer in einen besseren ökologischen Zustand versetzen.

Thema Energie: Wie steht es denn bei den energieautarken Gemeinden? Wie realistisch ist das und wie viele Gemeinden bemühen sich wirklich, das umzusetzen?

Ich will ein energieautarkes Österreich. Das ist für mich eine faszinierende Vision, nämlich unabhängig zu werden von Energieversorgung aus dem Ausland und damit gerade in strukturschwachen Gebieten Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu generieren.

Es sind gerade die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die dieses Thema vorantreiben. Im Vorjahr habe ich deshalb ein Programm gestartet, nämlich Klima- und Energiemodell-Regionen. Derzeit haben wir 37 Regionen in Österreich, die den Zuschlag erhalten.

Das Programm wird heuer wieder ausgeschrieben, denn für mich sind die Gemeinden und die Städte wichtige Partner, um Energieautarkie zu erreichen.

Ich will ein energieautarkes Österreich. Es sind gerade die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die dieses Thema vorantreiben.

Gerade in Gemeinden habe ich enorme Begeisterung und Innovation festgestellt.

Wie rechnet sich das? Und gibt es Energieformen, die mehr angesprochen sind als andere?

Ganz generell ist Ökostrom gemeint. Und in diesem Bereich muss man – wie überall – scharf rechnen, ganz egal, ob es Wind-, Wasser- oder Solarenergie oder auch Biogas ist. Wir werden, um unsere Klima- und Energieziele zu erreichen, alle Formen Erneuerbarer Energie brauchen.

Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Sie haben gesagt, Sie waren selbst lange in der Gemeinde tätig. Was haben Sie von der Kommunalpolitik mitgenommen? Ich wollte die Politik immer von der Basis her kennen lernen – und war in meiner Heimatgemeinde in Großwarasdorf im Gemeinderat. Ich habe ja nie auf die Ministerfunktion hingearbeitet, ich wollte mich einfach politisch betätigen. Und ich habe mit großer Begeisterung die Unmittelbarkeit der Bürgerkontakte kennen gelernt. Man ist ja nicht einmal noch beim Gemeinderat draußen, wissen's schon, was man beschlossen hat.

...

Es ist einfach die Gehschule der Demokratie.

Information

Die Langversion des Interviews finden Sie auf www.kommunal.at; die Broschüre des Lebensministeriums ist auf www.lebensministerium.at zum Download bereitgestellt.

Verwaltung: Alle E-Government-Anwendungen auf einen Blick

Der „Digitales Österreich“-Explorer

Beim Thema „E-Government“ ist Österreich europa-weit führend. Der „Digitales Österreich“-Explorer soll nun die Nutzung von E-Government-Anwendungen erleichtern. Durch die Installation dieses Explorers haben Internetnutzer über ihren Webbrowser direkten Zugriff auf die wichtigsten Verwaltungsportale Österreichs und finden sich noch besser in den virtuellen Amtsstuben zurecht – egal ob für Rechtsauskünfte, den Lohnsteuerausgleich oder für Sicherheitsinformationen. Der „Digitales Österreich“-Explorer vereint die Vorteile der Bürgerkarte bewährter E-Government-Portale für

Unternehmen (usp.gv.at) und Bürger (help.gv.at) mit der Sicherheit des meistgenutzten Browsers, denn er basiert auf dem Microsoft Internet Explorer 8.

Nach der Installation kann man mittels einer Menüleiste direkt auf Anwendungen wie „Mein Amtshelfer“, „Meine Bürgerkarte“ oder „Mein Bundesland“ zugreifen.

Entwickelt wurde dieser E-Government-Browser von Microsoft Österreich. Dem Steuerzahler entstanden dabei keine Kosten. Bei der Vorstellung stellte der seitens des Bundeskanzleramtes zuständige Sektionschef Manfred Matzka klar, dass



Christian Rupp (Plattform Digitales Österreich), Sektionschef Manfred Matzka (BKA), Microsoft-Geschäftsführerin Petra Jenner und Robert Lampl (Microsoft) stellten die neue Anwendung vor.

das Bundeskanzleramt auch für Kooperationen mit anderen Unternehmen offen ist. Laut Matzka gibt es bereits Anfragen aus anderen Ländern, die an dem neuen Tool

Interesse haben. Der „Digitales Österreich“-Explorer kann unter www.digitales.oesterreich.gv.at/explorer kostenlos heruntergeladen werden.



Grabenlose Technologie: 80 Meter Wasserleitung erneuert

Villach halbiert die Kosten und baut deutlich schneller



Foto: Stadt Villach / Willi Zore

Bauleiter Arthur Lippitsch, Wasserwerk-Referentin Stadträtin Hilde Schaumberger, Wassermeister Josef Salcher und ÖGL-Geschäftsführerin Ute Boccioli während eines Lokalaugenscheins in der Bahnhofstraße.

Im Zuge der Altstadtoffensive erneuert Villach eine 80 Meter lange Wasserleitung. „Wir haben uns dazu entschlossen, dieses Bauvorhaben mit Hilfe eines modernen grabenlosen Verfahrens umzusetzen. Dadurch sparen wir gegenüber der herkömmlichen Bauweise rund 50 Prozent der Kosten und verringern die Bauzeit um mehr als ein Drittel“, betont Stadträtin Hilde Schaumberger. „Der Einsatz dieses Verfahrens bedeutet für alle Anrainer rund 60 Prozent

weniger CO₂-Belastung und gleichzeitig wird sichergestellt, dass der Verkehr an dieser wichtigen Verbindung beinahe ungehindert weiterläuft.“

Ute Boccioli, Geschäftsführerin der Österreichischen Vereinigung für grabenloses Bauen (ÖGL): „Dies ist ein perfektes Beispiel dafür, wie durch Einsatz moderner, grabenloser Technologien wirtschaftliche Vorteile erzielt und Menschen und Umwelt möglichst wenig belastet werden!“

Lebensqualität: Wien vorn

Platz 1 von 221 Städten

Die jährlich vom internationalen Beratungsunternehmen Mercer weltweit durchgeführte Vergleichsstudie zur Bewertung der Lebensqualität stellt Wien Bestnoten aus (108,6 Punkte). Die Bundeshauptstadt nimmt wie bereits im Vorjahr den weltweiten ersten Platz vor Zürich (108) und Genf (107,9) ein. Das Schlusslicht im 221-Städte-Ranking bildet Bagdad. Mehr unter www.mercer.com/qualityofliving

Pilgram-Preis 2010: Österreichs Architektur & Naturstein-Preis in Wien verliehen

Maria Saal in Kärnten gewinnt ersten Preis

Die Vereinigung Österreichischer Natursteinwerke (VÖN) hat Ende Mai im Kuppelsaal der TU Wien den Pilgram-Preis 2010 – Naturstein und Architektur verliehen. Prämiiert wurde die vorbildliche Gestaltung und technisch zeitgemäße Konstruktion von Projekten unter maßgeblicher Verwendung von Naturstein aus österreichischer Fertigung, ausgeführt von Naturstein-Fachbetrieben.

Die Jury hat nach eingehender Diskussion beschlossen, die ursprünglich vorgesehene Preissumme (10.000 Euro) zu erhöhen und zwei mit jeweils 6000 Euro dotierte Preise zu vergeben. Die Preisträger des Pilgram-Preises 2010 sind: Architekten nonconform architektur



Foto: Richard Watzke, Freilassing

Die Preisträger des „Pilgram-Preises 2010“.

vor Ort gemeinsam mit Arch. Friedrich H. Mascher, Wien, für die Ortskerngestaltung in Maria Saal, Kärnten, sowie die Arbeitsgemeinschaft Arch. DI Ernst Beneder und Arch. DI Anja Fischer, beide Wien, für die Pfarrkirche in Gallspach, Oberösterreich. Zusätzlich

zu den Preisträgern wurden fünf weitere Wettbewerbsbeiträge ausgezeichnet, darunter die Fußgängerzone Maria-Theresien-Straße in Innsbruck und das Pfarrzentrum der Stadtpfarre Wels.

Mehr Infos auf www.pronaturstein.at/

Gartensaison kommt

Regenwasser marsch

Die IG Regenwassernutzung und Pflanzen in Natur und Garten haben eines gemeinsam: beide lieben Regenwasser. Die Sammlung und Nutzung von Regenwasser ist intelligent und gratis obendrein. Einzig für den Kauf, die fachgemäße Installation einer Regenwassernutzungsanlage und das vorausschauende Sammeln von Regenwasser muss gesorgt werden. Damit es auch im heißen und trockenen Sommer heißt: Regenwasser marsch – soviel der Garten braucht. Regenwasser kann noch mehr: Richtig eingesetzt, lässt sich damit die Toilette spülen und auch Wäsche waschen. Denn Wasser sparen ist der nachhaltige Weg. www.igrw.at

KOMMUNALMESSE 2010

Wanderausstellung

Der Baukultur-Gemeindepreis

Die Wanderausstellung „LandLuft Baukultur-Gemeindepreis 2009“ ist auf einer zweijährigen Reise quer durch Österreich, um auf den Wert von Baukultur aufmerksam zu machen. Im Rahmen der Architekturtagung 2010 macht die Ausstellung in Haslach und Leibnitz Station und regt heimische Gemeinden zur Nachahmung der LandLuft Baukultur-Gemeinden an.

www.landluft.at

Neu: Intelligente Software

Netz-Innovation

Die französische Mathematikerin Dr. Martine Naillon stellte in Wien ihre neueste Innovation vor: eine Technologie (decider.track), die das menschliche Gehirn nachahmt, dabei intuitiv wie ein Mensch urteilt und objektiv wie eine Maschine arbeitet. Das Computersystem soll vorerst im Bankensektor oder bei der Terroristenbekämpfung eingesetzt werden. Zukünftig soll es in vielen bürokratischen Bereichen eine zusätzliche Entscheidungshilfe werden.

Förderung: Klima- und Energiefonds aktiv

35 Millionen für Photovoltaik-Aktion

Der Klima- und Energiefonds richtet sich mit seiner „Förderaktion Photovoltaik 2010“ ausschließlich an private Haushalte, die eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung bis fünf Kilowatt-Peak installieren wollen. Für die „Schwerpunkt“-Aktion stehen heuer 35 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist fast doppelt so viel wie 2009. Der Ausbau der Photovoltaik ist die zukunftsweisende Technologie zur klimafreundlichen Produktion von Strom.



Stromerzeugung auf dem Hausdach wird nun bei privaten Haushalten gefördert.

Sämtliche Informationen erhalten Sie unter: www.klimafonds.gv.at/photovoltaik



Kooperation schafft Innovation bei Dienstleistern im Kommunalbereich

MAPFINDER–digitaler Ortsplan von RiS-Kommunal und GISDAT

Wenn sich zwei führende Dienstleister im Kommunalbereich wie RiS und GISDAT zusammen tun, um gemeinsam einen digitalen Ortsplan für Gemeindegemeinschaften zu entwickeln, dann darf man sich viel erwarten. Das Produkt ist auf der Google Maps-Technologie aufgebaut und bietet neben den allgemeinen Funktionen auch viele weitere Vorteile.

Integration in RiS-Kommunal – Alle Adressen, die einer RiS Kommunal-Gemeindegemeinschaft eingegeben werden (zB Gemeindebetriebe, Wirtschaft, Vereine, Inserate, Veranstaltungsstätten, Sehenswürdigkeiten, Unterkünfte, Gastronomie usw.), können mit Geo-Koordinaten versehen und in der Gemeindegemeinschaft im digitalen Ortsplan mit Beschreibung und Bild angezeigt werden. Alle Daten werden in RiS-Kommunal gespeichert. Es ist keine doppelte Datenwartung erforderlich.

Branchen-Übersicht – Mapfinder kann alle Adressen einer Branche (zB Gastronomie) mit einem Mausklick gemeinsam im Ortsplan anzeigen.

Rad- und Wanderwege – können im Redaktionstool von RiS Kommunal mit Beschreibung, Bildern und Einkehrmöglichkeiten erfasst und im digitalen Ortsplan auf der Gemeindegemeinschaft angezeigt werden.

Import und Export von Geodaten – Mapfinder bietet die Möglich-

keit, Geodaten (Punkt und Wegdaten) mit anderen Datenbanken zB Tourismusdatenbanken auszutauschen -> Schlagwort: GeoRSS-Dienst.

Werbemodul – In Kombination mit der Erstellung des analog/digitalen GISDAT-Stadt- oder Ortsplanes besteht die Möglichkeit zur Bewirtschaftung der RiS Kommunal Homepage und damit zur Lukrierung von Werbeeinnahmen durch die Gemeinde, und die Wirtschaftsbetriebe der Gemeinde erhalten eine interessante lokale Werbefähigkeit.

Mapfinder Premium – Mapfinder gibt es in mehreren Ausstattungsvarianten. Wobei Mapfinder Premium den größten Leistungsumfang aufweist und neben vielen Dienstleistungen der GISDAT auch die Möglichkeit hat, Detail getreue analoge Pläne, die von GISDAT erfasst wurden, im digitalen Orts-/Stadtplan anzuzeigen. Dabei reicht die Bandbreite vom Beherbergungskatalog über Hausnum-

mernpläne, Einsatzkarten für Rettung und Feuerwehr, Wanderkarten bis hin zum Laufwegkonzept für Gemeinden und Regionen.

Das RiS Regionsportal macht aus Gemeinden eine Region! – Ein großer Vorteil in der Verwendung der RiS-Kommunalhomepage samt Mapfindertechnologie liegt in der Möglichkeit, die Gemeindegemeinschaften zu einer Regionsplattform zu verknüpfen. Kein anderer Anbieter kann mehr als 1100 österreichische Gemeinden zu beliebigen Regionen zusammenfassen.

Eine weitere interessante Leistung für Gemeinden ist die **GISDAT Freizeitwerkstatt** – GISDAT bietet Gemeinden und Tourismusverbänden die Zusammenarbeit bei der Projektierung und Planung von Themenwegen (Laufen, Nordic Walken, Rad, Meditationswege etc.) samt Sponsoring und Finanzierungskonzept an.

Information

RiS KOMMUNAL
RiS GmbH
Tel.: 07252/861 86-0
www.ris.at
Geografisches
Datenservice GmbH
Gisdat
Tel.: 0732/380 830-0
www.gisdat.at

Neue Info-DVD ab Herbst kostenlos bei der Koordinierungsstelle erhältlich

EAG- und Altbatterienrecycling als Schul-DVD

Mit dem Sammel- und Verwertungskreislauf von Elektroaltgeräten und Altbatterien beschäftigt sich die aktuelle Informations-DVD, die derzeit im Auftrag der Koordinierungsstelle überarbeitet und neu aufgelegt wird. Die DVD wird zeitgerecht zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 für interessierte Schulen zur Verfügung stehen. Die Schul-DVD, die erstmals 2007 gestaltet wurde, ist als offizielles Unterrichtsmittel vom Unterrichtsministerium zugelassen und empfohlen. Im Rahmen des Films werden die Grundlagen des EAG- und Altbatterien-Recyclings auf Basis der österreichischen EAG-Verordnung bzw. der Batterienverordnung dargestellt. Behandelt werden unter anderem



Sammlung, Wiederverwendung und Recycling ist die Devise der Info-DVD.

die Themenkreise Sammlung, Wiederverwendung sowie Recycling. Diese Dokumentation erzählt den „Lebenskreislauf“ von Elektrogeräten und Batterien und zeigt auf, wie durch richtige Sammlung von Elektro- und Elek-

tronikaltgeräten (EAG) bzw. Batterien wertvolle Rohstoffe recycelt werden und natürliche Ressourcen geschützt werden können. Schon bei der Erstauflage der DVD hat sich gezeigt, dass nicht nur SchülerInnen an entsprechenden Informationen interessiert sind, sondern diese leicht fassliche und komprimierte Darstellung der richtigen Entsorgung und Verwertung auch für interessierte Laien ein wertvolles Informationsmittel darstellt. Die Koordinierungsstelle hat sich daher entschlossen, auch die aktuelle Neuaufgaben für Kommunen, Abfallwirtschaftsverbände oder Abfallberater kostenlos zur Verfügung zu stellen (so lange der Vorrat reicht). Bestellungen nimmt die Koor-

dinierungsstelle per E-Mail unter office@eak-austria.at entgegen.

Die Langfassung dauert ca. neun Minuten und ist in Deutsch und Englisch erhältlich. Für eine Kurzfassung des Films, die es auch auf Englisch gibt, wird auch eine kostenlose Downloadmöglichkeit auf der EAK-Website geschaffen.

Information

Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle Austria GmbH
Mariahilfer Straße 84
1070 Wien
Geschäftsführung
Mag. Elisabeth Giehser
Telefon: 01/522 37 62 - 0
Fax: 01/522 37 62 - 19
office@eak-austria.at

E.E.

Errichtung von Betriebsanlagen mit P+M

Innovative Lösungen für Expansion und Liquidität

Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, notwendige Expansionen ohne Gefährdung der Liquidität zu planen. Ein steirisch-oberösterreichischer Projektentwickler, der sich auf die Realisierung und Vermietung von gewerblichen und industriellen Objekten spezialisiert hat, bietet hier einen neuen und innovativen Weg an: Betriebsanlagen exakt nach Kundenwunsch auf Mietbasis! P+M erkennt und versteht Projekte ganzheitlich und nicht nur in Teilbereichen, sorgt für die optimale Liegenschaft und setzt alle für die Realisierung des Projektes erforderlichen Maßnahmen, wie Einreichung, Genehmigungsverfahren, Ausführungsplanung, Abwicklung der Bauleistungen bis



Ing. Harald Taxacher und Dipl.-Ing. Gotthard Mataushek.

hin zur schlüsselfertigen Übergabe des Gesamtprojektes. P+M steht für Termin-, Qualitäts- und Kostensicherheit. Wertvolle Zeit, Ressourcen und Kapital können für die Kernkompetenzen des Unternehmens eingesetzt werden.

Information

www.pm-holding.at

E.E.

WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.

Kommunalleasing
Infos unter:
0810 20 52 51
www.leasing.at

UNTERNEHMEN ÖSTERREICH
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK

BAWAG PSK Leasing

Ein Projekt zur Rettung der alten Bausubstanz in den Gemeinden

Neues Leben in alten Häusern

Ende Mai 2010 fand in der Gemeinde Schwarzenberg im Bregenzerwald eine der ersten Fachtagungen überhaupt zum Thema „Rettung der alten Bausubstanz“ in Österreich statt. Wissenschaftler, Architekten und Praktiker aus den Gemeinden – angeführt von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer – diskutierten zwei Tage lang teils sehr emotional über ein wichtiges Thema.

Julya Pollak
Mag. Hans Braun

Eigentum ist Teil der Wohnkultur – nicht nur im Bregenzerwald. Wohnen im Eigentum ist teuer und wird für junge Erwachsene zunehmend schwieriger, da neben den Baulandflächen auch die mindergenutzte alte Bausubstanz nicht oder nur zu hohen Preisen auf den Wohnungsmarkt kommt. Größere Wohnanlagen von Bauträgern drängen beispielsweise auf den Bregenzerwälder Wohnungsmarkt. Die öffentliche Hand soll nun einerseits der Abwanderung entgegenwirken und andererseits Raum für Zuwanderung

beziehungsweise Rückkehrer aus dem benachbarten Rheintal bereitstellen. In den rund 22 Gemeinden des Bregenzerwaldes herrscht eine hohe Dichte an alter Bausubstanz. Diese oft jahrhundertalten, zur „Seele der Kulturlandschaft“ zählenden Häuser zu sanieren, zu schützen und für junge Menschen nutzbar zu ma-

Die öffentliche Hand soll einerseits der Abwanderung entgegenwirken und andererseits Raum für Zuwanderung beziehungsweise Rückkehrer bereitstellen.

chen hat sich die Initiative „Alte Bausubstanz“ zum Ziel gesetzt. Rund 1000 minder oder gar nicht genutzte Objekte dieser Art gibt es in der Region. Diese Wohnhäuser böten Wohnfläche für rund 4800 Menschen, wie eine Erhebung der Regionalentwicklung Bregenzerwald ergab. Rund 400 Objekte stehen leer, die anderen 600 werden von einer beziehungsweise zwei Personen über 70 Jahren bewohnt. Alleine in der Gemeinde Schwarzenberg gebe es rund 80 bis 90 solcher Häuser, „das entspricht rund sechs bis acht Prozent der Bausubstanz“, erklärt Bürgermeister Armin Berchtold (*nicht verwandt mit Wilfried Berchtold, dem Präsidenten des Vorarlberger Gemeindeverbandes; Anm. der Redaktion*) aus Schwarzenberg. Seit die Zahlen erhoben wurden, bemühen sich die Projektverantwortlichen um die „Intensivierung der Nutzung alter Bausubstanz im Bregenzer-



Foto: Gettyimages

wald, um damit Impulse für die Bewohner und die Dörfer zu setzen“.

Aufschwung für die Region

„Schwerpunkte der Bearbeitung sind die Sensibilisierung für das Thema, der Kontakt mit den Eigentümern sowie erste Schritte für den koordinierten Umgang mit der bestehenden Bausubstanz“, so Berchtold weiter. Wichtig dabei ist den Verantwortlichen, dass es nicht um eine Konservierung der Kulturlandschaft gehe, sondern um die bewusste Weiterentwicklung der Eigentümersituation, der Bauweise und der Nutzungen. Ein aktuelles Problem, das auch

von Seiten Helmut Mödlhammers angesprochen wurde: „Nahezu jeder Bürgermeister, jede Bürgermeisterin unseres Landes kann bei diesem Themenbereich mitreden, weil es in jeder Gemeinde alte Bausubstanzen gibt. Die Wege, mit diesen Bauwerken umzugehen, sind jedoch höchst unterschiedlich. Sie reichen von totaler Bewahrung und Konservierung alter Gebäude und Ensembles, bis hin zur mutigen Verbindung von Alter

Wichtig ist den Verantwortlichen des Vorarlberger Projektes, dass es nicht um eine Konservierung der Kulturlandschaft gehe, sondern um die bewusste Weiterentwicklung der Eigentümersituation, der Bauweise und der Nutzungen.

und Moderne.“ Gerade jetzt sehe man, so der Gemeindebund-Präsident auch anhand einer Gemeinde im Salzkammergut, mit welchen Schwierigkeiten Behörden und Menschen zum Teil zu kämpfen haben.

„Im Fall Hallstatt hat das Bundesdenkmalamt angekündigt, nahezu den gesamten Stadtkern unter Denkmalschutz stellen zu wollen. Dabei handelt es sich insgesamt um rund 250 Häuser. Der Proteststurm ist gewaltig und in ganz Österreich spürbar. Die Kommunalpolitik wehrt sich hier – mit unglaublich großer Unterstützung der Menschen – gegen diese Bestrebungen, und die Bürger konnten nach Berichten Anfang Juni auch erste Erfolge feiern.

In Hallstatt kam dazu, dass man nicht nur die Häuser selbst unter Schutz stellen wollte, sondern das gesamte Ensemble der Hallstätter Innenstadt. Die Folgen dafür wären nahezu unabsehbar und würden an die Grenze einer kalten Enteignung geraten. Ich erzähle diese Geschichte heute deshalb, weil das ein klassisches Beispiel dafür ist, wie man es nicht macht.“

„My home is my castle“

Einer der Projektleiter im Bregenzerwald, DI Markus Berchtold (*keine Verwandtschaft mit den beiden vorgenannten Berchtolds; Anm. d. Red.*), weiß dabei, dass das Thema „Haus“ ein sehr sensibles und emotionales ist. Deshalb wird Gemeinsamkeit großgeschrieben. Berchtold: „Wir wollen zusammen mit jenen Menschen, die früher unter enormen Mühen und Leistungen ein Haus errichtet oder erhalten haben, Möglichkeiten finden, wie ihre vier Wände auch in Zukunft lebenswert bleiben könnten.“ Es bestehe die Angst unter den älteren Menschen, über den Tisch gezogen zu werden bzw. ihre Mitbestimmungsrechte zu verlieren. Das Projekt „Alte Bausubstanz“ will Wohnraum im Eigentum oder eigentumsähnliche Verhältnisse für junge Menschen verfügbar machen und auf den Markt bringen. Die Bedürfnisse der Eigentümer alter Bausubstanz und die Bedürfnisse der interessierten Käufer, Mieter werden ausgelotet. In weiterer Folge könnten in einem landesweiten Projekt Instrumente für einen Marktplatz für alte Bausubstanz entwickelt werden. „Bei uns in Schwarzenberg haben die Mieter ein unter Denkmalschutz stehendes Haus auf ihre Kosten generalsaniert, dafür wurden diese Kosten in den Mietvertrag über 20 Jahre eingerechnet“, beschreibt Berchtold ein Beispiel. Flexibilität innerhalb der Entscheidungsträger sei beim Projekt „Alte Bausubstanz“ essentiell. Verschiedenste, auch maßgeschneiderte Varianten von Miet- und Kaufoptionen werden bei jedem Objekt mit potenziellen Mietern neu ausgelotet. Bei ei-

ner Fachtagung im Mai präsentierten Vertreter der Initiative sowie Experten aus anderen Regionen wie dem schweizerischen Graubünden ihre Arbeitsergebnisse und Vorstellungen für weitere Schritte. „Wenn man sich umsieht, dann merkt man, dass es in vielen Regionen Europas ähnliche Herausforderungen gibt“, sagt Bgm. Armin Berchtold. Er wolle nicht Grünland zu Bauland machen, wenn doch so viele bereits gebaute Objekte bis jetzt ungenutzt sind oder mindergenutzt werden. Insgesamt profitieren vor allem die Betriebe der Region an der Initiative. „Bei wirklich alter Bausubstanz brauchen wir Tischler und sehr gute Handwerker, um bei unterschiedlichen Gegebenheiten die Häuser bestens zu renovieren, da kann man keine 08/15-Produkte anwenden“, beschreibt Berchtold den wirtschaftlich positiven Nebeneffekt. Zur Zeit, so Berchtold, gäbe es im Bregenzerwald kaum einen Tischler, der zu haben ist. Die Auftragslage sei sehr gut – in Zeiten der Krise ein äußerst positives Beispiel.

Der richtige Weg – Dorferneuerung und das Projekt „Landluft“

Der Gemeindebund vertritt die Ansicht, dass die Gemeinden, die Menschen und die Experten gemeinsam zu einem Weg finden müssen, bei dem Schützenswertes erhalten werden kann, ohne gleichzeitig Fortschritt und Entwicklung zu unterbinden. Die Bewegung der Stadt- und Dorferneuerung hat viele historische Ortskerne erhalten und wieder zu wichtigen Teilen des dörflichen Lebens gemacht. Erst im März dieses Jahres hat in Niederösterreich die Dorferneuerung ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert. Allein in NÖ gibt es

Bei wirklich alter Bausubstanz brauchen wir Tischler und sehr gute Handwerker, um bei unterschiedlichen Gegebenheiten die Häuser bestens zu renovieren, da kann man keine 08/15 Produkte anwenden.

Bgm. Armin Berchtold über einen positiven Nebeneffekt der Rettung alter Bausubstanz

700 Dorferneuerungsvereine, in denen rund 200.000 Menschen mitarbeiten, das zeigt schon, in welchem Ausmaß die Menschen motivierbar sind, an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuarbeiten.

„Vor rund zwei Jahren war ein junger Mann bei mir und hat für eine Gruppe engagierter und innovativer Architekten gesprochen“, berichtete Mödlhammer. „Er hat sein Anliegen mit einer Leidenschaft und einem inneren Feuer vorgetragen, die mir imponiert haben. Ich habe ihn daher eingeladen, bei einer Bürgermeistersitzung des Gemeindebundes seine Ideen vorzutragen und dann festgestellt, dass nicht nur ich allein beeindruckt war. Sein Konzept ist ebenso simpel wie bestechend. Auf Basis alter Substanz planen und projektieren er und seine Kollegen, die sich im Verein ‚Landluft‘ zusammengeschlossen haben, die neue Konzeption von Ortszentren und Teilen einer Gemeinde. Dabei geht es nicht nur um bauliche Maßnahmen, sondern vor allem um die Frage: Was wollen wir, dass in diesen Straßen, in diesen Zentren eigentlich geschieht? Wollen wir einfach nur einen schönen Hauptplatz oder wollen wir mehr? Ein Zentrum des sozialen Lebens, einen Treffpunkt, Raum für Veranstaltungen und Initiativen. Wollen wir ein lebendiges Ortszentrum, das lebt und von der Bevölkerung mit Leben erfüllt wird oder wollen wir einfach einen Ort, der nur auf der Postkarte gut aussieht?“

Das Ergebnis des damaligen Vortrags war ein Projekt, das der Gemeindebund und der Verein „Landluft“ gemeinsam gestartet haben – sie haben die Baukultur-Gemeinde Österreichs gesucht. Jene Gemeinde, die es am besten verstanden hat, bauliche Maßnahmen mit sozialen und emotionalen An-



Mit den Bürgern gemeinsam kann man Probleme besser lösen.

Josef Mathis,
Bürgermeister von
Zwischenwasser

forderungen der Menschen zu kombinieren (*KOMMUNAL* berichtete ausführlich in der Ausgabe 6/2009 auf den Seiten 68 ff.). Das Ergebnis dieses Wettbewerbs war nicht nur ein Buch, in dem hervorragende Beispiele dokumentiert sind, sondern auch eine Roadshow durch ganz Österreich, bei der man sich die Siegerprojekte im Detail anschauen kann.

Zwei Fliegen mit einem Schlag?

Die Tagung in Vorarlberg brachte unter anderem einen weiteren Punkt ans Tageslicht, der künftig immer mehr an Bedeutung zulegen wird: die „soziale Dorferneuerung“. Wenn man sich – so Mödlhammer – die Mühe macht, zu hinterfragen, was genau damit gemeint ist, dann gewinnt es auch an Spannung. Die Demographie und die sozialen Entwicklungen in unserem Land liegen entweder klar auf der Hand oder sind mit großer Wahrscheinlichkeit gut interpretierbar. Unsere Gesellschaft altert schnell, die Zahl älterer Mitbürger wird sich in den kommenden Jahrzehnten vervielfachen, gleichzeitig entsteht immer öfter – nicht nur unter den älteren Mitbürgern – eine Form der Einsamkeit.

Die Gemeinden waren immer Orte, in denen Gemeinschaft stärker gelebt wurde als in den großen Ballungsräumen. Die Kleinheit, die Nachbarschaft, die persönlichen Beziehungen der Menschen zueinander waren und sind ein Teil des sozialen Netzes, das gespannt wurde und für viele Menschen ein Teil ihrer hohen gefühlten Lebensqualität ist. Die „soziale Dorferneuerung“ berücksichtigt diese Bedürfnisse. Sie bedeutet, dass man den Gebäuden nicht nur außen einen neuen Anstrich verpasst und sie optisch attraktiv gemacht werden müssen. Sie bedeutet auch, vor allem in den öffentlichen Räumen, dass eine soziale Dimension mit zu bedenken ist. Die Menschen wollen Orte und Zentren der Begegnung, in denen es nicht nur eine Kultur des Bauens und Renovierens, sondern auch eine Kultur des Miteinanders gibt. Das mag unter Umständen naiv klingen, die schieren Zahlen jener, die



Foto: Getty Images

„Heimat ist dort, wo man sich nicht erklären muss.“ Dieses Zitat des Dichters und Philosophen Johann Gottfried von Herder, vorgebracht von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, umschrieb ein bisschen die Stimmung zweier spannender Tage im Bregenzerwald.

sich aktiv an Dorferneuerung beteiligen, sind allerdings beeindruckend. Demnach ist nicht nur das Ergebnis von Baukultur oder Dorferneuerung entscheidend. Mindestens genauso wichtig ist, dass Menschen sich gemeinsam für ihr Dorf, ihre Stadt, ihr Lebensumfeld, ihre Heimat engagieren. Gemeinde und Gemein-

deprojekt zu einem gemeinsamen Projekt zu machen.“ „Mit den Bürgern gemeinsam kann man Probleme besser lösen“, zitierte der Gemeindebund-Chef Josef Mathis, den Bürgermeister von Zwischenwasser. „Und auch er hat damit recht.“ Lange diskutiert wurde auch über den Begriff „Heimat“. Heimat ist, so Helmut Mödlhammer, vor allem auch dort, wo den Menschen nicht alles egal ist, wo sie mitmachen, mitdenken und ihre Ideen und Kraft einbringen. „Ich habe erst unlängst einen Spruch gelesen, den ich mir gemerkt habe, weil ich ihn so passend fand: ‚Heimat ist dort, wo man sich nicht erklären muss‘ – ein Zitat des Dichters und Philosophen Johann Gottfried von Herder.“

Die Menschen wollen Orte und Zentren der Begegnung, in denen es nicht nur eine Kultur des Bauens und Renovierens, sondern auch eine Kultur des Miteinanders gibt.

schaft sind wortverwandt, aus gutem Grund. Helmut Mödlhammer: „Für kluge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bietet die Erneuerung ihrer Gemeinde, die Pflege und Sanierung historischer Bausubstanz und der Wettbewerb der Ideen auch die unglaubliche Chance, den Kontakt zu den Menschen noch weiter zu verbessern und damit ein Gemein-

Mehr Infos über die Tagung im Internet unter www.altebausubstanz.at. Hier finden sich auch Fotos und Kontaktdaten.

Campus WU Wien: Finanzierung des Bildungsstandortes Wien

Ab Herbst 2013 ist hier Platz für tausende StudentInnen

Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sind Investitionen in die Zukunft. Gegenwärtig wird mit Unterstützung der Kommunal-kredit Austria im neuen Viertel „Zwei“ bei der Wiener Messe bzw. dem Wiener Prater kräftig gearbeitet.

Im Viertel „Zwei“ im Wiener Prater entsteht Österreichs größter Universitätscampus – die neue Wirtschaftsuniversität Wien, die künftig tausenden Studentinnen und Studenten aus ganz Österreich, aber auch internationalen Gästen eine solide Ausbildung bieten wird. Noch sind es durchschnittlich rund 500 Arbeiter, die den neuen Campus aufbereiten. Mit der Fertigstellung – voraussichtlich im Herbst 2013 – werden dann tausende Studenten das neue Universitätsviertel in Beschlag nehmen.

Starker Player

Tonangebend bei dem Projekt ist die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), die mit der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) eine eigens ins Leben gerufene Projektgesellschaft gegründet hat. Die BIG selbst hat ihre Kernsegmente in den Bereichen Bildung (Schulen, Universitäten) und öffentliche Verwaltung (Amtsgebäude); ihr Immobilienportfolio besteht zu drei Vierteln aus Schulen und Universitäten, zu einem Viertel aus Amtsgebäuden, Polizeistationen, Gerichten und Gefängnissen. Sie befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Republik Österreich. Bislang konnten mehr als 500 Neubauvorhaben und Generalsanierungen umgesetzt werden, zahlreiche weitere Projekte stehen in der Pipeline. Der Campus WU Wien verkör-



Auf der Homepage www.campuswu.at findet sich eine sehr gute animierte Darstellung der geplanten Campus-Entwicklung mit den aktuellen Fortschritten und Beschreibungen der Objekte.

pert die Ansprüche eines innovativen Universitätskonzepts. Das Zentrum bildet sowohl physisch als auch symbolisch ein Library und Learning Center, das gleichzeitig Bibliothek und Servicecenter, Arbeitsplatz und Lounge, Kommunikationsraum und Verkehrsknotenpunkt ist. Zentrale Funktionen des Studiums werden miteinander kombiniert, der Forschung wird ein Informationszentrum mit Mehrwert geboten. Zahlreiche Departmentgebäude lassen eine kleine Universitätsstadt entstehen, die auch Nicht-Studierenden offen stehen (bspw. Gastronomie).

Auch aus ökologischer Sicht soll die neue WU Vorzeigeprojekt werden. Rund die Hälfte des für Heizung und Kühlung am Campus benötigten Energiebedarfs wird über Geothermie erzeugt. Damit dieser Bedarf nicht zu groß wird, müssen alle Gebäude entsprechend strenge Vorgaben bei der Energieeffizienz erfüllen.

Starker Partner Kommunkredit

Solch ein Megaprojekt gehört natürlich auch entsprechend finanziert. Für 450 Millionen Euro

hat die BIG Kreditverträge zur Refinanzierung der Projektgesellschaft gezeichnet und u. a. in der Kommunkredit Austria einen passenden Finanzierungspartner gefunden. „Als Österreichs Bank für Infrastruktur haben wir u. a. einen speziellen Schwerpunkt auf den Bereich Bildung gelegt, wo wir unsere reichhaltige Erfahrung in der Finanzierung von Investitionsvorhaben der öffent-

lichen Hand einbringen können. Der WU-Campus ist ein Projekt, das für alle Partner, und somit natürlich auch für uns, von großer Bedeutung ist“, so Dr. Ingeborg Colcuc-Simek, Experte für „Soziale Infrastruktur“ der Kommunkredit. 100.000 m² Nutzfläche, 15.000 Tonnen Bewehrung, 150.000 Kubikmeter Beton werden noch bezw. verarbeitet, bis die ersten Vorlesungen und Prüfungen abgehalten werden – im Wintersemester 2013.

Information

www.big.at
www.campuswu.at
www.kommunkredit.at

Moderne Wasseraufbereitung verlangt moderne Lösungen

Schlammwässerung für Kläranlage Ternitz

Der Abwasserverband Mittleres Schwarztal modernisiert seine Kläranlage Ternitz und baut dabei gleichzeitig die Kapazität von 32.000 EW auf 41.000 EW aus.

GEA Westfalia Separator installierte dazu Ende 2009 mit Ginzler Stahl- und Anlagenbau einen Dekanter UCD 345 mit einer Leistung von 10 m³/h zur Schlammwässerung einschließlich Polymeraufbereitung. Bislang wurde der vergorene Faulschlamm bei Bedarf mit einer mobilen Schlammpresse entwässert. Diese Aufgabe übernimmt jetzt der Dekanter UCD 345. „Die Zentrifuge läuft trotz der schwierigen Bedingungen und dem nicht leicht ent-



wässerbaren Schlamm mit einer Faulzeit von nur rund 14 bis 15 Tagen sehr gut“, bestätigt der Planer dieses Projekts, Dipl.-Ing. Dr. Kiril Atanasoff-Kardjalieff.

Information

GEA Westfalia Separator Austria GmbH
Brunner Straße 77–79
1230 Wien
Tel.: 01/ 865 45 39-0
Fax: 01/ 865 45 39-44
E-Mail: wsaustria.info@geagroup.com
Web: www.westfalia-separator.at

E.E.

Leasing



Meine Taktik für den nächsten Wahlkampf steht: leasen und lächeln.

Wenn's um Kommunal-Leasing

geht, ist nur ein Partner mein Partner.

Welche Projekte Sie in Ihrer Gemeinde auch angehen möchten: Wir passen die Finanzierung genau Ihren Wünschen und Ihrem Budget an. So bleibt Ihnen mehr Spielraum für andere Gemeindevorhaben. Rufen Sie Herrn Dr. Hauer an. Unter 01 71601-8062. Oder senden Sie eine E-Mail: kommunalleasing@rl.co.at

www.raiffeisen-leasing.at

Gesucht? Gefunden!
www.ask-GaLaBau.de

Hier finden Sie alle
Aussteller und Produkte

Nürnberg, Germany
15. – 18.9.2010



GaLaBau 2010

19. Internationale Fachmesse Urbanes Grün und Freiräume
Planen – Bauen – Pflegen

+ **PLAYGROUND**
+ Deutsche Golfplatztage

www.galabau.info-web.de

Inspiration für die Zukunft

Information
AUSTRIAproFAIR
Tel +43 (0) 1.71 72 81 61
Fax +43 (0) 1.71 72 81 10
kurt.regenscheidt@austriaprofair.at

NÜRNBERG MESSE

Neumarkt am Wallersee verwirklichte Traumprojekt mit noraplan® uni bodenbelag

Kindergarten wie ein Chamäleon in der Landschaft

Die Aufgabenstellung war klar: ein Kindergarten, der sich in die Landschaft einbettet und inmitten der grünen Wiesen und Felder des Ortes ein Blickfang ist, der sich an die Umgebung anpasst. Die erhöhte, abstrakt stilisierte vorgesetzte „Gras“-Fassade des kubischen Gebäudes fasst einerseits das Volumen zusammen und stiftet außerdem Identität und Orientierung für den Kindergarten.

Im Erdgeschoss befinden sich die zwei Kindergartengruppen mit direktem Gartenzugang, die zwei Gruppenräume der Krabbelgruppen sind im Obergeschoss. Sämtliche Nebenräume wurden nach Osten ausgerichtet, die Gruppenräume richtung Süden.

Das Herzstück des Gebäudes ist der Bewegungsraum mit Tribüne, er verbindet Kindergarten mit Krabbelgruppe.

Grün ist die vorherrschende Farbe im Inneren des Kindergartens. Hinter der großen Glasfassade im Norden befindet sich ein großer offener Raum mit weiß verputzten Wänden, einer grasgrünen Decke mit weißen Kugelleuchten und einem grasgrünen noraplan® uni Bodenbelag. Die Firma Marke nora® produziert seit 60 Jahren Bodenbeläge aus Kautschuk für die unterschiedlichsten Anwendungsbereiche. Rund 300 Design-, Farb- und Oberflächenvarianten stehen den Kunden zur Wahl.



380 Quadratmeter noraplan Bodenbelag wurden im Kindergarten passend eingesetzt.

Oben: Das Herzstück des Gebäudes ist der Bewegungsraum mit Tribüne; er verbindet Kindergarten mit Krabbelgruppe.

Unten: Der Kindergarten passt sich harmonisch an die Landschaft an.

Information

nora flooring systems
Ges.mBH
Rablstraße 30/1
Tel.: 07242/740 01-0
Fax: 07242/740 03
Mail: info-at@nora.com
Web: www.nora-flooring.at

[nora-flooring.at](http://www.nora-flooring.at)

E.E.

Wir realisieren Gewerbe- und Industrieobjekte nach Ihrem individuellen Bedarf. Sie mieten das fertige Objekt. P+M. Innovative Lösungen für Expansion UND Liquidität!

www.pm-holding.at

INNOVATION IST UNSER ANSPRUCH



EVONIK / Schörfling, Eröffnung 17.06.2010

P+M
PROJEKT
ENTWICKLUNG
UND MANAGEMENT
HOLDING
GMBH



Alles spricht fürs **Einfach-Raus-Ticket!**

Jetzt
€ 28,-
für 2 bis 5 Personen
€ 35,-
mit Fahrrad

Ganz ehrlich: Wie viel haben Sie von unserem wunderschönen Österreich schon gesehen? Nicht genug? Dann wird es Zeit für das Einfach-Raus-Ticket der ÖBB: Damit können Gruppen von zwei bis fünf Personen um insgesamt € 28,- in allen Regionalverkehrszügen der ÖBB* und der Raaberbahn in Österreich den gan-

zen Tag fahren – so oft Sie wollen, wohin Sie wollen. Gültig von Montag bis Freitag von 9.00 bis 03.00 Uhr (Folgetag), Samstag, Sonn- und Feiertag von 0.00 bis 03.00 Uhr (Folgetag). Und mit dem Einfach-Raus-Radticket um € 35,- können Sie auch noch Ihr Fahrrad mitnehmen. **Mehr Infos unter www.oebb.at**



Quadrangle Housing: Kommunales Bauen im dritten Jahrtausend

Urbanes Wohnen oder der Traum vom Einfamilienhaus



Das Projekt „Quadrangle Housing“ verspricht, dass man auch in der Stadt „Haus und Hof“ haben kann. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Lösung des „Teams Habitat“ viel platzsparender als eine herkömmliche „Häuser-Variante“ ist, die Umwelt schont sowie funktional, elegant und ökologisch hochwertig ist. KOMMUNAL hat sich angesehen, welche Möglichkeiten die weltberühmten heimischen Architektur-Denkwerkstätten für die Gemeinden parat haben.

Mag. Hans Braun

Begonnen hat alles mit einer Ausstellung im Museumsquartier in Wien. Unter dem Titel „Quadrangle Housing – Kompaktes Wohnen mit Holz und Beton“ präsentierte das (Architekten-)Team Habitat Anfang Jänner 2010 unter der Leitung von Professor Dr. Carl Pruscha ein neuens Wohnkonzept. Der gebürtige Innsbrucker Pruscha studierte und lehrte unter anderem an der renommierten US-Universität Harvard. Nach 1964 war er zehn Jahre lang als UNO- und UNESCO-Berater der nepalesischen Regierung für Raumplanung in Nepal. Nach einem Lehraufenthalt in den USA wurde er 1978 als Pro-

fessor für Planungsgrundlagen und Gebäudeforschung an die Akademie der bildenden Künste berufen, deren Rektor er von 1988 bis 2001 war. 2004 wurde er emeritiert.

Sein Konzept sollte die Idee von „urbanem Wohnen“ mit dem Wunsch nach einem „Einfamilienhaus“ kombinieren. Heraus gekommen ist eine Vision „räumlicher Kompaktheit mit hoher Wohnqualität“, so Prof. Pruscha. Im Gespräch präzisiert er: „In Abwandlung der einst von Adolf Loos patentierten Lösung als ‚Haus mit einer Mauer‘ sieht unser Projekt ein Haus mit einem Wandwinkel vor, der Raum für eine L-förmige Bebauung und einem quadratischen Innenhof von sechs mal sechs

Der Typ des Hof- oder Atriumhauses ist ein seit der Antike bekanntes städtebauliches Prinzip, welches bis vor wenigen Jahrzehnten auch in der islamischen Welt sowie in China für Millionen städtischer Bewohner den Grundtyp ihres Heims darstellte.

Meter schafft. Da die Einzelhäuser mit jeweils drei Flächen des Wandwinkels direkt an das Nachbarobjekt anschließen, kann bei minimaler Grundstücksgröße – in unserem Fall ein Quadrat von 12 mal 12 Meter – ein Maximum an Wohnnutzfläche erreicht werden. Durch die kompakte Anordnung einer größeren Anzahl von Einheiten kann ein Wohnquartier städtischen Zuschnitts erzeugt werden.“

Ein Projekt – drei Modelle

Das Projekt „Quadrangle Housing“ besteht vordergründig aus drei Prototypen eines Wohnhauses. Allen drei Modellen ist unter anderem gemein, dass es sich um vorgefertigte Module aus Holz handelt, die in ein „Bett“ aus Beton gesetzt werden. Dieser Typ des „Hof- oder Atriumhauses“ ist – so Pruscha – ein seit der Antike bekanntes städtebauliches Prinzip, welches bis vor wenigen Jahrzehnten in der islamischen Welt sowie auch in China für Millionen städtischer Bewohner den Grundtypus ihres Heims darstellte. Die Grundlage der Neuplanung bildet die von Pruscha Anfang der 90er-Jahre entwickelte Typologie des Hofhauses, bestehend aus dem massiven Wandwinkel, der das städtebauliche Gerüst für den Siedlungsbau darstellt. Alle anderen raumbildenden Bauteile sind aus Holz ausgeführt. Der massive Stahlbetonwandwinkel wurde nunmehr als

Die Trennung von Beton vor Ort und Holz in der Werkstätte ermöglicht eine zeitsparende und kosteneffiziente Produktion, die dennoch die individuell geforderte Flexibilität leicht möglich macht.

energetische Speichermasse erweitert. Auch beinhaltet sie alle Vertikalschächte für die Zuleitung von Wasser, Strom, Gas etc. sowie Zu- und Abluft. Die Trennung von Betonarbeiten auf der Baustelle und der Holzfertigteile in der Werkstätte ermöglicht eine zeitsparende und kosteneffiziente Produktion, die dennoch die individuell geforderte Flexibilität der inneren Raumteilung leicht möglich macht. So wird den künftigen Bewohnern selbst überlassen, ob sie in einem Loft wohnen wollen oder lieber die traditionellen Raumunterteilungen bevorzugen. Die drei Prototypen unterscheiden sich dadurch, dass die Typen A und B für ebenes Gelände, der Typ C für geneigte Grundflächen geplant wurde. Die Typen A+B wiederum unterscheiden sich dadurch, dass der Zugang zum „A“-Haus vom Erschließungsweg direkt in den Innenhof führt, der somit eine visuelle Erweiterung mit dem Nachbarhof erfährt, Typ B besitzt einen von allen Seiten völlig abgeschlossenen Innenhof. Beide Innenhöfe sind durch eine Vollverglasung der Wohnräume direkt mit letzterem verbunden und stellen so eine räumliche Einheit mit dem privaten Außenraum dar.

Carl Pruscha: „Alle drei Prototypen beruhen auf der Annahme der Dreigeschossigkeit, wobei die dem Innenhof ebenerdig verbundenen Räume im Erdgeschoss als unausgebaute ‚Kellerräume‘ anzusehen sind, deren weiterer Ausbau und Nutzung als Arbeitsräume, Werkstätte bis Wellness-Funktion dem künftigen Bewohner als vorerst nicht bewertete Nutzfläche zur späteren Verfügung steht.“ Das darüber befindliche erste Wohngeschoss mit dem Sanitärblock dient für Aufenthaltsräume, während der eigentliche Wohnraum mit der Küche das oberste Geschoss bildet, welches direkt und auf gleicher Ebene mit der Dachterrasse verbunden ist. Ein optional darüber befindlicher Dachpavillon kann sowohl Fernblick gewähren, als auch zum Traggerüst für die Photovoltaikanlage dienen.

Wirtschaftlichkeit, Kosten, Ökologie

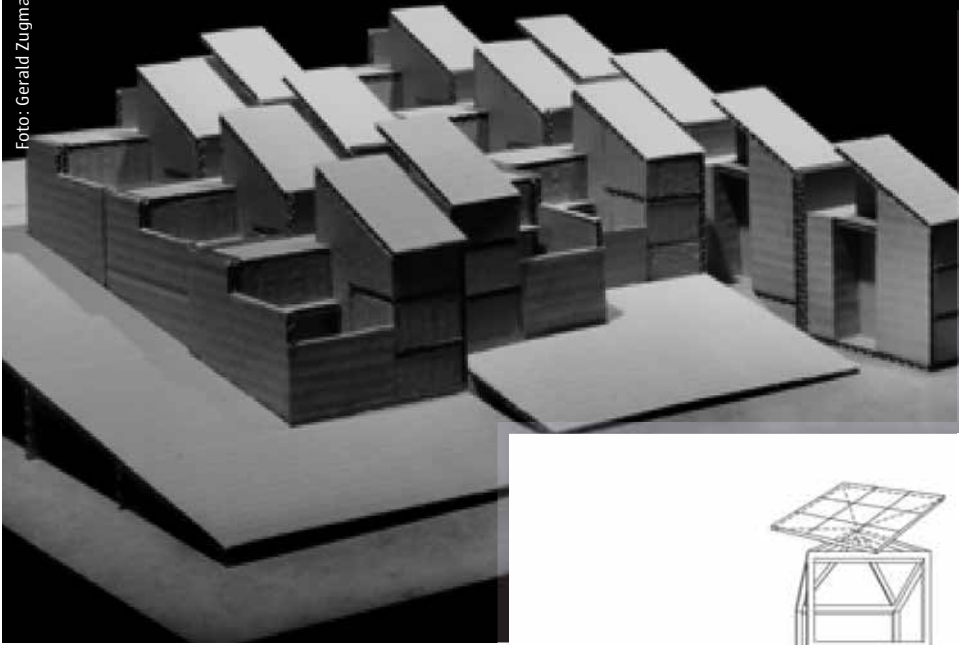
Neben dem Anspruch an hohe architektonische Qualität wurde vom Team Habitat sehr großer Wert auf ein leistbares und umweltbewusstes Gesamtkonzept gelegt, wie Partner Architekt Mag. Franz J. Loranzi im KOMMUNAL-Gespräch ausführte: „Die Energiebereitstellung erfolgt sowohl durch Bauteilaktivierung des Betonwandwinkels und einer Betonbodenplatte als Speichermasse, als auch durch eine Kombination aus Solaranlage und Wärmepumpe. Durch ein zentral für die Wohnnachbarschaft angeordnetes Blockheizkraftwerk werden sowohl Wärme als auch Strom zur Verfügung stehen.“ Die Wärmeabgabe an die Räume erfolgt durch Wand- und Fußbodenheizung. Eine optional anzuordnende Photovoltaikanlage pro Haus (der Type B) sorgt für den Betrieb der Kleinwärmepumpe und der mechanischen

Der Autor im Gespräch mit Architekt Franz Loranzi (rechts), der anhand der Präsentationsunterlagen die Berechnungsmodelle erklärt. Allein bei den Anschlusskosten entsteht durch die verdichtete Bauweise ein Einsparungspotenzial von rund 80 Prozent.



Foto: Juleya Pollak

Foto: Gerald Zugmann



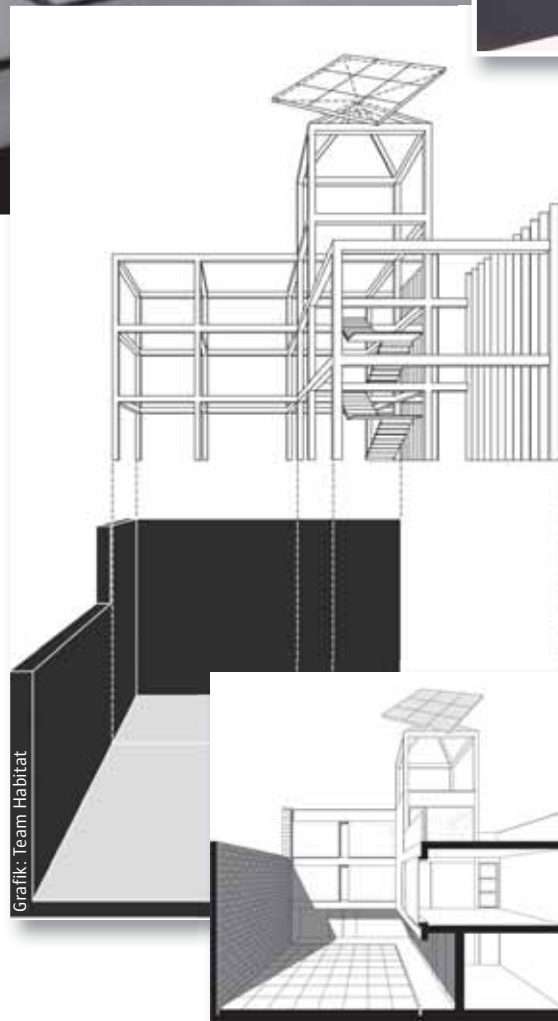
Der Prototyp C von „Quadrangle Housing“ ist speziell dafür gedacht, sich Hanglagen – wie sie gerade in vielen österreichischen Gemeinden sind – anzupassen.

Komfortlüftungsanlage. Durch die thermisch optimierte Gebäudehülle und dem Einsatz von Speichermasse ist prinzipiell ein geringerer Energieverbrauch gewährleistet. Die Wärme- und Strombereitstellung aus Sonne und Umgebungswärme sorgt weiter für eine Verringerung der Betriebskosten.

Dennoch erwies sich in der Gegenüberstellung von Investitions- zu Betriebskosten die Variante mit dem dezentralen Blockheizkraftwerk als die zurzeit ökonomisch beste und ökologisch sinnvollste Form.

Im Zuge der Modellerstellung wurde natürlich auch eine Kostenanalyse (nach Önorm B 2063) durchgeführt. Basis dafür war ein hypothetischer Grundstückscluster von 75 mal 80 Meter (6000 Quadratmeter) mit 27 Wohneinheiten der Modelle A und B. Grundlage der Berechnungen war die Standardausführung der Häuser mit einer gebäudehülle in Niedrigenergiequalität, einer Zwei-Scheiben-Verglasung und einer dezentralen Fernwärmeheizung.

Aufgrund dieser Parameter kommt der Typ A mit einer gesamten Wohnfläche von 145,43 m² auf einen Preis von 1650 Euro pro m². Der Typ B mit 147,56 m² kommt auf 1630 Euro



Grafik: Team Habitat

pro m² und schlussendlich der Typ C in Hanglage mit einer gesamten Wohnfläche von knapp 130 m² kommt auf rund 2000 Euro Baukosten pro Quadratmeter.

Nicht in dieser Kalkulation sind Gebühren und Honorare, Anschlüsse für Kabel, Gas, Strom, Wasser und dergleichen sowie Baugrundrisiko und natürlich das Grundstück selbst enthalten.

Und die Jugend?

Sowohl Pruscha als auch Loranzi heben hervor, dass durch die



Foto: Hans Braun

Prof. Carl Pruscha erklärt Details des Entwurfs anhand des Modells, einer Kombination aus den Typen A und B (im Hintergrund mit den Photovoltaik-Elementen). Von Pruscha verdeckt das Modell des Typs C, besonders geeignet für Hanglagen.

Der von Pruscha hier gezeigte Cluster ist auch die Grundlage für die Kostenanalyse gewesen.

Das Grundprinzip aller drei Modelle ist, dass ein hölzernes Modul (die Elemente oben) fertig angeliefert und in ein vorbereitetes Stahlbetonbett gesetzt wird. Im Beton (schwarz dargestellt) befinden sich auch alle nötigen Anschlüsse.

drei Typen eher Familien angesprochen wären.

Die notwendige Infrastruktur – wie Einkaufsmöglichkeiten, Kindergärten, Schulen sowie Parkplätze oder Startwohnungen für die Jugend und kleinere Wohneinheiten für Senioren – müsste an der Peripherie der Anlage extra platziert werden.

Das „Team Habitat“

Das Planungsteam bestand neben Carl Pruscha aus Franz Loranzi, der die Projekt-Koordination inne hatte, aus den Akademieabsolventen Julia Nuler und Andreas Pfusterer. Auf Empfehlung von proholz wurde eine Projektpartnerschaft mit dem einschlägigen Team von S+B Plan und Bau sowie dem Vorarlberger Unternehmen Schertler Alge geschlossen.

Details zu den Projekten, Flächenberechnungen und Clustermodelle finden sich auf www.quadranglehousing.net

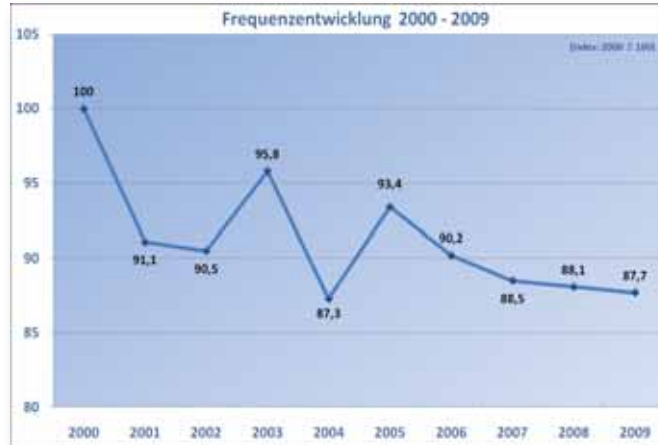
Österreichs aktuelle Frequenzzahlen jetzt erhältlich – minus 12,3 Prozent

Innenstadt-Frequenz fällt seit dem Jahr 2000 ab

Topaktuell sind die Ergebnisse der letzten Fußgänger-Frequenzwelle, die im Oktober 2009 von der Gruppe Schörghuber durchgeführt wurden und jetzt über Infrapool als Sprachrohr für die Innenstadt publiziert werden:

Die Städte mit den besten Frequenzwerten blieben in der Hierarchie unverändert:

- ▶ Wien liegt mit dem Stephansplatz und der Mariahilfer Straße weiterhin auf Platz 1 in Österreich.
- ▶ Linz konnte um 3,6 Prozent Frequenz zulegen und hält sich vor Graz auf Platz 2.
- ▶ In Graz nahm die Frequenz gegenüber dem Vorjahr aber um 1,6 Prozent ab.



Seit dem Jahr 2000 hält sich der Frequenzverlust bei 12,3 Prozent.

56 Prozent (um drei Prozent mehr als 2009) der beobachteten Städte hatten von 2008 auf 2009 einen Rückgang in der Wochenfrequenz während der Geschäftszeit zu verzeichnen.

Nur 44 Prozent konnten einen Frequenzanstieg im Vergleich zum Vorjahr aufweisen. Seit dem Jahr 2000 hält sich der Frequenzverlust bei 12,3 Prozent.

Den kompletten **Frequenzreport von Österreichs Innenstädten 2009** mit den aktuellen Frequenzdaten der wichtigeren österreichischen Städte ab 10.000 Einwohner können Sie zum Preis von 95 Euro exklusive Mehrwertsteuer ab sofort bestellen.

Information

Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V.
Mag. Constanze Schaffner
Tel. 0699 19 44 94 04
marketing@infrapool.com
www.infrapool.com

E.F.



Achten Sie beim Papier- und Holzkauf auf dieses Siegel!

- ▶ PEFC garantiert eine ökologisch nachhaltige Waldbewirtschaftung.
- ▶ Die Auflagen dafür werden streng kontrolliert.
- ▶ Beim Kauf von PEFC Produkten unterstützen Sie nachhaltige Waldwirtschaft.

Weitere Informationen unter www.pefc.at



Der Bank Austria Kunstpreis ist in vier Kategorien ausgeschrieben: Frist bis 30. September

Wir wollen Impulse für die lebendige Kulturszene in den Regionen setzen

Die Bank Austria bleibt auch unter Vorstandsvorsitzendem Willibald Cernko einer der Vorreiter im österreichischen Kultursponsoring. Das Sponsoring-Konzept wurde heuer adaptiert: Ab 2010 wird in vier Kategorien der Bank Austria Kunstpreis vergeben, der mit insgesamt 218.000 Euro höchstdotierte heimische Kunstpreis. Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an Gemeinden, Kulturinitiativen und kulturinteressierte UnternehmerInnen.

Welche Ziele setzt sich die Bank Austria mit ihrem neuen Kunstpreis?

Die Auseinandersetzung mit Kultur lebt davon, offen zu sein für Neues, für Veränderung. Wir helfen mit unserem Beitrag, spannende Projekte zu realisieren, die andernfalls nicht zustande kämen. Ich freue mich ganz

besonders, dass wir namhafte KünstlerInnen und ausgewiesene KunstexpertInnen sowie VertreterInnen der öffentlichen Hand als Jurymitglieder gewinnen konnten.

Wie legt die Bank Austria ihr Kultursponsoring in den kommenden Jahren generell an?

Die Bank Austria ist die ertrags- und eigenkapitalstärkste Bank Österreichs. Sie ist aber auch der bekannteste und erfolgreichste Kultursponsor in der österreichischen Bankenbranche; wir blicken in diesem Bereich auf langjährige Kooperationen, viel Erfahrung und eine anerkannte Tradition zurück. Mit dem Bank Austria Kunstpreis wollen wir unser kulturelles Engagement noch aktiver gestalten!

Ein Schwerpunkt des Bank Austria Kunstpreises liegt auf regionalen Kulturprojekten.



Willibald Cernko, Vorstandsvorsitzender der Bank Austria.

Welche Überlegungen stehen hier dahinter?

Wir wollen gezielt regionale und lokale Kulturinitiativen motivieren und auszeichnen; selbstverständlich führen wir unsere bestehenden regionalen Projekte fort. Gerade in den einzelnen Regionen gibt es eine wirklich vielseitige, spannende Kulturszene, die von viel Enthusiasmus und Ideenreichtum lebt. Denn spannende Kunst- und Kulturprojekte finden

sich natürlich auch außerhalb von Kultur-Hochburgen wie Wien, Salzburg oder Graz. Wir freuen uns, wenn möglichst viele Gemeinden, Kulturinitiativen oder kulturinteressierte UnternehmerInnen die Chance nutzen und lokale Projekte für den Bank Austria Kunstpreis einreichen.

Wie sieht der Ablauf bis zur Verleihung des Bank Austria Kunstpreises 2010 aus?

Wir freuen uns auf möglichst zahlreiche Einreichungen aus vielen unterschiedlichen Kunst- und Kultursparten bzw. Regionen. Unsere Fachjury bewertet alle bis zum 30. September 2010 einlangenden Kulturprojekte. Die mit dem Bank Austria Kunstpreis ausgezeichneten Projekte geben wir Anfang 2011 im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung bekannt.

WIR WOLLEN FÖRDERN – AUCH SIE.

Bank Austria Kunstpreis 2010.



Die Bank Austria, einer der führenden Kultursponsoren in Österreich, vergibt ab 2010 in vier Kategorien den Bank Austria Kunstpreis. Der Preis zeichnet innovative Projekte im Kulturbereich sowie herausragende Leistungen im Kulturjournalismus aus.

Die Ausschreibungsfrist beginnt am 19. April 2010 und endet am 30. September 2010. Die Ausschreibungsrichtlinien sind ab Beginn der Ausschreibungsfrist auf der Kultursponsoring-Homepage der Bank Austria abrufbar: kunstpreis2010.bankaustria.at. Die Fachjury zur Ermittlung der Preisträgerinnen bzw. Preisträger tritt im Oktober zusammen.

Bank Austria Kunstpreis 2010 – Regional – dotiert mit EUR 70.000,-. Der Preis richtet sich an heimische Kulturinitiativen, die regionale Projekte realisieren. Ziel ist die Förderung und Stärkung des Kulturlebens und einer entsprechenden Infrastruktur auf lokaler Ebene.

Bank Austria Kunstpreis 2010 – International – dotiert mit EUR 70.000,-. Der Preis zeichnet heimische Kulturprojekte aus, die die Internationalisierung österreichischer Kunstschafter unterstützen. Damit soll die Position Österreichs als Kulturnation international gestärkt werden.

Bank Austria Kunstpreis 2010 – Kunstvermittlung – dotiert mit EUR 70.000,-. Der Preis richtet sich an heimische Kulturprojekte, die die aktive Auseinandersetzung mit Kulturthemen in der Öffentlichkeit fördern. Ziel ist es, Barrieren abzubauen und möglichst viele Menschen an Kunst heranzuführen.

Bank Austria Kunstpreis 2010 – Kulturjournalismus – dotiert mit EUR 8.000,-. Mit diesem Preis werden Kulturjournalisten für herausragende Beiträge ausgezeichnet, mit denen es gelingt, kulturelle Inhalte einem möglichst breiten Publikum nahezubringen.

Projekte gestalten ohne Belastung des Kommunalbudgets

Raiffeisenbankengruppe OÖ unterstützt Gemeinden

Unsere Gemeinden stehen vor finanziellen Herausforderungen. Gleichzeitig müssen sie wichtige Zukunftsprojekte realisieren, um ihre Standortattraktivität zu sichern.

„Das Raiffeisen KommunalService der Raiffeisenbankengruppe OÖ bietet Lösungen, durch die die notwendigen Investitionen ohne kommunale Budgetbelastung getätigt werden können“, betont Dr. Ludwig Scharinger, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ. Dabei werden wichtige Zukunftsprojekte finanziert und abgewickelt, ohne dass Gemeinden dabei selbst Geld in die Hand nehmen müssen. Die innovativen Lösungen umfassen Baulandprojekte, Bauträgermodelle, Wohnbauprojekte, Revitalisierungen von Ortszentren und Nahversorgungsmodelle.

Baulandinvestitionen

Die OÖ Bauland GmbH gewährleistet eine effiziente Ortsentwicklung mit verfügbarem Bauland für Betriebsansiedlungen, Wohnraumschaffung und kommunale Zwecke zu ortsüblichen Preisen. Sie schafft Gemeinden zusätzlichen Spielraum, indem sie strategisch wichtige Grundstücke kauft, entwickelt und verkauft – Infrastrukturkostenbeitrag für die Gemeinde inklusive. Auch Aufschließungskosten für Kanal, Wasser und Straßen werden vor- und mitfinanziert.

Nahversorgung verbessert Lebensqualität

Insbesondere eine funktionierende Nahversorgung hat wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität einer Gemeinde. Um die örtliche Lebensmittelversorgung in Gemeinden zu verbessern, setzt

die Raiffeisenbankengruppe OÖ die Nahversorgung von Gemeinden, die Förderung örtlicher Unternehmen, Vorschlags- bzw. Einweisungsrecht für Gemeinden, Übernahme des Baumanagements.

GISDAT-Kommunalanalyse

Kommunale Bedarfsfelder



Die GISDAT-Kommunalanalyse untersucht die unterschiedlichen Bedarfsfelder der Gemeinden.

In welchen kommunalen Bereichen konkret Herausforderungen auf die Gemeinden zukommen, zeigt die GISDAT-Kommunalanalyse. Sie analysiert die unterschiedlichen Bedarfsfelder der Gemeinden und dient politischen Verantwortungsträgern als Basis für künftige Investitionsentscheidungen.

Vorteile für Gemeinden

das Raiffeisen KommunalService einen Schwerpunkt in der Entwicklung und Errichtung von Nahversorgungs-, Fachmarkt-, und Einkaufszentren sowie von Lebensmittelmärkten.

Ortskernrevitalisierung

In vielen Gemeinden stehen Gebäude in zentraler Lage leer bzw. ungenutzt. Gleichzeitig besteht oft Bedarf an Miet-, Mietkauf- und Eigentumswohnungen sowie Eigenheimen für Singles und Jungfamilien sowie an betreubarem Wohnen für Senioren. Die Real-Treuhand realisiert in Kooperation mit gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften innovative Projekte, mit denen die Ortskerne belebt und die Lebensqualität der Menschen erhöht werden. Dadurch ergeben sich wesentliche Vorteile: Günstige Wohnraumbeschaffung, Einbin-

Insgesamt 1061 Projekte mit Gesamtinvestitionskosten von 1681,33 Millionen Euro wurden durch das Raiffeisen KommunalService bereits umgesetzt. Durch die Zusammenarbeit ergeben sich für Gemeinden viele Vorteile:

- ▶ Wertschöpfung und Kaufkraft bleiben im Ort
- ▶ Sicherung von Arbeitsplätzen
- ▶ Kommunalsteuer
- ▶ Ertragsanteile
- ▶ Steigerung der Lebensqualität
- ▶ Keine Abwanderung
- ▶ Meist ohne finanzielle Belastung

Information

Raiffeisen KommunalService
Europaplatz 1a, 4020 Linz
Ing. Karl Platzer
Tel.: 0732/6596-8090
E-Mail: k.platzer@rtm.at

CONTAINEX - der führende Anbieter für mobile Kindergärten und Schulen!



A-2355 Wiener Neudorf, IZ NÖ-Süd, Straße 14
Tel.: +43 2236 601, E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

CONTAINEX - ein Unternehmen der LKW WALTER-Gruppe, ist der führende Anbieter für Container und mobile Raumsysteme.

Das Produktprogramm umfasst:

- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kauf - Miete - Leasing

Ihre Vorteile:

- flexible Raumlösungen
- attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort
- Top-Leasingkonditionen



Mobile Kindergärten für Kommunen und Gemeinden – CONTAINEX liefert die Lösung „Mobikis“ sind die Lösung für Platzprobleme

In Österreich hat die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen auf Grund von Gesetzesänderungen rapide zugenommen. Das stellt viele Gemeinden vor die schwierige Aufgabe, kurzfristig zusätzliche Kapazitäten schaffen zu müssen. Die Firma CONTAINEX in Wiener Neudorf bietet mit ihren mobilen Kindergärten – den sogenannten „Mobikis“ – die ideale Raumlösung.

Je nach Anforderung und Anzahl der Kindergruppen können Raummodule beliebig zu hellen und freundlichen Räumen kombiniert werden – selbstverständlich inklusive kindergerechten Toiletten und Heizung sowie auf Wunsch mit Klimaanlage.

Ein gutes Beispiel ist der „IZIBIZI kids corner“, ein privater Kindergarten im IZ



Im Kindergarten erinnert nichts an eine Containeranlage.

NÖ-Süd in Wiener Neudorf: Er wurde seit seinem Start im Jahr 2004 bereits zweimal erweitert, um den wachsenden Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen abzudecken. „Niemand würde daran denken, sich in einer Containeranlage zu befinden“, bestätigt Irmgard Balint, die Projektmanagerin bei „IZIBIZI“. „Das Raumklima ist – ob im Sommer oder

im Winter – hervorragend. Alle Räume sind dank der vielen Fenster gut belüftet. Die Kinder und auch die Betreuerinnen fühlen sich sehr wohl.“

„Der ‚IZIBIZI‘ und viele andere Projekte in ganz Österreich liefern den Beweis, dass man mit einem Raumgefühl wie im Wohnzimmer den Bedürfnissen der Kommunalkunden bestens ge-

recht wird“, betont Josef Heißenberger, Geschäftsführer der Firma CONTAINEX. „Die rasche Bauzeit, höchste Flexibilität und ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis überzeugen immer mehr Gemeinden. Mittlerweile verwenden Kommunen aus Dänemark, Deutschland, England, Italien, Österreich und Ungarn Raumlösungen der Marke CONTAINEX, um Schulen und Kindergärten zu realisieren.“

Information

CONTAINEX Container-Handelsgesellschaft m.b.H.
A-2355 Wiener Neudorf,
IZ NÖ-Süd, Straße 14
Tel.: +43 2236 601-0
E-Mail: ctx@containex.com
Web: www.containex.com



Foto: Lisa Rastl

Der Kindergarten in Rohrendorf bei Krems gilt als Musterbeispiel moderner Kinderbetreuungseinrichtungen.

Innovative architektonische Lösungen statt 08/15-Kindergärten

Neue Kindergärten müssen nicht hässlich sein

Der Ausbau der Kinderbetreuung macht die rasche Errichtung zahlreicher neuer Kindergärten notwendig. Dass diese nicht nur Husch-Pfusch-Lösungen sein müssen, zeigen innovative Projekte. Seit Herbst 2009 ist der Kindergartenbesuch österreichweit zumindest für Fünfjährige halbtags gratis. Landauf, landab müssen daher innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Kindergärten gebaut werden.

Mag. Helmut Reindl

Viele Gemeinden bringen ihre Kindergärten derzeit in Containern unter. Diese Mobilien Kindergärten (kurz „MOBKI“) sind auf den ersten Blick attraktive Lösungen: Die Baukosten sind geringer als jene fixer Bauten, und das Aufstellen erfolgt in kürzester Zeit. Später kann die Gemeinde den Container anderweitig einsetzen, etwa als Umkleidekabine auf dem Sportplatz oder als Jugendzentrum. Containerlösungen haben manchmal auch Nachteile. Im Sommer heizen sich die Metall-



Bei der Lösung, die gefunden wurde, ist es gelungen, in idealer Weise auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Rudolf Danner, Bürgermeister von Rohrendorf

varianten enorm auf, im Winter steigen die Heizkosten, da es oft wenig Isolierung gibt. Auch das Raumklima und die Akustik sind manchmal nicht ideal.

Obwohl die Mobilien Kindergärten meist auf zwei Jahre befristet sind, befürchtet die Architektin Gabu Heindl, dass – wie in Österreich oft üblich – die Provisorien vielfach zu Dauerlösungen werden. Der von ihr geplante Kindergarten in Rohrendorf bei Krems gilt als Musterbeispiel moderner Kinderbetreuungseinrichtungen. In nur fünf Monaten wurde ein ansprechendes Gebäude, großteils aus Ziegel und Holz, errichtet. Die Kosten sind mit 1370 Euro pro Quadratmeter durchaus mit anderen derartigen Projekten vergleichbar.

Qualitätskriterien

Gabu Heindl nennt einige Punkte, die ihrer Meinung nach bei der Planung eines Kindergartens zu beachten sind:

- Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „Kindergarten“ sollte bedacht werden. Die Kinder sollen also die Möglichkeit haben, nahezu jederzeit ins Freie zu kommen.

- ▶ Flexible Lösungen sollen eine Anpassung an sich ändernde Raumbedürfnisse ermöglichen.
- ▶ Alle Räume sollen qualitative Außenbezüge haben, und im Haus soll es viele Freiräume geben, die von den Kindern genutzt werden können.
- ▶ In einem Kindergarten muss nicht alles rund und niedlich sein. „Wichtig sind auch Ecken, wie es sie nun einmal auch in der Welt draußen gibt“, meint Heindl. Kinder können so lernen, dass es wichtig ist, auch „um die Ecke zu schauen“.
- ▶ Ganz wichtig ist auch die Einbindung der Pädagogen und Pädagoginnen in die Planung, damit sie ihre praktischen Erfahrungen einbringen können.

Informationen für Gemeinden

Viele Gemeinden wären gerne bereit, engagierte Architekturbüros für die Planung ihres Kindergartens zu beauftragen, wissen jedoch nicht, an wen sie sich wenden können. Zur Unterstützung dieser Kommunen ist eine Homepage geplant, auf der man alle relevanten Informationen bekommen kann. (Vgl. bestehende Plattform zum Schulumbau: www.schulumbau.at)



Foto: Lisa Rastl

In einem Kindergarten sollte es kleine Öffnungen geben, durch die nur die Kinder hindurch können und die sie in ihre Spiele mit einbeziehen können.

Wettbewerbe veranstalten

Um einen guten durchdachten Plan für die sehr spezifische Bauaufgabe zu entwickeln, ist es wichtig, dass sich die Gemeinden für einen qualitativen Prozess entscheiden, wie etwa Wettbewerbe. Dafür muss natürlich anfangs etwas Geld aufgewendet werden. „Angesichts der verantwortungsvollen Aufgabe

und der Gesamtkosten sollte es der Gemeinde wert sein, vorweg etwas Geld auszugeben, um die bestmögliche Lösung zu finden“, meint Heindl. Allerdings können Bürgermeister und Gemeindevertreter naturgemäß kaum alleine bewerten, welches von mehreren eingereichten Projekten das Beste ist. Entsprechend ist es notwendig, dass der Jury auch unabhängige Architekten und Architektinnen angehören. Informationen zu diesem Thema gibt es dazu im Österreichischen Baukulturreport 2006 im Kapitel „Baukultur: Verantwortung“. Zu jeder Form von Wettbewerb bietet die Architektenkammer Hilfestellung: www.arching.at/baik/wettbewerbe-und-vergabe/wettbewerbe/content.html Auch Rohrendorfs Bürgermeister Rudolf Danner kann eine Ausschreibung nur empfehlen. „Wir haben uns für die Lösung entschieden, die am besten in den bestehenden Kindergarten hinein integriert werden konnte. Außerdem war wichtig, dass ökologisch einwandfreie Materialien verwendet werden.“ Auch wenn der Kindergarten am Ende teurer als geplant wurde, ist man in der Gemeinde sehr zufrieden. „Bei der Lösung, die gefunden wurde, ist es gelungen, in idealer Weise auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen“, lobt Bürgermeister Danner.

Flexible Modullösung

Einen interessanten Kompromiss zwischen Container-Kindergarten und individuellen Lösungen bietet p!² architektur. Das Wiener Unternehmen baut Kindergärten in Holzbau auf Modulbasis. „Unser System erlaubt es uns, einen Kindergarten so schnell wie ein Provisorium zu errichten, der aber hochwertig und langfristig benutzbar ist“, sagt Architekt Wolfgang Paschinger. p!² architektur garantiert, dass der Kindergarten innerhalb von sechs Monaten nach Baubeschluss beziehbar ist. Die Modulbauweise ist äußerst flexibel und ermöglicht eine flexible und kindgerechte Gestaltung.

Info: info@kigago.at



Kindergärten, die auf Modulbasis gebaut werden, sollen so schnell wie Provisorien errichtet werden können, aber hochwertiger und langfristig nutzbar sein (Projektbild).

Umfrage in Oberösterreich – Bürger sprechen sich für Partner aus

Ergebnis: Zufrieden mit dem POST.PARTNER

Oberösterreichs Gemeindebürger stehen zu ihren Post.Partnern. Das beweist eine aktuelle Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstitutes IMAS, das im Mai mehr als 500 Bewohner der Gemeinden Neumarkt, Helpfau-Uttendorf und Offenhausen befragte. Offenhausen verfügt bereits seit 2001 über einen Post.Partner, die beiden anderen Gemeinden seit dem Vorjahr.

Das Ergebnis der Umfrage spricht eine klare Sprache: 77 Prozent der befragten Gemeindebürger sind mit ihrem Post.Partner zufrieden, lediglich neun Prozent sind nicht besonders oder gar nicht zufrieden. Besonders herausragend dabei das Ergebnis in Offenhausen: Hier sind 93 Prozent der Befragten mit ihrem Post.Partner zufrieden.

„Dort sind wir ja bereits seit neun Jahren mit einem Post.Partner vertreten. Man sieht, dass die Akzeptanz noch weiter steigt, wenn die Eingewöhnungsphase vorbei ist“, freut sich Post-Vorstandsdirektor Dr. Her-



Besonders die neuen Öffnungszeiten waren für die Befragten ein positives Signal.

bert Götz über dieses Ergebnis. Besonders angetan zeigten sich die Bewohner in den drei befragten Gemeinden

von den Öffnungszeiten der Post.Partner. 68 Prozent sind der Meinung, dass die Postdienstleistungen durch die Öffnungszeiten der

Post.Partner nun leichter zu nutzen sind. Und auch von der Freundlichkeit zeigen sich die Gemeindebürger beeindruckt, die sich bei ihren Post.Partnern auch mit ihren Anliegen sicher aufgehoben fühlen: Mehr als zwei Drittel bescheinigen, volles Vertrauen zu den Post.Partnern zu haben. „Mehr als die Hälfte der Befragten würde einen Post.Partner auch anderen Orten empfehlen. Das ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass unser Konzept aufgeht. Das Ergebnis dieser Studie hat mich positiv überrascht und rechtfertigt unseren Weg“, so Götz abschließend.

Information

Österreichische Post AG
Postgasse 8
1010 Wien
Tel.: 01/577 67 -0
Fax: 01/577 67- 220 71
Mail: kundenservice@post.at
Web: www.post.at

LE



VERTRAUEN ALS BASIS

IMMER MEHR KUNDEN VERTRAUEN
auf die integrierten HR-Softwarelösungen und -Services von P&I und gestalten damit ihre Zukunft erfolgreicher. Davon sind mehr als 15.000 internationale Endkunden, zahlreiche Rechenzentren und führende HR-Serviceanbieter überzeugt. Der generierte Mehrwert fließt direkt in die Verwaltungen. P&I - Basis für erfolgreiche Personalarbeit WWW.PI-AG.COM



Your partner for integrated HR solutions

Grüne Energie ist die Zukunft Die Umwelt neu erfahren



Umweltschonende Elektrofahrzeuge können in jedem Bereich eine große Entlastung sein. Egal, ob in Kommunen, Hotellerie, Tourismus oder in Gewerbebetrieben. Die straßentauglichen Elektrofahrzeuge von GreenCart bieten in jedem Bereich unzählige Einsatzmöglichkeiten. Durch die leichte Bedienung können sie von jedem Mitarbeiter ab 16 Jahren fahrerscheinfrei gelenkt werden. Weiters verfügen GreenCarts über ein On-Board-Ladesystem, geprüfte Gurtsysteme und Panoramakabinen mit Sicherheitsglas und ROPS-Prüfzeugnis. GreenCarts vereinen das Beste aus allen gängigen Carts, die am Markt erhältlich sind. Die hochwertigen Bauteile stammen aus Amerika, Kanada, Österreich sowie Italien, dem Land der traditionsreichen Rennställe. Ein österreichisches Servicenetz verspricht beste Betreuung, inklusive einer dreijährigen Garantie,

Haft- und Kaskoversicherung. Ideal für Kommunen, Hotellerie und Gewerbebetriebe bietet das Cargo-Panoramafahrzeug bequem Platz für zwei Personen und eine geräumige Transportfläche. Wie bei einem Pick-up ist der Aufbau der Transportfläche individuell gestaltbar – lässt sich vom Gartengerät bis zu Wäscheladungen alles bequem transportieren – und zwar bei jedem Wetter.

Information



Cetra Trading GesmbH
www.greencart.at
Leiter Vertrieb:
Friedrich Holzmeier
0676/929 58 36

E.E.

Digilight™ digitales Informationssystem für Kommunen Plakatflut ade ab Null Euro pro Monat

Den Gemeinden wird ein modernes elektronisches schwarzes Brett für den Außenbereich geboten, das minutenschnelle Kommunikation mit den Bürgern ermöglicht. Durch edles Design und neueste Technik erfüllt das Digilight™ jeden Anspruch an ein ästhetisches, Trendsetzendes Medium – und es reduziert bzw. ersetzt die Plakatflut an belebten Plätzen.

Klosterneuburg als Vorreiter
Seit April sind schon sechs Informationsstelen aktiv, das Echo der Bevölkerung sehr positiv. Stromanschluss und Fundament kommen von der Gemeinde. Ein eigens konzipiertes Channel-Design sendet online einen informativen Mix aus ver-

schiedenen News- Bereichen, Biowetter, lokalen Ozonwerten und bietet regionalen sowie ausgewählten nationalen Betrieben eine günstige Werbemöglichkeit.

Je nach Größe der Gemeinde bieten wir das Stadtinformationssystem bereits ab Null Euro pro Monat an.

Information

Oman Media Consult GmbH
KommR Robert Oman
Tel.: +43676 643 50 60
Mail: omanmedia@oman.co.at
Web: www.digilight.at
3400 Klosterneuburg

E.E.



Klosterneuburgs Bgm. Mag. Stefan Schmuckenschlager mit dem Digilight.

Stangl

Rein aus Prinzip.

Stangl Kommunaltechnik

MULTICAR TREMO

Geräteträger für 365 Tage im Jahr

KEHREN

MÄHEN

BÖSCHUNGSMÄHEN

AST- UND HECKENSCHNITT

GIESSEN UND BEWÄSSERN

WINTERDIENST

Stangl Reinigungstechnik GmbH.

5204 Straßwalchen
2334 Vösendorf • 8772 Traboch

Tel. 06215/8900-0
info@kommunalmaschinen.at

www.kommunalmaschinen.at

Vergaberecht als Mittel zur Kosteneinsparung – auch für die Gemeinden

Eine komplizierte Materie, aber mit enormem Sparpotenzial

Das Vergaberecht ist für Gemeinden nicht nur aufgrund des Umfanges, sondern auch aufgrund der Vielzahl an laufenden Änderungen ein Rechtsgebiet, welches immer schwerer durchschaut werden kann. Das Vergabegesetz wird von vielen Gemeinden deshalb oft auch als Belastung empfunden – es könnte aber auch sparen helfen.

Dr. Bernhard Kall

Nichts desto trotz sind Gemeinden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes verpflichtet. Ein vergaberechtliches Basiswissen ist daher unerlässlich. Vom öffentlichen Auftraggeber wird leider viel zu wenig berücksichtigt, dass das Vergaberecht – wenn man es richtig einsetzt – viele Möglichkeiten bietet, um bei öffentlichen Bauvorhaben Kosteneinsparungen zu erzielen.



Beim Wort „Vergaberecht“ fühlen sich viele Gemeindefunktionäre auch aufgrund der Menge des Materials überfordert. Dabei kann richtig angewendetes Vergaberecht viel Geld sparen helfen.

Vom öffentlichen Auftraggeber wird leider viel zu wenig berücksichtigt, dass das Vergaberecht – wenn man es richtig einsetzt – viele Möglichkeiten bietet, um bei öffentlichen Bauvorhaben Kosteneinsparungen zu erzielen.

Die höchste Kostenbeeinflussbarkeit besteht bei jedem Bauvorhaben in der Projektentwicklungsphase, das heißt in der Grundlagenermittlung und in der Vorplanung eines Projektes. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass eine Vielzahl von Varianten und technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten untersucht und verglichen werden. Das Ergebnis dieser Projektentwicklungsphase muss dann in eine dem Vergaberecht



Rechtsanwalt
Dr. Bernhard Kall
ist Vergaberechts-
experte bei
Willheim Müller
Rechtsanwälte

entsprechende Ausschreibung münden. Bereits für diese erste Phase eines Bauvorhabens, die auch dem Vergaberecht unterliegt, ist eine auf das konkrete Projekt zugeschnittene Ausschreibung, die im Zusammenspiel zwischen Technikern und Juristen erstellt wird, das Um und Auf für ein erfolgreiches Projekt. Das Kosteneinsparungspotenzial in dieser Phase beläuft sich nach einer Studie der EU

auf bis zu 15 Prozent der Gesamtkosten. Wenn man berücksichtigt, dass laut Gemeindefinanzbericht 2009 im Jahr 2008 die Ausgaben für den Straßen- und Wasserbau sowie Verkehr insgesamt einen Betrag von 1.439,739.026 Euro ausgemacht haben, wird deutlich, über welche Summen hier gesprochen wird.

Welche Grundsätze zu beachten sind

Um dieses Kosteneinsparungspotenzial lukrieren zu können, ist es unter anderem notwendig, dass die Vorgaben, die das Vergaberecht für die Gestaltung der Ausschreibung vorgibt, eingehalten werden. Zentrale Grundsätze, die bei der Gestaltung von Ausschreibungen eingehalten werden müssen, sind folgende:

- ▶ Preise müssen von den Bietern ohne umfangreiche Vorarbeiten und ohne Übernahme nicht kalkulierbarer Risiken ermittelt werden können;
- ▶ der Auftraggeber ist zur Verwendung geeigneter Leitlinien, wie Önormen oder standardisierte Leistungsbeschreibungen verpflichtet;
- ▶ die Leistungsbeschreibung muss eindeutig, vollständig und neutral erfolgen, eine Vergleichbarkeit der Angebote muss gewährleistet werden;
- ▶ der Auftraggeber ist verpflichtet, sämtliche Umstände zu beschreiben, die für die Ausführung der Leistungen von Bedeutung sind.

Die Erfahrung zeigt, dass bei Einhaltung dieser Grundsätze die tatsächlichen Gesamtkosten auch in etwa den Angebotspreisen der Bieter entsprechen. Es werden dadurch insbesondere nicht erwartete Kostenüber-

Viel zu wenig wird von Gemeinden auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, nach dem Bestbieterprinzip auszuschreiben. Gemeinden können durch die richtige Wahl der Bestbieterkriterien maßgeblichen Einfluss auf die Ausschreibung nehmen und auch dadurch Kosteneinsparungen erzielen.

schreitungen verhindert. Je professioneller die Ausschreibung gestaltet wird, desto geringer ist auch das Risiko, dass Entscheidungen der Gemeinden von Bietern beeinträchtigt werden. Dadurch kommt es zu keinen Verzögerungen bereits zu Beginn des Projektes, die in vielen Fällen der Auslöser für massive Mehrkosten sind.

Zur richtigen Gestaltung der Ausschreibung gehört auch die richtige Wahl des Vergabeverfahrens. So können derzeit zum Beispiel Bauaufträge bis 100.000 Euro ohne Durchführung eines aufwändigen Vergabeverfahrens mittels Direktvergaben und bis zu einem Wert von einer Million Euro im Rahmen eines nicht offenen Verfahrens ohne vorherige Bekanntmachung ausgeschrieben werden. Viel zu wenig wird von Gemeinden auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, nach dem Bestbieterprinzip auszuschreiben. Gemeinden können durch die richtige Wahl der Bestbieterkriterien maßgeblichen Einfluss auf die Ausschreibung nehmen und auch dadurch Kosteneinsparungen erzielen.

Zusammengefasst ist es für Gemeinden gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten umso wichtiger, das Vergaberecht richtig anzuwenden. Wenn die wesentlichen Grundsätze des Vergaberechts eingehalten werden und Gemeinden die Möglichkeiten, die ihnen das Vergaberecht bietet, richtig nutzen, ist der Grundstein für die erfolgreiche und kostenoptimierte Durchführung eines öffentlichen Auftrages gelegt. Mehr Infos unter www.wmlaw.at

Auswirkungen einer energetischen Sanierung

Energieausweis & Immobilienwert hängen zusammen

Die gesetzliche Verpflichtung, beim Bau, beim Verkauf oder bei der Inbestandgabe eines Gebäudes einen Energieausweis vorlegen zu müssen, hat auch für Gemeinden enorme Folgen. Die Gemeinde hat nämlich nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen, sie nimmt hier auch eine Vorbildrolle ein.

Prof. Gerhard Stabentheiner

Die Ermittlung des Bauwerts des Gebäudes erfolgt aufgrund der üblichen Bewertungsansätze auf Basis der Nutzflächen, wobei bei der Ermittlung der Neuherstellungskosten des Gebäudes die Neubaupreise in Abhängigkeit von der Gebäudeausstattung und dem Fertigstellungsgrad zum Ansatz gebracht werden. Die Fundamentierungskosten und die Kosten der Dachherstellung sind in den Geschosspreisen enthalten. Um zum Zeitwert des Gebäudes zu gelangen, müssen vom Neuherstellungswert des Gebäudes Wertminderungen wegen Baumängel und Bauschäden vorgenommen werden. Die Wertminderung wegen Baualters wird vom ermittelten gekürzten Herstellungswert des Gebäudes in Abzug gebracht. Vom Gebäudesachwert sind Abschläge wegen besonderer wertbeeinflussender Umstände vorzunehmen.

Klar ist, dass die Verfügbarkeit eines Energieausweises und der Inhalt der Prüfung der Liegenschaft Auswirkungen auf den Wert der Immobilie haben.

Wertbeeinflussende Umstände können durch ungünstige Lageverhältnisse, Beeinträchtigungen durch Immissionen, unorganischer Aufbau der Gebäude und durch einen verlorenen Bauaufwand gegeben sein.

Wertminderung infolge des Zustands

Für die Ermittlung des Gebäudesachwerts ist neben dem Alter des Gebäudes dessen baulicher Zustand von großer Bedeutung. Weist ein Gebäude bauliche Unzulänglichkeiten auf, so können dafür verschiedene Ursachen verantwortlich sein. An erster Stelle steht zunächst der normale Verschleiß des Gebäudes. Es liegt auf der Hand, dass ein normaler, altersbedingter Verschleiß eine Minderung des Gebäudesachwerts bewirkt. Dieser Umstand wird bei der Wertminderung wegen Alters berücksichtigt. Dabei geht man grundsätzlich davon aus, dass ein Gebäude seiner Zweckbestimmung entsprechend normal genutzt und regelmäßig baulich in wirtschaftlich vertretbarem Maß unterhalten wird. Manche Gebäude sind jedoch durch Unterbrechung der normalen baulichen Unterhaltung,

durch äußere Einwirkungen oder durch bauliche Mängel in ihrem Wert stärker gemindert als dies in der mehr oder weniger schematischen Abschreibung wegen Alters zum Ausdruck kommt. Diese über den üblichen Verschleiß hinausgehende Verschlechterung des Gebäudezustands muss deshalb durch besondere Abschläge berücksichtigt werden.

Baumängel bestehen seit Baubeginn. Sie sind auf mangelhafte Bauausführung zurückzuführen. Dazu gehören zum Beispiel fehlende Dämmung gegen Schall, Wärme, Kälte, Feuchtigkeit, unzureichende Baustoffe und mangelnde statische Festigkeit. Der Baumangel ist demnach eine Beeinträchtigung des Bauwerks, der durch Fehler bei seiner Errichtung entsteht.

Der Bauschaden kann dagegen als Beeinträchtigung des Bauwerks als Folge eines Baumangels oder als Ergebnis gewaltsamer äußerer Einwirkungen definiert werden. Ein Bauschaden entsteht nach Fertigstellung des Gebäudes durch äußere Einwirkungen unter anderem auch infolge vernachlässigter Bauunter-

Die Erstellung eines langfristigen Sanierungskonzeptes unter Beiziehung ausgewiesener Fachleute könnte den Startschuss für einen zukünftigen Vermögenszuwachs geben.

ten Bauteilen, wie Mauer, Decken, Treppen, Dach erneuert oder verbessert worden ist. Bauliche Maßnahmen an nichttragenden Teilen (zum Beispiel Neugestaltung der Fassade) oder normaler Instandhaltungsaufwand führen zu keiner Verlängerung der Restnutzungsdauer. Die Verlängerung der Restnutzungsdauer zum Beispiel durch Renovierung und Modernisierung bedeutet, dass sich das Gebäude in einem gegenüber dem tatsächlichen Gebäudealter jüngeren Zustand präsentiert. Das Gebäude verjüngt sich fiktiv um die Anzahl der Jahre der Verlängerung der Restnutzungsdauer. Das Gebäude wird mit einem ähnlichen Gebäude vergleichbar, welches später als das zu bewertende Gebäude errichtet wurde. Das Gebäude erhält dadurch ein sogenanntes fiktives Baujahr. Durch Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen kann aber auch der Wert der Wohnung erhöht werden, vor allem dann, wenn eine Standardisierung der Wohnung zum Beispiel durch den Einbau einer Etagenheizung oder durch sanitäre Maßnahmen erfolgt. Der Wert der Wohnung kann auch erhöht werden, wenn zum Beispiel im Gebäude eine Zentralheizung errichtet wird und die einzelnen Wohnungen an diese angeschlossen werden. Durch die Standardisierung der Wohnung kann bei freiwilliger Vereinbarung mit dem Mieter sofort – sicher aber bei einer Neuvermietung – ein höherer Mietzins lukriert werden.

Auswirkungen einer energetischen Sanierung

Bei einer energetischen Sanierung eines Objekts, sei es durch Maßnahmen wie der Aufbringung eines Vollwärmeschutzes, eines Fenstertauschs, Isolierung der obersten Geschossdecke, sei es durch die Überprüfung der Heizanlage, kann der Energieverbrauch gesenkt und damit die Kosten reduziert werden. Es liegt auf der Hand, dass Objekte mit hohem Energieverbrauch schwe-

rer zu verkaufen und noch schwerer zu vermieten sind. Dass auch dem Umweltschutz mit einer thermischen Qualität und einer Effizienz der Energiesysteme Rechnung getragen wird, ist nur ein weiterer Mosaikstein im Zusammenspiel zwischen Werterhöhung, Lebensqualität und Umweltbewusstsein.

Zusammenfassung

Mit dem Energieausweis in der Hand tun Sie vielleicht dem Energieausweisvorlage-Gesetz – EAVG Genüge. Dieser erhöht jedoch nicht den Wert Ihrer Immobilie. Ein integraler Gebäudecheck unter Berücksichtigung nachhaltiger Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten, die von einem engagierten Fachmann angeordnet werden und die Umsetzung der ausgewiesenen Baumaßnahmen durch umsichtige und wirtschaftlich orientierte Gebäudeverantwortliche kann eine Werterhöhung der Immobilie garantieren. Die Erstellung eines langfristigen Sanierungskonzeptes unter Beiziehung ausgewiesener Fachleute könnte den Startschuss für einen zukünftigen Vermögenszuwachs geben.

Mit dem Energieausweis in der Hand tun Sie vielleicht dem Energieausweisvorlage-Gesetz – EAVG Genüge. Dieser erhöht jedoch nicht den Wert Ihrer Immobilie.

haltung. Dazu gehören insbesondere Erschütterungs-, Bergbau-, Kriegs-, Feuer-, Rauch- und Wasserschäden, Holzzerkankungen und Schäden an einzelnen Teilen infolge Verbrauchs.

Bei der Verkehrswertermittlung sind die begrifflichen Unterschiede zwischen einem Baumangel und einem Bauschaden weniger wichtig. Hier kommt es eigentlich nur darauf an, wie sich etwaige bauliche Mängel und Schäden auf den Gebäudewert auswirken.

Verlängerung der Restnutzungsdauer

Eine Verlängerung der Restnutzungsdauer tritt dann ein, wenn das Gebäude in seinen wichtigs-

Fact-Box RFG

Erfahrungsberichte bei der praktischen Umsetzung, Informationen zur Umsatzsteuer bei Gebäudeinvestitionen und FAQ zur Gebäudesanierung finden Sie in der Ausgabe 1/2010 der RFG-Schriftenreihe „Energieausweis für Gemeinden“.



MANZ Bestellservice:
Bacher/Heiss/Klausbrucker/
G. Stabentheiner/Schweyer
Energieausweis für Gemeinden,
RFG-Schriftenreihe
1/2010
ISBN 978-3-214-14506-4
88 Seiten, € 18,80
Tel.: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: bestellen@manz.at



Kommerzialrat
Prof. Gerhard
Stabentheiner ist
allgemein beede-
ter und gerichtlich
zertifizierter Sach-
verständiger

Toller Erfolg für ARA und Kommunen

Sammelleistung trotz Krisenjahr ungebrochen

Die ARA Altstoff Recycling Austria AG gibt Entwarnung. Die Wirtschaftskrise konnte der Sammelleistung der ÖsterreicherInnen nichts anhaben. Durch das optimale Zusammenspiel von ARA, Kommunen, Sammel- und Entsorgungspartnern sowie das Engagement der KonsumentInnen wurde 2009 eine beachtliche Verpackungssammelleistung erzielt.



Damit der Bevölkerung auch in Zukunft ein bequemes Sammelsystem zur Verfügung steht, investiert die ARA als Markt- und Innovationsführer laufend in dessen Optimierung.

Insgesamt blieb die Erfassungsmenge 2009 an Haushalts- und Gewerbeverpackungen mit 824.000 t auf gleichbleibend hohem Niveau wie 2008 (823.000 t). „Dass in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit die heimischen Unternehmen und die Bevölkerung keine Qualitätseinbußen beim Sammelsystem hinnehmen mussten, ist alles andere als selbstverständlich“, weist ARA-Vorstand Dr. Christoph Scharff auf den Erhalt der Entsorgungssicherheit hin. „In anderen Ländern führten die schwierigen Rahmenbedingungen zu massiven Leistungseinschränkungen, insbesondere im Bereich der kostenintensiveren haushaltsnahen Sammlung. In

Österreich konnten wir das gemeinsam mit unseren Partnern aber verhindern.“ Den Beweis liefert ein Blick auf die konsumentennahe Erfassung: Hier gab es im Jahr 2009 mit 450.000 t sogar ein leichtes Plus von 0,9 Prozent (2008: 446.000 t). Im Bundesdurchschnitt lag die Pro-Kopf-Sammelmenge in der Haushaltssammlung für Verpackungen inkl. Altpapier 2009 bei 116,6 kg.

10.000 Umstellungen des Sammelsystems

Damit der Bevölkerung auch in Zukunft ein bequemes Sammelsystem zur Verfügung steht, investiert die ARA als Markt- und

Innovationsführer laufend in dessen Optimierung. Allein im Jahr 2009 wurden im Einvernehmen mit den kommunalen Partnern mehr als 10.000 Änderungen an Sammelbehältern, Standorten oder Abfuhrfrequenzen vorgenommen. Das ARA System stellt der Bevölkerung über 1,400.000 Sammelbehälter zur Verfügung. Darüber hinaus sind 1,433.000 Haushalte an die Sacksammlung für Leichtverpackungen angeschlossen.

Positive Klimabilanz der getrennten Verpackungssammlung

Von den 824.000 t Gesamtmenge wurden 2009 774.000 t verwertet. 86 Prozent davon wurden einer stofflichen Verwertung zugeführt. Der übrige Teil wurde als Ersatzbrennstoff eingesetzt. Die Differenz zur Erfassungsmenge ergibt sich aus planmäßig erfassten Getränkeverbundkartons, mitgesammelten Nicht-Verpackungen und Müll. Verpackungsverwertung ist ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Das geht aus aktuellen Berechnungen der Denkstatt GmbH hervor. Rund 600.000 t CO₂-Äquivalente sparten die Österreicherinnen und Österreicher im letzten Jahr durch die Sammlung und Verwertung von Verpackungen und leisteten so einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.

Information

Altstoff Recycling Austria AG
Mariahilfer Straße 123
1062 Wien
Tel.: 01/599 97-0
Fax: 01/595 35 35
E-Mail: araag@ara.at
www.ara.at

Informationsoffensive gegen zu hohe Energiekosten geht in die zweite Runde

Bezahlen auch Sie zu viel für Strom und Gas?

Anfang dieses Jahres hat die E-Control gemeinsam mit dem Gemeindebund eine Informationsoffensive gestartet, um die Österreicherinnen und Österreicher auf die Einsparmöglichkeiten im Energiemarkt aufmerksam zu machen. Das Feedback war enorm – der Informationsbedarf der Österreicherinnen und Österreicher ungebrochen hoch. Daher bemühen sich E-Control und der Gemeindebund weiter darum, den Bürgerinnen und Bürgern beim Sparen zu helfen.

Wie groß der Bedarf an objektiven Informationen der Österreicherinnen und Österreicher hinsichtlich der Senkung ihrer Energiekosten ist, haben die Aktivitäten Anfang des Jahres gezeigt: Kaum erreichten die Informationen zu Einsparmöglichkeiten bei Strom und Gas über die Gemeindemedien die Haushalte, schon registrierte die E-Control einen Anstieg sowohl bei den Zugriffen auf den Tarifikalkulator auf der Website als auch bei der Anzahl der Anrufe an der Energie-Hotline.

Jeder sollte sich sehr genau anschauen, wo Energie am günstigsten ist. Die E-Control hilft dabei.

Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



„Der liberalisierte Energiemarkt in Österreich bringt für die Konsumenten viele Vorteile – ein zentraler Vorteil ist, dass nicht jede Energiepreiserhöhung hingenommen werden muss, denn der Strom- bzw. Gaslieferant kann frei gewählt werden. Damit die Konsumenten jedoch eine bewusste Entscheidung treffen können, benötigen sie objektive und umfangreiche Informationen. Denn nur informierte Kunden können ihre Rechte im



Nicht jede Energiepreiserhöhung muss vom Kunden hingenommen werden – der Strom- und Gaslieferant kann frei gewählt werden.

DI Walter Boltz, Geschäftsführer E-Control

freien Strom- und Gasmarkt aktiv wahrnehmen“, erklärt DI Walter Boltz, Geschäftsführer der Energie Control GmbH. Ein Wechsel des Energielieferanten zahlt sich nach wie vor aus – es sind immer noch rund EUR 180 Ersparnis beim Wechsel des Strom- und Gaslieferanten möglich. „Wir sind kontinuierlich bemüht, die Interessen der Kunden mit Nachdruck zu vertreten und ihnen alle wichtigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Mit Hilfe der Gemeinden haben wir hinsichtlich unserer Informationsarbeit einen großen Schritt vorwärts gemacht – diesen Weg wollen wir auch in Zukunft gehen“, so Boltz weiter. Überzeugt von der guten Zusammenarbeit zeigt sich auch Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes: „Als Bürgermeister und bürgernächste Verwaltungseinheit wollen wir den Menschen

gerade in Zeiten wie diesen beim Sparen helfen. Jeder sollte sich sehr genau anschauen, wo Energie am günstigsten ist. Die E-Control hilft dabei.“

Informationsservice der E-Control wird ausgebaut

Als unabhängiger Ansprechpartner rund um Energie ist die E-Control darum bemüht, Österreichs Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten eines Wechsels des Strom- bzw. Gaslieferanten zu informieren, bei etwaigen Problemen hinsichtlich der Energierechnung zu helfen oder auch über Möglichkeiten, Energie zu sparen aufzuklären. Die Serviceleistungen werden auch im Jahr 2010 ausgebaut: So wird der Tarifikalkulator neu überarbeitet, um ein noch besseres und individuelleres Informationsangebot für alle User zu bieten. Der Preismonitor wird ebenfalls neu gestaltet, um den Konsumenten einen noch besseren Überblick über die Preise zu ermöglichen. Als neues Tool wird ein Gesamtenergieeffizienz-Kalkulator eingerichtet, der es den Endkunden ermöglichen soll, ihren eigenen Verbrauch zu berechnen und sich folglich ihrer Einsparungsmöglichkeiten bewusst zu werden. Auch beim Thema Rechnungen will die E-Control für mehr Transparenz und Verständnis sorgen.

Information

Energie-Control GmbH
Rudolfsplatz 13 a
1010 Wien
Tel.: 01/247 24-0
Fax: 01/247 24-900
Mail: office@e-control.at
Web: www.e-control.at
Hotline: **0810/10 25 54**
(0,044 Euro/Minute)

So gibt Ihre Gemeinde Kindern mehr Sicherheit im Straßenverkehr!

- ▶ Die bestens bewährte Info-Broschüre: Jetzt neu erschienen.
- ▶ Erstellt von Experten des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV).
- ▶ Bringt Kindern spielerisch und altersgerecht richtiges Verhalten im Straßenverkehr näher.
- ▶ Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund
- ▶ Eine wirkungsvolle Aktion Ihrer Gemeindevertretung
- ▶ Mit Bürgermeister-Foto – ohne Mehrkosten!
- ▶ Zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10 % MWSt



Bestellungen bitte an: verkehrserziehung@kommunal.at

Liegenschaftsentwicklung für Gemeinden

IMMORENT schafft neues Wohngebiet für Mistelbach

Die Liegenschaftsentwicklung der IMMORENT ermöglicht Gemeinden die optimale Vorbereitung infrastruktureller Maßnahmen für Wohn- oder Gewerbegebiete. KOMMUNAL sprach darüber mit IMMORENT-Geschäftsführerin Brigitte Bruckmüller, dem Leiter des Bereichs Kommunalleasing der IMMORENT, Alexander Weisert, und dem Leiter der Abteilung für die Öffentliche Hand in der Erste Bank, Stefano Massera.

Was versteht man konkret unter einem Liegenschaftsentwicklungsmodell?

Bruckmüller: Meistens ist es so, dass eine Gemeinde entweder bereits Liegenschaften hat, die sie entwickeln will, oder sie möchte sich eine Liegenschaft sichern, wo man Entwicklungsmöglichkeit erwartet. Das kann ein Wohnbauprojekt oder ein Gewerbegebiet sein. Wenn sie dazu kein eigenes Geld in die Hand nehmen will, muss sie sich einen Partner suchen, der das macht. Natürlich könnte die Gemeinde die Liegenschaft auch an einen Projektentwickler verkaufen, allerdings hätte sie dann keine Möglichkeit mehr zur Mitgestaltung. Daher ist es sinnvoll, wenn wir die Liegenschaft erwerben – entweder von der Gemeinde oder von einem Dritten – und das Projekt finanzieren. Dabei können wir unser Know-how, sei es technischer Art oder bei rechtlichen und steuerrechtlichen Fragen, einbringen. Auch die Gründung einer eigenen Projektgesellschaft ist möglich. In Abstimmung mit der Gemeinde kümmern wir uns dann um die Aufschließung des Projekts, also die Schaffung der nötigen Infrastruktur, etwa das Anlegen von Straßen.

Bei der Vermarktung des Projekts nutzen wir die Möglichkeiten der Bank bzw. Sparkasse vor Ort. Der Verkaufspreis wird

dann auf der Basis von Planrechnungen nach Rücksprache mit der Gemeinde festgelegt. Ziel ist es, dass das Projekt aus dem Verkauf der Liegenschaft finanziert wird. Das bedeutet, dass für die Gemeinde keine Kosten entstehen sollten.

Massera: Das unbebaute Grundstück wird also – teilweise von der Gemeinde und teilweise

von Privaten – an die IMMORENT verkauft. Eine der Herausforderungen ist ja, dass man zunächst eine einheitliche Fläche hat, über die man einen Masterplan legen kann. Gerade bei den zu errichtenden Einfamilienhäusern kommt am Ende des gesamten Prozesses wieder die Bank vor Ort ins Spiel, da sie die Finanzierung übernehmen kann.

Wie kam es zu dem Liegenschaftsentwicklungsprojekt in Mistelbach?

Massera: Zur Stadtgemeinde Mistelbach gibt es seit vielen Jahren gute Kontakte durch die dortige Erste-Filiale (vormals Sparkasse). Aufgrund der regelmäßigen Kontakte zu Gemeindevertretern kam man auf das Thema Liegenschaftsentwicklung. Die Gemeinde hatte Be-



Alexander Weisert und Brigitte Bruckmüller (beide IMMORENT), Stefano Massera (Erste Bank): Enge Kooperation von Bank und Leasinggesellschaft bei der Projektumsetzung.

darf nach einem Partner, der sich darum kümmert, dass ein Projekt umgesetzt wird. Hier konnten wir die Kenntnisse der Filiale vor Ort mit dem Immobilien-Know-how der IMMORENT optimal verbinden.

Um was für ein Projekt handelt es sich in Mistelbach?

Weisert: Wir wollen dort alle Arten von Wohnraum schaffen. Dazu haben wir fünf Hektar Grundstücke anzukaufen. Geplant sind dort sowohl Parzellen für Einfamilienhäuser als auch für großvolumigen Wohnbau. Letzteres in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften. Von den 50.000 m² bleiben zwei Drittel zur Verwertung übrig. Ein Drittel der Fläche ist nicht verkäuflich; das sind Wege, Erschließungsstraßen und Grünflächen. Außerdem gibt es bei dieser Liegenschaft noch ein Konzept für oberflächennahe Entwässerung, das ebenfalls die verwertbare Fläche etwas verringert.

In Mistelbach herrscht großer Bedarf an Wohnraum, vor allem für jüngere Menschen. In Abstimmung mit der Gemeinde wurde festgelegt, dass das Wohnen leistbar und ökologisch sein soll.

Was sind die nächsten Schritte?

Weisert: Spatenstich ist am 24. Juni. Wichtig ist natürlich auch die Kommunikation des Konzepts. Hier arbeiten wir eng mit der Stadtgemeinde zusammen. Grundsätzlich liegt die Entscheidungskompetenz natürlich bei der IMMORENT, aber der Stadtrat wird quartalsweise über den aktuellen Stand des Projekts informiert.

Die Errichtung der kompletten Infrastruktur wird von uns ausgeschrieben. Das wäre zwar rechtlich nicht zwingend notwendig, trotzdem wollen wir im technischen Bereich die besten Angebote herausfiltern. Insofern sind wir also ein unabhängiger, neutraler und fachkundiger Partner.

Worin liegt nun konkret der Vorteil für die Gemeinde?

Bruckmüller: Die Gemeinde muss kein Geld in die Hand nehmen. Sie kann ihr Gemeindege-



In Mistelbach sollen Einfamilienhäuser und mehrgeschossige Wohnbauten entstehen.

biet weiter entwickeln und hat Bevölkerungszuwachs, was sich natürlich positiv auf die Kommunalsteuern auswirkt.

Ziel ist es, dass das Projekt aus dem Verkauf der Liegenschaft finanziert wird. Das bedeutet, dass für die Gemeinde keine Kosten entstehen sollten.

IMMORENT-Geschäftsführerin
Brigitte Bruckmüller

Was hat die IMMORENT davon?

Weisert: Im Gegensatz zu „normalen“ Projektentwicklern haben wir keine Renditeerwartung. Wir sehen dieses Modell als Finanzierungsprodukt mit

erweiterter Dienstleistung und verdienen an der Finanzierungs- und der Dienstleistungstangente sowie am Folgegeschäft. Das Projekt ist dann gut gelaufen, wenn wir die Gesellschaft an die Gemeinde übergeben können, ohne dass für die Gemeinde weitere Kosten entstehen.

Information

IMMORENT AG
Mag. Brigitte Bruckmüller
Tel.: 05 0100 - 27576
E-Mail:
Brigitte.Bruckmueller@immorent.at
www.immorent.at

A black and white photograph of a cemetery path lined with gravestones and trees. The path is covered in fallen leaves and leads into the distance, flanked by rows of various gravestones. The trees are bare, suggesting a late autumn or winter setting. The overall mood is somber and quiet.

Der Friedhof – wichtige kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge

... **bis zur Bahre**

Der Tod wird zwar immer als Teil des Lebens bezeichnet, in Wahrheit trifft er die Angehörigen aber meist unvorbereitet. Und wenn der Fall eintritt, dann sind die Mitarbeiter in den Gemeinden die ersten, die Auskunft geben und Rede und Antwort stehen können/müssen. Immer öfter werden auch sie konfrontiert mit eigenwilligen bis skurrilen Wünschen, was Bestattungen betrifft.

Mag. Hans Braun

Gleich vorweg: Österreichweit gibt es neun Bundesländer und dementsprechend neun „Bestattungsgesetze“, die unterschiedlich genannt, definiert, zugeordnet sind. Was in einem Bundesland gilt, muss im anderen nicht stimmen. Auch was die Bekanntgabe-Rahmen betrifft, ist nicht alles gleich. Ist die Bestattungsfrist in der Steiermark 72 Stunden ab Freigabe der Leiche, darf es in Wien fünf Tage dauern. Zusätzlich gibt es natürlich von Kommune zu Kommune unterschiedliche „Friedhofsbestimmungen“, mitunter sogar spezielle „Bestimmungen für den Urnenfriedhof“. Hier die Unterschiede und Besonderheiten aufzuzeigen, würde den Rahmen sprengen. Aber nicht nur die Termine und Bestimmungen machen den Gemeinden zu schaffen, allein die verschiedenen Arten der Bestattung stellt die Kommunen vor Herausforderungen.

Die Formen der Bestattung

Da die katholische Kirche den Begräbnisritus für Erd- und Feuerbestattungen gleichgestellt hat, nehmen römisch-katholische Priester auch bei Kremationsfeiern Einsegnungen vor. Dementsprechend sind „traditionelle“ Bestattungen solchen mit Urnen gleichgestellt. Allenfalls ist aus Sicht der Friedhofsbetreiber zu bedenken, dass etwa Urnenwände deutlich weniger

Platzbedarf haben. Zudem ist es – unter teils strengen Auflagen, meist mit Einzelgenehmigungen – auch erlaubt, Urnen zu Hause aufzubewahren. Dem gewachsenen Umweltbewusstsein wird mittlerweile auch Rechnung getragen durch die „biologisch abbaubare Öko-Urne“ (© Bestattung Wien).

Was oft gefragt wird, in Österreich aber rechtlich noch nicht möglich ist, ist die Bestattung in Gewässern – die Seebestattung. Diese bei seefahrenden Nationen eher übliche Bestattungsart kann hierzulande meist nur in Kooperation mit ausländischen Bestat-

Bei Seebestattungen wird die Asche in einer speziellen Seeurne aus auflösbarem Material nach den seemännischen Bräuchen dem Meer übergeben.

tern erfolgen. Dafür wird die Asche in einer speziellen Seeurne aus auflösbarem Material nach den seemännischen Bräuchen dem Meer übergeben. Der Kapitän spricht dabei die Trauerrede. Die genauen Koordinaten der Position der Seebestattung werden in das Schiffslogbuch eingetragen, und auf Wunsch erhalten die Angehörigen eine Urkunde mit diesen Koordinaten und einen Auszug aus dem Logbuch.

Ein „Juwel von Mensch“

Eine der eher skurrilen Formen der Bestattung, mit der Gemeinden eher selten zu tun haben werden, ist der Erinnerungsdiamant. Er besteht aus der Asche der/s Verstorbenen und entsprechen in der Natur vorkommen-

Was der Friedhofsbetreiber bedenken kann, ist der geringere Platzbedarf einer Urnenwand im Vergleich zu herkömmlichen Gräbern.

den Edelsteinen. Sie entstehen in einem mehrmonatigen Prozess, bei dem die Asche des Verstorbenen unter hohem Druck und bei hoher Temperatur in einen Diamanten umgewandelt wird. So ein Diamant ist weiß bis bläulich. Die Rohdiamanten werden dabei meist in Handarbeit geschliffen und poliert. Verschiedene Schriffe und unterschiedliche Formen sind möglich. Die Steine können sogar mit einer Gravur versehen werden. Auch die Anfertigung eines Fingerabdrucks eines geliebten Menschen ist möglich. Dieser ist auf der Welt einzigartig, und so ist auch dieses Erinnerungsstück einzigartig. Hergestellt werden kann der Fingerabdruck in Silber und Gold, auch eine Gravur ist möglich. Eine dezente Variante des Fingerabdrucks ist jene in einem geschlossenen Amulett. Auch die „altherwürdige“ Totenmaske ist wieder im

Kommen. Meist geht der Anfertigung der Totenmaske eine sogenannte thanatopraktische Behandlung voraus. Thanatopraxie bedeutet die kosmetische Konservierung des oder der Verstorbenen für wenige Wochen. In den USA etwa ist das bereits Standard. Angehörige können sich so am offenen Sarg verabschieden.

Conclusio

Selbst wenn das meiste an Behördenwegen durch den Bestatter vor Ort (es muss aber nicht unbedingt der ortsübliche sein) professionell erledigt wird, bleibt den Gemeinden immer noch eine Menge an rechtlichen Dingen zu tun. Eines ist jedenfalls sicher verboten: Man darf in Österreich nicht, wie vergangenen Winter in Wien geschehen, vom Riesenrad aus die Asche eines Verstorbenen auf die Häupter der Passanten verstreuen.

Qualitätsprodukte für die Friedhofsausstattung

Hohe Symbolkraft mit Kreuzstelen von Paul Wolff

Mit den beeindruckenden Kreuzstelen baut der Spezialist für Friedhofsausstattung PAUL WOLFF sein Sortiment an Urnenstelen weiter aus. Das Kreuz, eines der Hauptsymbole des Christentums, ist integrativer Bestandteil der Stelen und gleichzeitig das herausragende Gestaltungselement. Die zweireihig angeordneten Urnenstelen sind mit einer witterungsbeständigen, kreuzförmigen Aluminiumkonstruktion verbunden. Wie alle Urnenstelen gibt es die Kreuzstelen in neun verschiedenen hochwertigen, von Hand gestockten Außenflächen. Da PAUL WOLFF mit dem RAL-Gütezeichen 502/3 für Urnenbestattungssysteme zertifiziert



ist, entsprechen die Kreuzstelen den sehr strengen Normen der deutschen RAL-Gütegemeinschaft Friedhofssysteme e. V. Das gilt für die Materialbeschaffenheit der Stelen ebenso wie für die optimale Be- und Entlüftung der Kammern und die leichte Handhabung mit den Kammer-Verschlussplatten.

Information

PAUL WOLFF GmbH
Monschauer Straße 22
D-41068 Mönchengladbach
Tel.: +49 (0) 2161/930 3
Fax: +49(0) 2161/930 599
Mail: info@paulwolff.de
Web: www.manufaktur.paulwolff.de

E.F.



INVESTMENTBANK AG

www.hypoinvest.at

Für alle Gemeinden, die von ihrer Bank mit Sicherheit mehr erwarten

Hohe Sicherheit. Eine Qualität, auf die Sie sich verlassen können. Gerade in Zeiten wie diesen. Und das seit nicht weniger als 120 Jahren in Niederösterreich und Wien. Exzellente Beratung ist der Anspruch des NÖ HYPO Investmentbank-Konzerns - und ein Unternehmenswert, auf den Sie bauen können.

Das Mutterinstitut, die HYPO Investmentbank, sowie NÖ HYPO Leasing und NÖ Real-Consult sind die Spezialisten für **Großkunden auf Landes- und Gemeindeebene**.

Weiters bietet die Finanzgruppe mit ihrer Tochterbank

HYPO Landesbank für Niederösterreich und Wien eine kompetente Universalbank mit 28 Filialen für **Private, Freiberufler sowie Klein- und Mittelbetriebe**.

Rechnen Sie mit uns, wenn es um maßgeschneiderte Finanzierungs-konzepte für kommunale Projekte geht, verlassen Sie sich auf Profis, wenn es um zukunfts-sichere Veranlagungsstrategien für Kommunen und Institutionen geht. Lösungskompetenz aus einer erfahrenen Hand. Nicht nur die öffentliche Hand ist hier finanziell in besten Händen.



Überzeugen Sie sich - am besten in einem persönlichen Gespräch:
telefonisch unter +43 2742 4920-1250 oder per E-Mail an: johannes.kern@hypoinvest.at

Moderne Personalarbeit in Gemeinden

Pflicht oder Kür?

Franz ist auf der Suche nach einer neuen beruflichen Herausforderung und beginnt im Online-Stellenmarkt zu recherchieren. Dabei stößt er auf eine Jobanzeige auf Facebook, die ihm ein Freund empfohlen hat. Er sendet Motivations schreiben und Lebenslauf per E-Mail an die Personalabteilung.

Sowohl bei Gemeinden als auch bei Unternehmen gilt es, die Beziehungsqualität zwischen Führungskräften und Mitarbeitern zu entwickeln.

Zwei Wochen später erhält Franz eine Einladung zu einem zweitägigen Recruiting-Event in den Alpen. Zahlreiche Führungskräfte sind anwesend und erhalten damit von den Kandidaten ein besseres Bild. Denn die fachliche Qualifikation bildet nur die Basis der Anforderung. Das Unternehmen sucht nach persönlichen Qualitäten. Eine besonders ausgeprägte Form des gegenseitigen „Kulturchecks“. Einen Monat später erhält Franz die Zusage. Bei seinem ersten Mitarbeitergespräch nach vier Wochen erhält er von seinem Vorgesetzten konstruktives Feedback und kann bereits Verbesserungsvorschläge und eigene Ideen einbringen. Franz fühlt sich sichtlich wohl, hat Vertrauen in seinen Arbeitgeber gewonnen und ist für seine nächsten Aufgaben motiviert.

Ein Bild der Wirklichkeit?

Zugegeben, die handelnde Person und Geschichte sind frei erfunden. Allerdings beruhen die Personalmaßnahmen auf wahren Begebenheiten. Viele Arbeitgeber sind auf der Suche nach idealen Kandidaten, nach der „Ausbildung“ engagierter Mitarbeiter und die langfristige Bindung dieser an die eigene Organisation. Jedoch sind viele Mitarbeiter nicht zufrieden. Eine Gallup-Studie bestätigt dies: Zwei Drittel aller Beschäftigten sind „wenig“ oder „nur gering“ emotional an ihren Arbeitgeber ge-

bunden. Hauptursache für die Unzufriedenheit ist das schlechte Management. Viele Mitarbeiter haben das Gefühl, von ihren Vorgesetzten nicht respektiert zu werden und dass ihre Meinungen und Ansichten kaum Gewicht haben. Personalleiter ha-

Jede Organisation wird von Menschen und Prozessen geprägt, die Ziele und Aufgaben einer Organisation erfüllen und dies im Rahmen von Prozessabläufen erledigen.

ben damit begonnen, ihre Arbeit zu professionalisieren. Können Personalmaßnahmen und eine gute „Unternehmenskultur“ tatsächlich Einfluss auf die Motivation der Mitarbeiter nehmen? Ist eine Bindung von Mitarbeitern an ihren Arbeitgeber nicht ausschließlich privatwirtschaftlichen Unternehmen vorbehalten?

Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede

Jede Organisation wird von Menschen und Prozessen geprägt. Menschen, die Ziele und Aufgaben einer Organisation erfüllen und dies koordiniert im Rahmen von definierten Prozessabläufen erledigen. Die Aufgabe jeder Führungskraft ist es, beide Faktoren zu „managen“. Dies ist in Gemeinden und Unternehmen in großem Maße vergleichbar: In beiden Fällen gilt es, die Beziehungsqualität zwischen

Führungskräften und Mitarbeitern zu entwickeln. Denn: zufriedene und motivierte Mitarbeiter schaffen erwiesenermaßen eine bessere Leistung für den Kunden und somit zufriedeneren Kunden. Bei geringer Arbeitszufriedenheit sind hingegen höhere Fehltagel, Fluktuation und niedriges Engagement an der Tagesordnung. Personalarbeit im Sinne einer modernen Personalverwaltung und Personalführung kann Abhilfe schaffen. Die Personalverwaltung kann computerunterstützt den administrativen Aufwand deutlich reduzieren und Arbeitsprozesse effizienter gestalten. Eine umsichtige Personalführung, welche die Entwicklung von Führungskräften und Mitarbeitern gleichermaßen fördert, kann eine Führungskultur schaffen, die auf Vertrauen basiert. Ideen aus der Privatwirtschaft könnten Gemeinden dabei Anregungen geben. Regelmäßige Mitarbeitergespräche, anonyme Mitarbeiterbefragungen oder 360° Führungsfeedbacks können helfen, Stärken und Handlungsfelder für die Personalarbeit identifizieren, um Verbesserungen zielgerichtet zu ermöglichen. P&I plädiert, die Pflicht mit der Kür zu verbinden.

Information

P&I GmbH
Ares Tower
Donau-City-Straße 11
1220 Wien
Tel.: +43 (1) 260 39 141
E-Mail: mpitzl@pi-ag.com
Web: www.pi-ag.com

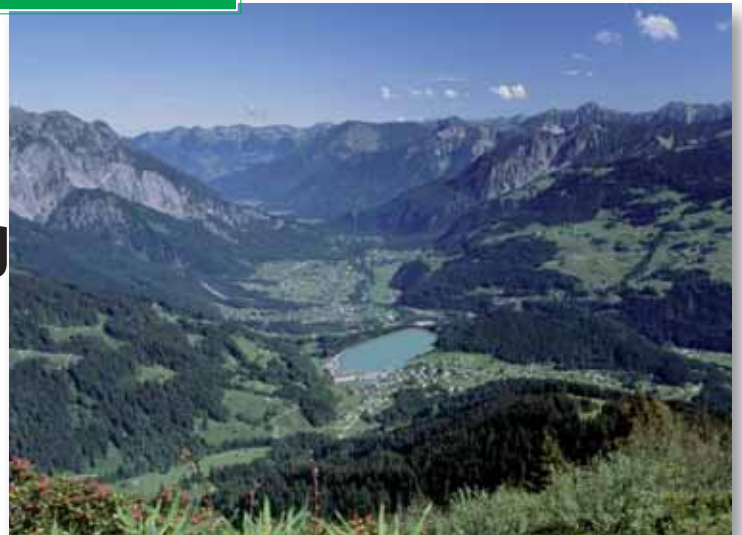
Gemeindezusammenarbeit: Region eint sich

Montafoner Gemeinden teilen sich Bauverwaltung

SCHRUNS

Im Gemeindeamt Schruns werden nun auch noch die baulichen Entscheidungen von drei anderen Kommunen getroffen. Die Gemeindekooperation wurde dank der Unterstützung des Landes Vorarlberg realisiert, da derartige Vorhaben von der Landesregierung besonders gefördert werden, wie Landeshauptmann Herbert Sausgruber betont. Die „Bauverwaltung Montafon“, welche seit Anfang 2010 besteht, ist eine Kooperation zwischen den Ge-

meinden Schruns, St. Gallenkirch, St. Anton im Montafon und Lorüns und hat ihren Sitz im Gemeindeamt Schruns. Sie wird vom Land mit insgesamt 100.000 Euro verteilt auf fünf Jahre gefördert. Für die Landesregierung ist es wichtig, dass Gemeinden zusammenarbeiten. „Gerade für kleinere Gemeinden, deren personelle und organisatorische Ressourcen beschränkt sind, ist es sinnvoll, bei komplexen Materien wie etwa dem Baurecht die Kompetenzen zu bündeln und Synergien zu nut-



Das Montafon zeigt Initiative in Sachen Gemeindekooperation. Die Bauverwaltung Montafon will Bauangelegenheiten, Überprüfungen und Genehmigungen schnell und effizient bearbeiten.

zen“, so Sausgruber. Jedoch sollen sich die Gemeinden selbstständig dazu entscheiden, denn für Sausgruber ist wichtig, dass die interkommunale Zusammenar-

beit auf einem Konsens zwischen den Gemeinden beruht und nicht von oben herab diktiert wird – unabhängig davon, in welchem Bereich sie stattfindet.



Feuerwehrmänner sollen im Einsatz auch mit dem B-Führerschein Fahrzeuge über 3,5 Tonnen lenken dürfen.

Neu: Feuerwehrmänner mit Ausnahmeregelung

Rechtssicherheit für die Feuerwehren

WIEN

Um Löschfahrzeuge und technisches Gerät rasch an den Einsatzort zu bringen, standen manche Feuerwehren vor dem Problem, nicht genügend Lenker mit Führerschein C schnell vor Ort zu haben. „Nun gibt es erste Anzeichen für ein Einlenken von Verkehrsministerin Doris Bures“, zeigte sich der ÖVP-Feuerwehrsprecher Abg. z. NR Jakob Auer erfreut über die Ankündigung der Ministerin, so rasch wie möglich eine Gesetzesänderung einzubringen.

„Das Problem war bzw. ist ja schon seit längerem bekannt“, verweist Auer auf das Drängen von Feuerwehr und Volkspartei hin, eine Ausnahmeregelung für die Freiwilligen Feuerwehren im Führerscheingesetz für das Lenken von Einsatzfahrzeugen auch über 3,5 Tonnen mit dem Führerschein B zuzulassen. Wenn dazu auch gesetzliche Änderungen notwendig sind, bedarf es der raschen politischen Initiative“, hofft Auer auf eine rasche Regelung schon ab kommenden Jahr.

Neues Gesetz

Alle Schusswaffen werden registriert

WIEN

Eine neue Regelung im Schusswaffengesetz wurde nun im Nationalrat beschlossen. Laut EU-Vorgabe müssen alle Waffen in einem Computergestützten Waffenregister vermerkt werden. In Zukunft wird es nur noch drei Kategorien von Waffen geben: verbotene, genehmigungspflichtige und andere Schusswaffen. Alle sind registrierungspflichtig, dies geschieht direkt beim Verkäufer. Bisherige Registrierungen bleiben bestehen.



Das österreichische Bürgermeister-Fußballteam beim Spiel in Holland. Mit 4:0 kehrten sie heim.

Sensationell: Nach Freundschaftsmatch sechs Tore für Bürgermeister-Team

Chefpartie für Gemeinde-Kicker in Holland

BREDA

Unter dem Motto: „Sport- und Kulturfest“ war das österreichische Bürgermeister-Fußballteam nach Holland eingeladen, um an den Festlichkeiten anlässlich „65 Jahre Befreiung Hollands“ in Breda teilzunehmen.

Neben der Bürgermeister-Reisegruppe war auch die Musikkapelle Mils bei Imst (Tirol) mit Vertretern des Tourismusverbandes Tirol-Mitte und eine Fußball-Aus-

wahlmannschaft aus dem Tiroler Oberland (Team Lanka Tirol) bei dieser Reise dabei.

Auf dem Sportplatz der belgischen Militärakademie wurde ein Fußballspiel gegen eine belgische EU-Auswahl ausgetragen. Das rasige Spiel wurde vom österreichischen Fußballteam mit 2:1 gewonnen. Die Tor-schützen waren: Bernhard Deutsch, Strem (Bgd.), und Franz Gallop, Stams (T). Der Höhepunkt war das

Fußballspiel der Bürgermeister aus den Niederlanden gegen das österreichische Fußballteam. Im Stadion des Fußballklubs „Baronie Breda“ übergab die Delegation vor Spielbeginn einen Scheck von 2000 Euro (mitgesponsert von der WKO) an die Niederländische Lepra-Stiftung. Das Spiel endete mit einem sensationellen 4:0-Sieg der österreichischen Bürgermeister-Nationalmannschaft.

Vorstandswahl

Gemeindetag im Ländle

SCHLINS

Der Vorarlberger Gemeindetag findet heuer am 8. Oktober in Schlins statt. Damit wird auch die Tradition fortgesetzt, den Gemeindetag möglichst abwechselnd in verschiedenen Regionen abzuhalten. Im Zentrum des Gemeindetages stehen die Wahl des Präsidiums, der Vertreter im Vorstand des Vorarlberger Gemeindeverbandes, der Rechnungsprüfer sowie der Vertreter beim Österreichischen Gemeindebund. Die Regionalsprecher werden sich in den nächsten Wochen in den Regionen mit den Gemein-den beraten.

2010

Sie ist ganz in der Nähe:
www.kommunal.at/kommunalmesse

Erweiterung

Windkraft wird ausgebaut

SCHARNDORF

Nach einem dreieinhalb Jahre dauernden Stillstand im Ausbau der Windkraft wird nun im Windpark Scharndorf wieder eine Windkraftanlage gebaut. Weiter Anlagen warten. Im Burgenland sei der Ausbau um 500 Megawatt, in Niederösterreich um 280 Megawatt teils genehmigt, teils geplant. In NÖ werden jetzt rund 10 Prozent des Stroms aus Windkraft genutzt, im Burgenland sind es bereits an die 50 Prozent.

Vielfalt: Ein Tag im Zeichen der Nationalparks Österreichs mit vielen Entdeckungen

3000 Arten, 2000 Besucher und 200 Forscher

ÖSTERREICH

Als Höhepunkt und Abschluss der Woche der Artenvielfalt fand in den sechs österreichischen Nationalparks der Geo-Tag der Artenvielfalt statt. Viel bisher Unentdecktes stand dabei im (Rampen-)Licht. „Am Geo-Tag der Artenvielfalt haben unsere sechs Nationalparks gezeigt, wie überraschend, actionreich und unvergesslich hautnahe Naturerlebnisse sein können. Wir müssen Österreichs Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten für nachkommen-



Die Smaragdeidechse findet sich im Nationalpark Thayatal.

de Generationen genauso schützen wie Kulturgüter. Die Menschen sollen sich dessen bewusst sein und aktiv mittun“, betonte viel-

faltleben-Kampagneninitiator Umweltminister Niki Berlakovich. Weitere Bilder finden Sie auf www.artenvielfalt.eu

Gemeindezusammenlegung ist kein Allheilmittel gegen die Krise, aber:

Mehr Solidarität unter den Gemeinden ist künftig nötiger

Gemeindebund-Vizepräsident Bürgermeister Mag. Alfred Riedl nimmt im KOMMUNAL-Interview zu den Forderungen nach Gemeindezusammenlegungen, möglichen Einsparungspotenzialen und eine momentan vor allem in Niederösterreich emotional geführten Debatte um die Bezüge der Bürgermeister Stellung.

Mag. Sotiria Tauchner

In der finanziell angespannten Situation der Gemeinden werden immer wieder Forderungen nach Gemeindezusammenlegungen laut. Ist das die Lösung des Problems?

Die Lösung für sinkende Einnahmen der Gemeinden können nicht Gemeindezusammenlegungen sein. Damit ist kein Geld zu holen. Es muss endlich mit der Mär rund um Gemeindezusammenlegungen aufgeräumt werden, dass größer billiger heißt. Aktuelle Studien belegen mit ihren Zahlen deutlich, dass beispielsweise die Verwaltungskosten in größeren Gemeinden doppelt bis dreimal so hoch sind als in kleinen Gemeinden. Aber auch die Anzahl der Mitarbeiter und die Personalkosten steigen mit der Gemeindegröße: Gemeinden mit einer Größe von bis zu 2500 Einwohnern beschäftigen im Durchschnitt acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro 1000 Einwohner. Je größer die Einwohnerzahl einer Gemeinde ist, desto höher steigt dieser Wert an. Gemeinden zwischen 10.000 und 20.000 Einwohner beschäftigen durchschnittlich schon 15 Mitarbeiter je 1000 Einwohner. Das zeigt ganz deutlich, dass der Kontakt zum Bürger in kleineren Gemeinden viel besser und daher auch die Freiwilligenarbeit stärker ausgeprägt ist. Und bei den Ausgaben für Personal verhält es

Während in kleinen Gemeinden nur 299 Euro pro Einwohner und Jahr für Personal ausgegeben werden, sind es in Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner schon durchschnittlich 765 Euro.

sich nicht anders: Während in kleinen Gemeinden nur 299 Euro pro Einwohner und Jahr für Personal ausgegeben werden, sind es in Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner schon durchschnittlich 765 Euro pro Einwohner und Jahr. Da soll noch einmal jemand sagen, dass Gemeindezusammenlegungen Kosteneinsparungen bringen.

Welche Möglichkeiten haben die Gemeinden sonst, Einsparungen zu tätigen?

Den Gemeinden wird immer wieder bescheinigt, dass sie sehr gut, sehr sparsam und vor allem verantwortungsbewusst und extrem bürgerfreundlich wirtschaften (siehe auch Bericht auf Seite 20 dieser Ausgabe). Das bestätigt uns immer wieder der inner-österreichische Stabilitätspakt mit einem ausgeglichenen Haushalt. Deswegen weise ich die Kritik, die Gemeinden arbeiten misswirtschaftlich, aufs schärfste zurück. Tatsache ist allerdings, dass wir da und dort nein sagen lernen müssen. Denn die Lösung des derzeitigen Problems kann es nicht sein, noch mehr Schulden zu machen oder gar den FAG aufzuschnüren. Die Prognose

sagen uns, dass es in den nächsten zwei Jahren sehr schwierig für die Gemeinden wird. Da ist eisernes Sparen angesagt. Dennoch bin ich überzeugt, dass die Gemeinden ihre Aufgaben meistern werden. Dazu bedarf es vor allem an Solidarität der Gemeinden. Und zwar jener, die sich in Gunstlagen befinden, zu denen, die nicht so begünstigt sind. Die angespannte Situation bringt es auch mit sich, dass Gemeindekooperationen stärker gefragt und eingegangen werden müssen.

Gemeindekooperationen haben sich eine zeitlang nur sehr schleppend entwickelt. Haben die Kommunen jetzt die Vorteile erkannt? Interkommunale Zusammenarbeit findet nicht am Unwillen der Gemeinde ihre Grenzen, sondern war immer dort möglich, wo der Nutzen auch erkennbar war. Derzeit gibt es österreichweit rund 1500 Gemeindeverbände, in denen die Gemeinden in Verwaltungsgemeinschaften zusammenarbeiten und budgetentlastende Kooperationen unterhalten. Weitere Beispiele sind Schulverbände, gemeinsame Kinderbetreuung, Bauhofkooperationen.

In Niederösterreich wurde die Landesverfassung geändert, um nicht



Mag Sotiria Tauchner ist Pressereferentin des nö. Gemeindevertreterverbandes der VP

Ich bin überzeugt, dass die Gemeinden ihre Aufgaben (auch in der Krise, Anm. d. Red.) meistern werden. Dazu bedarf es vor allem an Solidarität der Gemeinden. Und zwar jener, die sich in Gunstlagen befinden, zu denen, die nicht so begünstigt sind.



„Es ist demokratiepolitisch bedenklich, wenn suggeriert wird, dass unsere Arbeit als Gemeindevertreter nichts wert ist und wir als Abzocker oder Schmarotzer dargestellt werden.“ Alfred Riedl im Gespräch mit der Autorin zur Debatte um Bürgermeisterbezüge.

Gemeinden verfassungsrechtlich abgesichert. Auch der hohe Stellenwert und die Bedeutung der Gemeinden wurden damit enorm gehoben. Und das Entscheidende dabei: wir haben damit auch den Anreiz für Gemeindekooperationen verstärkt. Einen Anreiz zu verstärkten Gemeindekooperationen gibt es bereits seit dem letzten Finanzausgleich. Da wurden Finanzmittel bereitgestellt, die speziell für interkommunale Projekte zur Verfügung stehen. Hier sind die Gemeinden in Zukunft gefragt, mit geeigneten Projekten vorhandene Mittel abzuholen. Bisher waren Kooperationen unter den Gemeinden eher umstritten, da sie Existenzängste und mangelnde Identität bei den Gemeinden hervorriefen. Diese Zeiten sind vorbei.

Sind Kooperationen unter den Freiwilligenorganisationen auch ein Thema?

Studien belegen, dass der Kontakt zum Bürger in kleineren Gemeinden viel besser und daher auch die Freiwilligenarbeit stärker ausgeprägt ist. Ein Gemeindeleben ohne Freiwillige gibt es nicht. Die Freiwilligen sind die Lebensretter schlechthin in den Gemeinden – und zwar vor Ort, nicht in der Nachbargemeinde. Einsparungen

oder Zusammenlegungen in diesem Bereich wird es und darf es nicht geben. Vielmehr müssen wir festhalten an der so wertvollen Arbeit der Freiwilligen und Bewusstsein schaffen für die Arbeit die tagtäglich in den Gemeinden für die Gemeinschaft geleistet wird. Kleinere Gemeinden generieren mehr Freiwilligenarbeit und können so mehr Geld für Investitionen freimachen, als es in größeren Kommunen der Fall ist. Tatsache ist, das System der Freiwilligen kommt langsam an seine Grenzen, wie man in einigen Bundesländern schon sieht. Dem müssen wir entgegenwirken, bevor es uns so geht, wie unseren deutschen Nachbarn, denen dieses Manko beispielsweise immer wieder zur Last fällt, weil sie sich zu wenig für Freiwilligenarbeit engagiert und zu spät das Problem erkannt haben.

Themawechsel: In der aktuellen Diskussion um Gemeindefinanzierungsmaßnahmen kommt auch das Thema der Bezügereduktion von Gemeindefinanzierungsmaßnahmen auf – in manchen Gemeinden wurde dies sogar schon umgesetzt. Wie stehen Sie dazu?

Ich halte diese Diskussion für falsch, weil ich überzeugt bin, dass die politische Arbeit die besten Köpfe braucht. Wenn sie tagtäglich als Abzocker oder Schmarotzer in der öffentlichen Diskussion dastehen, ist das unbegreiflich. Und da will ich schon anmerken, dass die Gemeindevertreter den geringsten Anteil als Entschädigung aus den öffentlichen Haushalten bekommen. Deswegen finde ich es auch demokratiepolitisch bedenklich, wenn suggeriert wird, dass unsere Arbeit nichts wert ist. Geld ist zwar nicht alles, doch die Jugend muss die Entscheidungsmöglichkeit haben, sich ohne Nachteile für Beruf und Familie für die Gemeinschaft zu engagieren.

zuletzt auch einen Anreiz für mehr Kooperationen zu geben.

Mit der Änderung der Landesverfassung haben wir in Niederösterreich beispielgebend für ganz Österreich erreicht, dass es keine Zusammenlegungen mehr gegen den Willen der betroffenen Gemeinden geben wird. Damit ist nicht nur der Bestand der

Bisher waren Kooperationen unter den Gemeinden eher umstritten, da sie Existenzängste und mangelnde Identität bei den Gemeinden hervorriefen. Die Zeiten sind vorbei.

Klare Worte und ein neuer Präsident beim Oberösterreichischen Gemeindetag

Situation in Oberösterreich so dramatisch wie noch nie

Einen Sack Aufgaben reichte der scheidende Präsident des Oberösterreichischen Gemeindebundes, Franz Steininger, an seinen Nachfolger Johann Hingsamer weiter. Vor allem die Steigerungen der Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich machen den Gemeinden zu schaffen. Ein Lokalausgleich vom Gemeindetag 2010 im Land „ob der Enns“.

Präsident Franz Steininger zog in seiner Abschiedsrede Bilanz über acht Jahre an der Spitze des Oberösterreichischen Gemeindebundes. So besteht unter anderem unmittelbarer Handlungsbedarf bei der finanziellen Situation der Sozialhilfverbände: „Schon zu Beginn meiner Amtszeit hatten die Gemeinden mit steigenden Kosten im Bildungs- oder Kinderbetreuungsbereich zu kämpfen“, sagte Steininger in seiner Abschlussrede. „So dramatisch wie heute war die Situation aber noch nie.“ Rund 300 der 444 oberösterreichischen Gemeinden werden 2010 nicht mehr ausgeglichen bilanzieren können. Das liegt zum einen an den wegbrechenden Steuereinnahmen, die über



Fotos: Oberösterreichischer Gemeindebund

Abschied nach acht Jahren an der Spitze des Oberösterreichischen Gemeindebundes: Franz Steininger hört auf.

Unten: Der Veranstaltungssaal „Melodium“ in Peuerbach war nicht nur praktisch „ausverkauft“, abseits nicht so toller Nachrichten von der Finanzfront der Gemeinden gab es auch ein bisschen was zu lachen.

den Finanzausgleich vom Bund an die Gemeinden weitergegeben werden. Zum anderen explodieren jene Ausgaben, die Gemeinden nicht selbst steuern können, wie etwa die Beiträge für Sozial- oder Gesundheitskosten. Auch die Einführung der flächendeckend kostenfreien Kinderbetreuung macht den Kommunen finanziell schwer zu schaffen.

Abschließend stellte der scheidende Präsident rückblickend fest, dass einiges durch gemeinsame Arbeit und Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich gelungen sei, und nannte rund 30 Gesetzesbeschlüsse der letzten Legislaturperiode, die uns unmittelbar betroffen hätten. Es sei erfreulich, dass die Strukturhilfemittel in den letzten Jahren angehoben wurden.

Ein neuer Mann an der Spitze

Der mit 91,91 Prozent der Stimmen zum siebenten Präsidenten des Oberösterreichischen Gemeindebundes gewählte LABg. Bgm. Hans Hingsamer stellte in



seiner Antrittsrede einleitend fest, dass die finanzielle Lage der Gemeinden dramatisch ist. Rund elf Milliarden Euro ist der Schuldenstand aller österreichischen Städte und Gemeinden. Das sind gemessen an den gesamten Staatsschulden Österreichs 5,5 Prozent.

„Was uns am meisten beschäftigt, sind die rapid steigenden Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich. Ohne den Gebührenhaushalten geben wir bereits 48 Prozent der Einnahmen für Soziales und Gesundheit aus. Dieser Wert wird im nächsten Jahr auf über 50 Prozent steigen. Das verkraften wir einfach nicht mehr“, erklärte Präsident Hingsamer. Diese Belastung sei in den oberösterreichischen Gemeinden im Bundesländervergleich am höchsten,

Was uns am meisten beschäftigt, sind die rapid steigenden Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich. Ohne den Gebührenhaushalten geben wir bereits 48 Prozent der Einnahmen für Soziales und Gesundheit aus.

Johann Hingsamer präzisiert die enormen Herausforderungen der Gegenwart

weil das Land hohe Standards habe. Bei der Pflege und bei der Betreuung von Menschen mit Beeinträchtigung leistet Oberösterreich mehr als andere Bundesländer; das kostet natürlich auch. „Wir haben Leistungen für die Zukunft zu sichern, und die Politik muss alles tun, um der Bevölkerung Ängste zu nehmen. Um es deutlich zu sagen: Wir sind die ersten, die sich zu sozialem Handeln bekennen, wir sind die ersten, die bereit sind, auch die Aufgaben vor Ort wahr zu nehmen. Bei den Alten- und Pflegeheimen tragen die Gemeinden 92 Prozent der Kosten“, betonte Hingsamer und forderte, dass die Gemeinden bei diesem Problem nicht alleine gelassen werden. „Die Leute sind in der Pflegedebatte verunsichert. Das ist schlecht. Wenn es die Gesellschaft will, dann ist Pflege leistbar und finanzierbar. Ich sage JA zu einer Pflegeversicherung – und ich traue mir zu sagen, dass in dieser Frage die Bevölkerung

Neuer Präsident für den OÖ Gemeindebund Ein schweres Erbe für Johann Hingsamer

PEUERBACH/EGGERDING

Der Oberösterreichische Gemeindebund hat einen neuen Präsidenten. Nach dem Rückzug von Franz Steininger wurde im Rahmen des Gemeindetages 2010 in Peuerbach der Bürgermeister von Eggerding im Innviertel, Johann Hingsamer, zum Chef des Oberösterreichischen Gemeindebundes gewählt. Acht Jahre lang stand Franz Steininger an der Spitze des Oberösterreichischen Gemeindebundes, einem der größten Landesverbände des Österreichischen Gemeindebundes. Noch länger diente Steininger als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde in Garsten. Aus dem Bürgermeisteramt hatte sich Steininger schon im Vorjahr zurückgezogen, nun erfolgte auch der Wechsel beim Gemeindebund.

Steiningers Nachfolger Johann Hingsamer tritt ein schweres Erbe an. Seine künftigen Aufgaben sieht Hingsamer, der auch als Abgeordneter im oö. Landtag tätig ist, realistisch: „Man kann mir gratulieren und mich auch gleichzeitig bedauern. Ich bin aber jemand, der sich den Herausforderungen stellt; mir ist wichtig, dass die Gemeinden eine positive Zukunft haben.“ Realistisch angesichts der wegbrechenden Steuereinnahmen und der explodierenden Ausgaben sowie der flächendeckend kostenfreien Kinderbetreuung. Allein 2009 hätten die oö. Gemeinden einen Einnahmenverlust von 8,5 Prozent erlitten, 2010 und 2011 werde die Lage noch schlimmer werden. Diese Verluste seien bei steigenden Ausgaben vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich kaum zu verkraften. Auch in seiner eigenen Gemeinde sei er davon massiv betroffen. „Auch wir können unseren Haushalt nicht mehr ausgleichen, müssen Bauprojekte zurückstellen und den Sparstift überall ansetzen. In

den nächsten drei Jahren können wir keine neuen Projekte beginnen.“

Das Sparpotenzial sei in den meisten Gemeinden weitgehend ausgeschöpft, in fast allen Bereichen würden Gemeinden schon jetzt miteinander kooperieren. „Wir brauchen dringend mehr Geld vom Bund, um die Mindererinnahmen ausgleichen zu können“, appelliert der neue Gemeindebund-Chef an die Bundesregierung.



Foto: Oberösterreichischer Gemeindebund

Johann Hingsamer

Johann Hingsamer ist weder auf Gemeinde-, noch auf Landesebene ein politischer Neuling, ganz im Gegenteil. Seit 1991 steht er an der Spitze seiner Heimatgemeinde Eggerding (Bezirk Schärding), seit 1997 vertritt der Vater von drei Töchtern die ÖVP im oberösterreichischen Landtag.

Auch über die Grenzen seiner eigenen Gemeinde hinweg engagiert sich Hingsamer schon länger, seit 2001 ist er schon Vizepräsident des OÖ Gemeindebundes und beerbt nun Franz Steininger an der Spitze. KOMMUNAL wird in einer der kommenden Ausgabe ein ausführliches Porträt des neuen Präsidenten bringen.

im Denken bereits viel weiter ist als die Politik. Vielleicht gibt es die Mischform – steuerfinanziert – versicherungsfinanziert“, so Hingsamer weiter. „Wer vom Staat alles verlangt, muss zur Kenntnis nehmen, dass ihm der Staat tiefer in die Taschen greift.“

Hingsamer abschließend: „Der Gemeindebund will helfen, will verstehen und will verstanden werden. Wir fühlen uns als Interessensvertretung natürlich den Gemeinden verpflichtet. Gemeinden sind Nahversorger in vielen Lebensbereichen ganz nah am Bürger. Und aus dieser Situation heraus fühlen wir uns ganz besonders den Menschen verpflichtet. Darum werde ich mich in den nächsten Jahren mit ganzer Kraft bemühen, die Lebensqualität für die Menschen in den Gemeinden zu sichern und weiter zu entwickeln. Helfen Sie mir und helft mit, dass dies gelingt.“

Kein Gemeindetag ohne Ehrungen

Dem ehemaligen Landesauschuss-Mitglied Bgm. a. D. Ing. Johann Gangl, Antiesenhofen, dem ehemaligen Rechnungsprüfer Bgm. a. d. Anton Korepp aus Hörsching und den langjährigen Vortragenden der Gemeindeverwaltungsschule Udo Stummer und Peter Jilka wurde für ihr verdienstvolles Wirken Dank

und Anerkennung ausgesprochen.

Die ehemaligen Landesauschuss-Mitglieder Bgm. a. D. Bruno Fröhlich, Vorderweißenbach, und Bgm. a. D. Rudolf Fischerlehner aus Hagenberg wurden im Hinblick auf ihre Verdienste um die oberösterreichischen Gemeinden und den OÖ Gemeindebund zu Ehrenmitgliedern des OÖ Gemeindebundes ernannt.

Und zusätzlich zur Ehrenmitgliedschaft wurden für ihre Verdienste die Mitglieder des Vorstandes, Bgm. a. D. RR Franz Dopf aus Wartberg an der Krems und LAbg. a. D. Bgm. Otto Weinberger aus Schlußberg, mit der

Wer vom Staat alles verlangt, muss zur Kenntnis nehmen, dass ihm der Staat tiefer in die Taschen greift.

Johann Hingsamer über eine drängende Grundsatzfrage zur Pflegedebatte

Ehrennadel ausgezeichnet. Die sehr erfolgreiche achtjährige Führung des OÖ Gemeindebundes würdigte der Landesauschuss mit der größten Auszeichnung, die der Gemeindebund zu vergeben hat, und ernannte Präs. Bgm. a. D. Franz Steininger aus Garsten zum Ehrenpräsidenten des OÖ Gemeindebundes. Gleichzeitig wurde der Ehrenpräsident auch mit dem Ehrenring ausgezeichnet.



Verdiente Ehrungen für verdiente Funktionäre und Mitglieder des OÖ Gemeindebundes. Links Dr. Hans Gargitter, Landesgeschäftsführer des Gemeindebundes, und rechts Landeshauptmann Josef Pühringer.



Franz Steininger (Mitte) erhält die Auszeichnungen von seinem Nachfolger Johann Hingsamer (links). Erster Gratulant war Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer (rechts).



Ein Vollprofi benötigt etwa zehn, höchstens zwanzig Sekunden, um ein Auto zu stehlen. Ein Autoeinbrecher benötigt ebenfalls maximal wenige Minuten, um Wertgegenstände aus einem Fahrzeug zu entwenden, und neben den rund 25.200 Kfz-Einbrüchen in versperre Pkw gibt es in Österreich laut Kriminalstatistik jährlich aber auch etwa 2800 Diebstähle aus unversperrten Kraftfahrzeugen. Sind Pkw-Lenker nachlässig oder vergessen gar ihr Auto abzusperrern, haben Diebe leichtes Spiel: Autodiebe agieren blitzschnell – schon Sekunden reichen aus, um ein unversperrtes Fahrzeug und den Kofferraum auszuräumen. Auch wenn man das Fahrzeug nur kurz verlässt, sollten die Türen immer abgesperrt werden. Denn neben dem dadurch verursachten Ärger ist auch der finanzielle Schaden groß: Eine allenfalls bestehende Kaskoversicherung leistet für die gestohlenen Gegenstände für den Fall, dass das Fahrzeug nicht abgeschlossen wurde, keinen Ersatz.

Doch auch wenn man meint, das Fahrzeug versperre zu haben, können schwache Batterien im elektronischen Fahrzeugschlüssel oder ein Druck auf die falsche Taste in der Eile dazu führen, dass die Türen unversperrt bleiben. Und trotz optischer oder akustischer Signale, die moderne Fahrzeuge beim Einrasten der Zentralverriegelung aussenden,

Trotz optischer oder akustischer Signale beim Einrasten der Zentralverriegelung ist der Griff zur Türschnalle das beste Mittel, um zu kontrollieren, ob die Türen auch tatsächlich versperre sind.

Zusperrern ist kein Allheilmittel, aber immer noch der beste Schutz

Achtung vor Autodieben

Laut Kriminalstatistik werden in Österreich jährlich 25.200 Fälle von Autoeinbrüchen angezeigt, etwa 2800 Fahrzeugeinbrüche betreffen unversperrte Autos. Weiters werden jedes Jahr durchschnittlich 4600 Pkw und Kombis gestohlen, berichtet das Kuratorium für Verkehrssicherheit.

Ist der Griff zur Türschnalle das beste Mittel, um zu kontrollieren, ob die Türen auch tatsächlich versperrt sind. Auf keinen Fall sollten Wertgegenstände sichtbar im Fahrzeug gelassen werden. Und es nützt wenig, wenn Geräte im Handschuhfach verstaut werden, denn dort suchen Täter als erstes.

Zwei Arten, wie Autodiebe vorgehen

Unterscheiden kann man vor allem zwischen zwei Arten, wie Pkw oder Wertgegenstände aus Autos entwendet werden: Auf Autobahnen oder Freilandstraßen, weniger im Ortsgebiet, arbeiten oft Tätergruppen mit Tricks. Dazu wird beispielsweise am Straßenrand eine Panne vorgetauscht, oder hilfsbereite Autofahrer werden angehalten und nach dem Weg gefragt. Während der Fahrzeugbesitzer abgelenkt ist, widmen sich Komplizen den Wertgegenständen im Auto. Bei der zweiten Herangehensweise werden Pkw dann aufgebrochen, wenn der Besitzer nicht

Auch wenn man das Fahrzeug nur kurz verlässt, sollten die Türen immer abgesperrt werden.



Für Autodiebe sind die voll bepackten Fahrzeuge von Urlaubern beliebte Objekte, denn oft finden sie darin Bargeld, Handys oder elektronische Geräte wie Navis etc.

unmittelbar anwesend ist. Selbst kurze Abwesenheiten vom Auto, wie etwa während Tank- oder Raststättenstopps, bieten Tätern gute Gelegenheiten. Wertgegenstände und Dokumente wie etwa Zulassungsschein, Reisepass oder Führerschein sollten nicht im Auto gelassen werden. Grundsätzlich werden Autodiebe und solchen, die in Autos einbrechen, um Wertgegenstände zu stehlen, unterschieden: Autodiebe müssen das gestohlene Auto vom Tatort wegfahren, d. h. sie scheuen das Risiko, wegen einer fehlenden oder zerschlagenen Fensterscheibe erwischt zu werden. Sie bevorzugen eine Fahrzeugöffnung mit keinen bzw. möglichst geringen offensichtlichen Schäden. Einbrecher hingegen dringen oft schnell und gewaltsam über die Verglasung durch Einschlagen, Einwerfen oder Herausreißen von Scheiben in das Fahrzeug ein. Rund 400 Mal im Jahr werden Österreicher im Ausland Opfer von Autodieb-

stählen. Für Autodiebe sind die voll bepackten Fahrzeuge von Urlaubern beliebte Objekte, denn oft finden sie darin Bargeld, Handys oder elektronische Geräte wie Navigationsgeräte, MP3-Player oder Autoradios. Doch

nicht immer bleibt es beim Diebstahl von Wertgegenständen, sondern das Auto selbst wird zur Beute: 2008 wurden im Ausland 429 Pkw mit österreichischer Zulassung

gestohlen. Im Vergleich zu den 6827 Pkw, die 2008 im Inland gestohlen wurden, wirkt diese Zahl niedrig. Für Urlauber ist es aber ein besonders großer Schock, wenn sie in einem fremden Land, meist mit anderer Sprache, dann ohne Bargeld und ohne Auto dastehen. Mit dem wohlverdienten Urlaub ist es dann vorbei.

Schon einfache Schutzmaßnahmen wirken

Doch Autodiebstahl muss nicht sein: Im Urlaub parkt man das Auto am besten auf bewachten und beleuchteten Parkplätzen oder in Hotelgaragen mit Überwachung. Alarmanlagen und elektronische Wegfahr- oder Lenkradsperrern bieten zusätzlichen Schutz. Nicht nur im Urlaub, sondern generell sollten die Autotüren gesperrt werden, und es sollte auch kontrolliert werden, ob diese tatsächlich verschlossen sind.



Die Versicherung von Haftpflichtrisiken der Gemeinde und ihrer Organe

Eine „Managerhaftpflicht“ würde in Gemeinden Sinn machen

Jeden Tag sind von den Personen, welche für die Gemeinde tätig sind, zahlreiche Entscheidungen zu treffen, welche sich einerseits in Mitteln der Hoheitsverwaltung (Bescheid), andererseits in privatrechtlichen Akten (Vertrag) manifestieren.

Mag. Alexander Gallati

Durch die Verknappung der öffentlichen Mittel und die dadurch bedingte Einschränkung der personellen Ressourcen steigt das Risiko, dass die Organe und Mitarbeiter überlastungsbedingt und unbewusst gegen Gesetze verstoßen. Dies führt nicht selten zu schadensersatzrechtlichen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch politischen Konsequenzen. Es gibt wohl keine Gemeinde, welche auf den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung verzichtet. In einer solchen Deckung sollten die Gemeinde als Gebietskörperschaft sowie sämtliche Organe und Mitarbeiter versichert sein. Der Schwerpunkt einer Betriebshaftpflichtversicherung liegt auf der Deckung von Personen- und Sachschäden. Wichtig ist, dass hoheitliche Tätigkeiten in die Deckung eingeschlossen sind, damit insbesondere Regresse des Rechtsträgers gegen den haftpflichtigen Organwalter vom Versicherer übernommen werden. Weiters ist darauf zu achten, dass im Versicherungs-

In letzter Zeit wird von Gemeindeorganen des öfteren die Frage aufgeworfen, ob der Abschluss einer Managerhaftpflichtversicherung für Gemeinden zweckmäßig ist.

vertrag all jene notwendigen Deckungserweiterungen mittels spezieller Klauseln vereinbart werden, welche sich mittlerweile im gewerblichen und industriellen Bereich bewährt haben. Entscheidend ist angesichts der grundsätzlich unlimitierten Haftung auch die Wahl einer adäquaten Versicherungssumme. Diese beträgt in manch gängigen Bündelprodukten immer noch 1,5 Millionen Euro. Alleine aus dem Umstand, dass der Bürgermeister als Baubehörde erster Instanz fungiert, folgt ein erhebliches Personen- und Sachschadenrisiko, sodass eine Versicherungssumme von zumindest zehn Millionen Euro empfohlen wird.

In letzter Zeit wird von den Gemeindeorganen des öfteren die Frage aufgeworfen, ob der Abschluss einer Managerhaftpflichtversicherung (Directors and Officers, D&O-Versicherung) für Gemeinden zweckmäßig ist.



Mag. Alexander Gallati ist Leiter der Abt. Haftpflicht der Aon Jauch & Hübenner GmbH

In einer üblichen D&O-Versicherung sind Ansprüche Dritter, aber auch der Gesellschafter des versicherten Unternehmens selbst, wegen reiner Vermögensschäden gegen die Organe aufgrund ihres Verhaltens in der Organfunktion versichert. Im Rahmen der Hoheitsverwaltung ist davon auszugehen, dass Regressansprüche nach dem Amtshaftungsgesetz ohnehin in der Betriebshaftpflicht Deckung finden. Dies gilt auch für Personen- und Sachschäden Dritter aus privatwirtschaftlichem Handeln. Allerdings besteht über die Betriebshaftpflichtversicherung nur eine sehr eingeschränkte Deckung für reine Vermögensschäden. Ansprüche Dritter auf den Ersatz solcher Schäden gegen die Gemeindeorgane wegen privatwirtschaftlichen Handelns können über eine D&O-Versicherung gedeckt werden. Die Versicherungsbedingungen, welche ursprünglich für Unternehmen

Im Rahmen der Hoheitsverwaltung ist davon auszugehen, dass Regressansprüche nach dem Amtshaftungsgesetz ohnehin in der Betriebshaftpflicht Deckung finden. Dies gilt auch für Personen- und Sachschäden Dritter aus privatwirtschaftlichem Handeln.

Microsoft Office 2010 für die öffentliche Verwaltung verfügbar

Start frei für neue Ideen mit Microsoft Office 2010

Manfred Gröber

Mit dem neuen Office 2010 setzt Microsoft Akzente für den Arbeitsplatz in Gemeinden und deren Dienststellen. Office 2010 ist eine konsequente Weiterführung des Konzepts von der reinen Arbeitsplatzsoftware zur integrierten Softwarelösung mit Applikationen, Daten und Information.

Office 2010 und verwandte Produkte bieten neue Funktionen für PC, Smartphone und Browser und sorgen so für höhere Produktivität.

Vom Einzelkämpfer zum Teamarbeiter: gleichzeitige Bearbeitung von Informationen in Microsoft Word, PowerPoint und OneNote; Dokumente direkt aus Office-Anwendungen über SharePoint austauschen; praktische E-Mail-Funktionen in Outlook, um große Mengen an E-Mails besser zu organisieren; neue Kalenderfunktionen in Outlook für organisationsübergreifende Planung von Terminen.

Der fixe Arbeitsplatz ist Vergangenheit: Office Web Apps von Word, PowerPoint, Excel und OneNote für Zugriff über PC, Smartphone oder Browser; Office Mobile 2010 für einfache Bearbeitung von Dokumenten; Erstellen von Notizen sowie mobiles Arbeiten mit SharePoint 2010-Intranet-Sites und -Communities.

Integriertes Arbeiten mit vorhandenen Systemen – schneller Datenzugriff: leichte Auswertungen und Analysen in täglich genutzten Office-Anwendungen für bessere

Entscheidungen. Die Office-Anwendungen auf dem Arbeitsplatz können leicht mit vorhandenen Applikationen verbunden werden. Dadurch ist es möglich, Vorgänge ohne händische Mehrfacheingaben einfach und schneller abzuarbeiten.

Web 2.0 als neue Dimension in der Verwaltung – Soziale Netzwerke, wie Wikis und Blogs nehmen auch innerhalb der Verwaltung als Wissensplattformen an Bedeutung zu. Office 2010 erlaubt eine durchgängige Einbindung dieser Plattformen, um das Wissen der einzelnen Mitarbeiter für alle zugänglich zu machen.

Dokumentenmanagement von überall

Mit den Office Web Apps und SharePoint 2010 bietet Microsoft für Organisationen neue Möglichkeiten, um von faktisch überall aus auf Dokumente zuzugreifen. Office Web Apps sind Online-Erweiterungen der klassischen Office-Applikationen, die es ermöglichen, über den Browser Dokumente zu bearbeiten und mit anderen Personen auszutauschen. SharePoint 2010 ist eine Plattform für die Zusammenarbeit im Unternehmens-

netzwerk und über das Internet. Die Microsoft Online Services bieten Organisationen flexible Cloud-Computing Lösungen – zum Beispiel für kleinere Verwaltungseinheiten.

Weitere Informationen auf

www.office.com oder www.officeblog.at

geschaffen wurden, müssten allerdings auf die spezielle Situation einer Gebietskörperschaft angepasst werden.

Zudem haben viele Gemeinden bestimmte Agenden an Gesellschaften des Privatrechts (zumeist GmbHs) ausgegliedert, mittels welcher beispielsweise Schwimmbäder und andere kommunale Einrichtungen betrieben werden. Wenn nicht ein Gemeindeorgan die Geschäftsführerfunktion in solchen Gesellschaften übernimmt, müssen externe Manager angestellt werden.

In solchen Fällen erweist sich der Abschluss einer D&O-Versicherung für gemeindeeigene und externe Geschäftsführer als zielführend, da auf diese Weise Ansprüche Dritter, zum Beispiel von finanzierenden Banken, an den Geschäftsführer versichert wären. Daneben wäre auch die Haftpflicht des Geschäftsführers

Ansprüche Dritter auf den Ersatz von Personen- und Sachschäden gegen die Gemeindeorgane wegen privatwirtschaftlichen Handelns können über eine D&O-Versicherung gedeckt werden.

gegenüber der Gesellschaft beziehungsweise den Gesellschaftern (darunter oft die Gemeinde selbst) versichert.

Eine Gesamtbetrachtung ergibt somit, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung samt Abdeckung hoheitlichen Handelns von einer Gemeinde auf jeden Fall abgeschlossen werden sollte. Für die Abdeckung von Ansprüchen Dritter gegen die Gemeindeorgane ist zudem eine D&O-Versicherung durchaus sinnvoll. Dies gilt umso mehr, wenn von der Gemeinde auch Unternehmen in privatrechtlicher Form betrieben werden.



Manfred Gröber ist Business Development Manager Public Sector bei Microsoft Österreich

Burgenland

Initiative Naturschutz

Umweltpreis vergeben

EISENSTADT

Bereits seit 1991 wird der Umwelt- und Würdigungspreis für Projekte, die einen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt leisten können, vergeben. Geldpreise gingen 2010 an den Kindergarten Zagersdorf (Projekt „Kinder erleben ihre Umwelt“ und „Umwelt geht uns alle an“), den Kindergarten Forchtenstein, an die Neue Mittelschule Zurndorf, an den Verein für Natur- und Regionalentwicklung Jennersdorf, den „überparteilichen Klimabündnisstammtisch Horitschon“ und an Bak.nat.tech. Stefan Weiss für sein Natur-Pflegeprojekt für das Burgenland.

Modern und freundlich

Neuer Hauptplatz wurde eröffnet

STEGERSBACH

Die Thermengemeinde Stegersbach (Bezirk Güssing) eröffnete Anfang Juni den neu gestalteten Hauptplatz. Nach einer Umbauzeit von zwei Jahren und Kosten von rund 3,5 Millionen Euro war die Neugestaltung nicht unumstritten. Der Ortskern präsentiert sich jetzt moderner und gästefreundlicher als noch vor ein paar Jahren. Auch die unübersichtliche Hauptkreuzung wurde im Zuge der Umbauarbeiten entschärft. Zur feierlichen Eröffnung gab es drei Tage lang ein Fest mit Musik, Unterhaltung, Feuerwerk und der Einweihung des neu gestalteten Mahnmals.



Im ganzen Burgenland haben rund 99,5 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen einen passenden Kinderbetreuungsplatz.

Gemeinde und Land gehen partnerschaftlichen Weg

Betreuungsquote steigt

EISENSTADT

„Die Bemühungen der Gemeinden, des Landes und die finanzielle Hilfe des Bundes beim Ausbau der Kinderbetreuung im Burgenland zeigen Wirkung: Burgenland ist mit einer Betreuungsquote von 99,5 Prozent bei den Drei- bis Fünfjährigen an der Spitze der Bundesländer und liegt bei der Betreuung von Kin-

dern bis zwei Jahre mit einer Betreuungsquote von 23,5 Prozent an zweiter Stelle. Insgesamt werden im Burgenland über 10.000 Kinder betreut“, freut sich Kindergartenreferentin Landesrätin Mag. Michaela Resetar über die jetzt von der Statistik Austria veröffentlichten Zahlen.



Kärnten

Zugang zu Betreuung soll geregelt werden

Verordnung für Sozialberufe

KLAGENFURT

Die Sozialbetreuungsberufe in Kärnten bekamen nun eine neue Verordnung. Damit soll ein hohes Niveau der Sozialbetreuer gewährleistet und jungen interessierten Menschen ein geregelt

ter Zugang zu dem Berufszweig ermöglicht werden. Großer Wert wird auf den modulartigen Aufbau der Ausbildung vom Heimhelfer bis zum Diplom-Sozialbetreuer gelegt. Nächster Schritt soll eine Lehre sein.

Bis Mitte Juli läuft die Anbotsfrist

Seegründe-Verkauf noch nicht fix

KLAGENFURT

Der umstrittene Verkauf von drei großen Seegrundstücken des Landes an private Investoren sei laut ÖVP-Chef Josef Martinz noch nicht fix. Die Anbotsfrist laufe noch bis Mitte Ju-



li. Es wird mit einem Verlustgeschäft gerechnet. Aber laut Martinz habe man sich alle Optionen offen gelassen. Sicher sei aber, dass der Seeezugang auch nach einem Verkauf für die Öffentlichkeit erhalten bleibe.

Das Warmbad Villach wird neu gestaltet

Spatenstich für neue Therme

VILLACH

Im Juli 2012 soll die neue Therme Villach eröffnet werden. Der Bau, der dann rund 40 Millionen Euro verschlungen haben wird, wurde Anfang April begonnen. Schon jetzt ist von der alten Therme nicht mehr viel übrig. Der Neubau der Therme soll größer sein und mit futuristischem Design mehr Publikum anlocken. Angeboten wird dann eine Mischung aus Fitness, Erholung, Sport und Wellness mit einem türkischen Bad sowie Rutschen und ein eigener Bereich für Kleinkinder. Den Plänen, in Klagenfurt ebenfalls ein Großbad zu bauen, gab LH Dörfler nicht statt. Dazu sei das Gästepotenzial

zu gering. Rund 7,5 Millionen Euro werden für den Bau aus den Mitteln des Zukunftsfonds – sprich aus dem Hypo-Verkauf – verwendet. Für SPÖ und ÖVP sei der Bau aber ebenfalls gerechtfertigt. Einerseits strahle die Therme weit über die Regionsgrenzen hinaus, andererseits sei die Gesundheitsvorsorge durch solche Anlagen gestärkt. Einen Großteil der Investitionssumme (28 Millionen Euro) steuert die Stadt Villach bei. Für Bürgermeister Helmut Manzenreiter ist die Therme in der Krise ein wichtiges Signal, was Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung bringt.



Niederösterreich

Miteinander stand an erster Stelle – 700 Ortschefs bei Treffen

NÖ Bürgermeister-Empfang in Grafenegg – „Nein“ zum Kaputt-Sparen

GRAFENEGG

„Mit dem heutigen Abend möchten wir signalisieren, dass wir in Niederösterreich größten Wert auf das Miteinander legen“, sagte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll anlässlich des großen Empfanges für alle niederösterreichischen Bürgermeister im Auditorium in Grafenegg.

Der Abend habe „Menschen mit unterschiedlichen Ideen, Zielen und Standpunkten“ zusammengeführt, so Pröll: „Wir wollen uns heute aber nicht darüber unterhalten, was uns unterscheidet, sondern dar-



SP-GVV-Präsident Rupert Dworak, LH Dr. Erwin Pröll und VP-GVV-Präsident Alfred Riedl gemeinsam in Grafenegg.

über, was uns verbindet.“ Es sei eine „wunderschöne Aufgabe, politische Verantwortung zu übernehmen“, meinte der Landeshauptmann zu den rund 700 anwesenden Gemeindevertretern. Und je schwieriger das Umfeld werde, umso wich-

tiger sei es, miteinander zu arbeiten, betonte Pröll. Der Landeshauptmann hob auch die Bedeutung der Zusammenarbeit von Land und Gemeinden hervor. „Wir nehmen diese Zusammenarbeit sehr ernst“, so Pröll

Bbeauftragte ernannt

Klima fürs Haus

ST. PÖLTEN

Nach einem Beschluss des Landes soll für Landesgebäude mit mehr als 50 Bediensteten ein Klimabeauftragter ernannt werden. Bei einem Pilotkurs, der kürzlich in Friedersbach über die Bühne ging, wurde von den Teilnehmern eine Vielzahl an Klima- und Energiesparmaßnahmen erarbeitet. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch Best-Practice-Beispiele der renommierten Klimaforscherin Professor Kromp-Kolb und eine Exkursion ins Passivdorf Groß Schönau. In 21 Bezirkshauptmannschaften, der Agrarbezirksbehörde und im Landhaus gibt es jetzt die Klimabeauftragten.



Oberösterreich

Welser Berglandmilch geht mit Tirol Milch

Milchwirtschaft mit neuem „Paar“

WELS/INNSBRUCK

Die größte heimische Molkeerei, Berglandmilch, schließt sich mit Tirol Milch zusammen. Die Tiroler sollen ihren Betrieb in die Berglandmilch einbringen und zu einer weiteren Mut-

tergenossenschaft werden. Auf Vorstandsebene seien die Gespräche sehr weit fortgeschritten, 16.000 Genossenschaftsmitglieder müssen aber erst über den möglichen Zusammenschluss abstimmen.

Nützliches und Tipps auf einer Homepage

Neue Kulturplattform für OÖ

LINZ

Die neue Oberösterreich-Kulturplattform bietet für kulturinteressierte Urlauberinnen und Urlauber, aber vor allem auch für die einheimische Bevölkerung Informationen rund um das kulturelle Geschehen in Oberösterreich.

Neben Veranstaltungsterminen und Ausflugstipps sind dort auch die dazu passenden Reise- und Übernachtungsmöglichkeiten zu finden. Mehr Infos finden Sie direkt auf der Seite im Internet unter www.kulturland-oberoesterreich.at



Ing. Josef Thurhofer (Direktor des ÖAMTC OÖ), Dr. Martin Helml (Präsident des ÖAMTC OÖ), Edeltraud Pühringer (Assistentin ÖAMTC Rechtsservice OÖ), Friedrich Bernhofer (1. Präsident des oö. Landtags) (Foto: ÖAMTC).

Sportliche bekommen Unterstützung

Radhelmaktion mit Qualität

LINZ

Das Familienreferat des Landes OÖ startete bereits zum fünften Mal eine Radhelmaktion. Seit Ende März können zum Preis von 10 Euro pro Stück Qualitätsradhelme in allen ÖAMTC-

Dienststellen erworben werden. Dazu benötigt wird entweder eine OÖ Familienkarte oder eine ÖAMTC-Clubkarte. Es werden im ganzen Land rund 5000 Stück vergeben.



Salzburg

Mühlbach und Dienten bekommen Impulsprogramm für mehr Wirtschaft

Tourismusprogramme sollen helfen

MÜHLBACH/DIENTEN

Die Förderung von Regionen mit touristischem Aufholbedarf ist ein wesentlicher Schwerpunkt im Investitionsprogramm unter der Marke „Salzburg-Anleihe“, das von Tourismusreferent

LH-Stv. Dr. Wilfried Haslauer initiiert wurde. Nachdem 2008 für den Lungau Impulsprogramme entwickelt wurden, stehen heuer Mühlbach am Hochkönig und die Region Mühlbach/Dienten auf der Liste.

Dafür stellt das Land rund drei Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem Geld sollen Investitionen gefördert, Beratungsleistungen ausgebaut und insgesamt die Region auf einen zukunftsweisenden Weg geführt werden. Aktuell gibt es Seilbahninfrastrukturprojekte zwischen Aberg-Hinterthal und Maria Alm, Mühlbach/Dienten. „Der Tourismus ist ein maßgebliches Zugpferd unserer Wirtschaft. Wir haben heuer bei den Übernachtungen das drittbeste Ergebnis aller Zeiten erzielen können, und unsere Tourismusbetriebe sind weiterhin bereit zu investieren“, so LH-Stv. Haslauer.



Eine neue Seilbahn soll zwischen Maria Alm und Mühlbach entstehen. Wintertourismus sei noch immer das Zugpferd für Salzburg.

Bürgermeister einig

Verbesserung der Schülerfreifahrt

FLACHGAU

Durch Scheidungen, Trennungen und neue Wohnsitze ergebe sich immer öfter ein Durcheinander für die Jugend bei den Schülerfreifahrten. Derzeit haben sie nur eine Berechtigung für die Freifahrt von einer Strecke. Doch die Wege der Kinder seien mittlerweile anders: Sie fahren morgens von der Mutter in die Schule, um dann danach ev. zum Vater zu fahren, und dann zu den Großeltern. Deshalb haben die Flachgauer Bürgermeister sich zusammengeschlossen und fordern ein Ticket für Schüler, das im ganzen Bezirk gilt.



Steiermark

Letzter Bauabschnitt der Brucker Schnellstraße

Graz-Bruck – Vier Spuren sparen Zeit

GRAZ/BRUCK

Ein wichtige Baustein für die Aufwertung der obersteirischen Industrieräume, der letzte Bauabschnitt der Brucker Schnellstraße (S 35), wurde nun von LH Franz Voves eröffnet. ASF-NAG-Vorstand Alois Schedl

betonte die hohe Sicherheit der beiden zweiröhrenigen Tunnels, die geschaffen wurden. Der Lückenschluss zwischen Graz und dem Brucker Zentralraum sei für Pendler und Unternehmen wesentlich für die Weiterverbindungen.



Rotkreuz-Mitarbeiter aus Neudau, Hartberg, Pöllau und Bad Waltersdorf vor dem neuen Einsatzfahrzeug.

Steiermark schreibt Preise und Stipendien aus

Förderpreise für bildende Kunst

GRAZ

Alle KünstlerInnen oder Künstlerteams, die entweder in der Steiermark geboren wurden oder ihren Hauptwohnsitz dort haben, können ihre Bewerbungsunterlagen und Dokumentationsmappen bis 1. Okto-

ber in der neuen Galerie Graz-Andritz abgeben. Es gibt keine thematischen Vorgaben. Es warten verschiedene Preise sowie zwei Arbeits-Stipendien des Landes. Nähere Informationen finden Sie auf www.museum-joanneum.at

Zehn-Jahre-Jubiläum der Rotkreuz-Ortsstelle

Neues Rettungsauto für Neudau

NEUDAU

Landeshauptmann Franz Voves übergab der Marktgemeinde Neudau ein neues Rettungsauto. Ausgestattet mit Allradantrieb und Hochdach, Fibrillator, Traumatrucksack, Vakuummatratze, Schaufeltrage, Absauger

elektrisch, stationäre Sauerstoffanlage, Rettungswerkzeug, Handscheinwerfer, Feuerlöscher und Schutzkleidung können die Mitarbeiter nun bei Einsätzen auf neueste Technik und Know-how zurückgreifen.



Tirol

Bayern-Österreich

Millionen für Grenzprojekte

TIROL/BAYERN

Das grenzüberschreitende EU-Förderprogramm INTERREG Bayern-Österreich beschloss nun 13 neue Projekte. Das Land Tirol profitiert davon nachhaltig. Für gleich 95 Einzelprojekte wird eine EU-Fördersumme von 37,4 Millionen Euro in die bayerisch-österreichische Grenzregion fließen. Der Schwerpunkt liegt dabei im Umweltbereich. Neben einem „Lech-Weg-Wandern am Fluss des Lebens“ wird auch ein „Baumkronenweg“ beim bayerischen Füssen gestaltet. Das Programm läuft bis 2013, 17 Millionen Euro stehen noch zur Verfügung.

Nach dem Scheitern aus naturschutzrechtlichen Gründen

Neue Varianten für das Innkraftwerk liegen auf dem Tisch – Vorprüfung läuft

INNSBRUCK/TELSF

Der vergangene Versuch der Innsbrucker Kommunalbetriebe (IKB), ein Kraftwerk in Telfs in Betrieb zu nehmen, scheiterte aus naturschutzrechtlichen Gründen. Seit damals wurden neue

Varianten entwickelt, und die IKB ist sehr zuversichtlich, dass diese genehmigungswürdig seien. Die verschiedenen Varianten mit unterschiedlichen Stauhöhen werden nun mit Vertretern des Landes bespro-

chen. Telfs sei für die Betreiber ein idealer Standort, denn ein Umspannwerk befindet sich in unmittelbarer Nähe, und der Stromverbrauch in der Region steigt stetig.

Selbst wenn das Land mit dem Standort Telfs nicht einverstanden sein sollte, wollen die Betreiber nicht aufgeben, sondern andere Standorte als Möglichkeit heranziehen.

Laut Naturschutzlandesrat Hannes Gschwentner sei das Projekt nun bei der Naturschutzabteilung. Er warte auf das Ergebnis der Vorprüfung, bevor er zu dem Thema Stellung bezieht.



Wasserkraft ist in Österreich beliebt zur Stromerzeugung. Ob in Telfs ein neues Kraftwerk entsteht, entscheidet sich schon bald.

Vorarlberg

Keine Berufungen

Kraftwerk Rellstal wird gebaut

RELLSTAL/LATSCHAU

Mit dem Baubeginn beim neuen Kraftwerksbau im Rellstal wird erst Ende 2011 gerechnet. Es gab keine Berufungen von Naturschutzanwalt oder Naturschutzbund. Doch die Illwerke-Betreiber seien derzeit noch mit den Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten des im Vorjahr durch Brand schwer beschädigten Kraftwerkes Rodund II beschäftigt. Bei diesem Projekt soll ein zusätzlicher Hangstollen und verschiedene Becken neu ausgekleidet werden. Ende Dezember 2011 wird Rodund II voraussichtlich wieder in Betrieb gehen.

Kindergartengesetz verlangt Prüfung des Sprachförderbedarfs

Novelle für Kindergärten mit Änderungen bei Aufnahme und zusätzlichen Prüfungen

BREGENZ

Neben der Änderung des Stichtages für die Aufnahme von Kindern, der nunmehr mit 31. August (statt bisher „mit Beginn des Kindergartenjahres“) festgelegt

wurde, ist der zentrale Inhalt der Novelle zum Vorarlberger Kindergartengesetz nun beschlossen. Weitere Punkte sind die Prüfung des Sprachförderbedarfs für nicht angemeldete vier-

jährige Kinder und die Besuchspflicht für vierjährige Kinder mit festgestelltem Sprachförderbedarf. Alle Vierjährigen, die sich nicht zum Besuch des Kindergartens anmelden, haben sich in der Gemeinde ihres Hauptwohnsitzes einer Prüfung zur Feststellung des Sprachförderbedarfs zu unterziehen. Dazu ladet die Gemeinde die Familien in den Kindergarten. Weigern sich die Eltern, das Kind in den Kindergarten zu geben, hat die Gemeinde die Bezirkshauptmannschaft zu informieren. Nähere Infos auf www.gemeindehaus.at



Der Sprachförderbedarf bei Kindern ist in Vorarlberg Thema.

Gemeindetag 2010: Erfolgreich durch starke Gemeinden

Arnold Schuler tritt zurück

BOZEN

Am 16. Mai haben in 111 von 116 Gemeinden in Südtirol die Gemeinderatswahlen stattgefunden. Bedingt durch die erstmalige Anwendung der Bestimmungen über die Amtsdauerbeschränkung für Gemeindeverwalter, hat erwartungsgemäß ein großer Wechsel in Südtirols Gemeinden stattgefunden.

deshauptstadt Bozen, Dr. Luigi Spagnoli, konnte sich bei den Gemeinderatswahlen im Mai bereits im ersten Wahlgang durchzusetzen und wurde in seinem Amt wieder bestätigt. In den Stadtgemeinden Meran, Brixen und Leifers hingegen wurden am 30. Mai 2010 Stichwahlen abgehalten. Einen besonderen Erfolg konnten die Frauen bei den

zum 16. Mai 2010 der Gemeinde Kaltern an der Weinstraße 20 Jahre lang als Bürgermeister vor und wird nun die Geschicke des Südtiroler Gemeindenverbandes bis zu den Neuwahlen im September 2010 führen. Bis dahin sollen gewichtige Themen wie Energie und Lokalfinanzierung weiter auf den Weg gebracht werden. Die Herausforderung im Bereich Energie liegt für die Gemeinden zur Zeit darin, ein vorliegendes Angebot der Autonomen Provinz Bozen zur Beteiligung an der lokalen Stromproduktion zu bewerten und eine Möglichkeit zu finden, wie diese Mittel gerecht auf jene Gemeinden, die unter den Belastungen der Stromproduktion leiden, und allen restlichen Gemeinden des Landes aufgeteilt werden. Im Bereich der Lokalfinanz soll ein Konsens für den neuen Aufteilungsschlüssel der laufenden Finanzmittel gefunden werden, sodass die entsprechenden Landesbestimmungen noch innerhalb diesen Jahres abgeändert werden und für das Geschäftsjahr 2011 zur Anwendung kommen können. Vizepräsident Wilfried Battisti Matscher betont, auch in der kurzen Übergangszeit die von Arnold Schuler begonnenen Projekte mit Tatkraft weiterführen zu wollen.

Vizepräsident Wilfried Battisti Matscher während seiner Rede am Gemeindetag 2010 in Kastelruth.

Dies bedeutet, dass mittlerweile 61 Gemeinden einen neuen Bürgermeister bzw. eine neue Bürgermeisterin haben.

Die Einführung der Regelung zur Mandatsbeschränkung ist im Vorfeld der Wahlen sehr heftig diskutiert worden. Auch der Südtiroler Gemeindenverband hat diesbezüglich des öfteren Stellung bezogen. Obwohl man sich aus verschiedenen Überlegungen heraus immer wieder gegen die Mandatsbeschränkung ausgesprochen hat, freut man sich auch im Gemeindenverband auf die Zusammenarbeit mit den neuen Bürgermeistern. Der Bürgermeister der Lan-

diesjährigen Wahlen verbuchen: mittlerweile stehen zehn Südtiroler Gemeinden Bürgermeisterinnen vor.

In Schulers Sinn weiterarbeiten

Auch für den Südtiroler Gemeindenverband bedeuten die Gemeinderatswahlen einen Wechsel an der Führungsspitze. Nachdem Arnold Schuler anlässlich des Gemeindetages 2010 von seinem Amt als Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes zurückgetreten ist, führt die Interims-Präsidenschaft der bisherige Vizepräsident Wilfried Battisti Matscher. Battisti Matscher stand bis

Tiefe Trauer

Silvius Magnago verstarb

Er stabilisierte Südtirol

In einer bis zum Zerreißen gespannten Lage, nach Ende des Zweiten Weltkrieges,

führte Dr. Silvius Magnago als Landeshauptmann Südtirol in eine neue Autonomie. Von vielen umstritten, erreichte



Silvius Magnago

er nach jahrelangen gedulden Verhandlungen die neue, starke Unabhängigkeit, die Südtirol bis heute auszeichnet. Doch begonnen hat alles schon viel früher. 1914 geboren, begann seine politische Laufbahn als Vizebürgermeister von Bozen. 1957 wurde er zum Obmann der Südtiroler Volkspartei gewählt. Nach einer Serie blutiger Anschläge auf öffentliche Einrichtungen in Italien konnte er nur durch Einsatz seines persönlichen Prestiges die eigene Partei 1969 zur Annahme des von ihm ausgehandelten Südtirol-Paktes bewegen. 34 Jahre stand Magnago an der Spitze Südtirols, ohne dabei auf den politischen Anstand zu vergessen.

Am 28. Mai wurde Silvius Magnago in Bozen zu Grabe getragen. Begleitet von tausenden Menschen, die ihm die letzte Ehre erteilten, wurde sein Sarg zur Ruhe gelegt. Bei der feierlichen Beisetzung waren auch Bundespräsident Dr. Heinz Fischer sowie die Regierungsspitze anwesend.



Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304 655,
Fax: 0039-0471-304 625
E-Mail: info@gvcc.net



Tirol ehrt

Kaiser Maximilian-Preis in Innsbruck an Skard verliehen

In Innsbruck wurde am 8. Mai der Kaiser-Maximilian-Preis an den früheren Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Halvdan Skard, verliehen. Landeshauptmann Günter Platter bezeichnete in seinen Begrüßungsworten die europäische Einigung als Werk für die Friedenspolitik und hob hervor, dass dieses Projekt Persönlichkeiten brauche, die sich für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa, der gleichzeitig Vorsitzender der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen ist, unterstrich den historische Verdienst des Europarates, Demokratie nicht nur auf der Basis des Parlamentarismus, sondern vor allem auf der Ebene der Regionen und Gemeinden zu fördern.

Die Innsbrucker Bürgermeisterin Mag.a Christine Oppitz-Plörer lobte in ihrer Laudatio den Einsatz von Halvdan Skard für die europäische Regional- und Kommunalpolitik. Er habe sein Leben der Förderung der Demokratie gewidmet,

für die Stärkung der Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger und für ein soziales Europa gekämpft. Halvdan Skard versprach in seinen Dankesworten, diesen Preis als Motivation für die Weiterführung seiner Arbeit und als Quelle der Inspiration zu sehen. Lösungsansätze für das vereinte Europa seien globales Denken und lokales Handeln, und die Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus.

Die Verleihung des Maximilian-Preises 2010 war gleichzeitig auch ein würdiger Anlass, der Vizepräsidentin des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, Altbürgermeisterin Hilde Zach, die Ehrenmedaille des Europarates zu verleihen. Der Präsident des Kongresses, Dr. Ian Micaleff, würdigte Zach für ihr langjähriges kommunales und europäisches Wirken. Sie habe Demokratie an der Basis geleistet und sich für die Selbstverwaltung in den Städten und Gemeinden stark gemacht. Der Kaiser-Maximilian-Preis wird jährlich vom Land Tirol und der Stadt Innsbruck vergeben.



DDr. Herwig van Staa, Mag.a Christine Oppitz-Plörer, Preisträger Halvdan Skard mit Gattin und Landeshauptmann Günter Platter bei der Übergabe des Kaiser Maximilian Preises in Innsbruck.

Einsatzkraft



Die beiden Einsatzleiter Kommandant BI Albert Hamoser und Amtsleiter Ernst Döringer, Major Wilfried Tassenbacher, Bgm. Franz Wenger.

Großraum Taxenbach vor Wassermassen geschützt

Nach tagelangem Regen rasche und effiziente Hilfe

Der tagelange Regen hat im Bundesland Salzburg seine Spuren hinterlassen – so auch beispielsweise im Großraum Taxenbach: „Verklausungen, überschwemmte Gleisanlagen und Straßen, Wasser in den Kellern von Gebäuden. Die Salzburger Einsatzkräfte – allen voran die Freiwilligen Feuerwehren – haben einmal mehr rasch, kompetent und für allem unkompliziert geholfen“, so Bürgermeister Franz Wenger.

Ein besonderes Anliegen ist es Franz Wenger aber auch, sich ausdrücklich beim Bundesheer für die rasche und

effiziente Hilfe zu bedanken: „Nur eine Zahl: Am Freitag in der Früh waren seit 6.00 Uhr im Großraum Taxenbach 70 Mann des Bergskampfbereichs Saalfelden im Einsatz. Aus heutiger Sicht sind noch die Volksschule, das verklauete Bachbett im Ortszentrum und mehrere Einfamilienhäuser im Ortszentrum betroffen. Feuerwehr, Gemeinde und Bundesheer sind mit Aufräum- und Reinigungsarbeiten beschäftigt. Im Namen aller Betroffenen und im Namen der Gemeinde darf ich mich bei allen Einsatzkräften herzlich bedanken.“

Weiterbildung

Impuls-Veranstaltung bei FH Linz

Kooperation oder Fusion?

Am Dienstag, 19. Oktober 2010, von 8.30 bis 13 Uhr ladet die FH Linz (Garnisonstraße 21) zum 2. Public Management Impulse zum Thema „Kooperation oder Fusion“ ein. Zahlreiche Experten wer-

den dazu referieren. Anhand von praktischen Beispielen werden beide Organisationslösungen vorgestellt und analysiert. Nähere Informationen bei franziska.cecon@fh-linz.at oder 0732-2008-2510.

Buchtipps

Vergaberecht in Praxis

3. Auflage für Vergaberecht

Aus der Verschränkung von Gemeinschaftsrecht, Verfassungsrecht, Zivilrecht und Önormen sowie der dazu ergangenen Judikatur hat sich das Vergaberecht zu einer äußerst komplizierten, umfangreichen und dynamischen Rechtsmaterie entwickelt. Dies zeigt sich in den



Neuerungen durch die Novellen zum Bundesvergabe-gesetz

2007 und 2010 sowie in den Nachprüfungsgesetzen. Als verständlicher und praxisnaher Arbeitsbehelf mit aktuellem Stand dient dieses Buch der Umschiffung der vergaberechtlichen Klippen: Orientiert am Ablauf des Verfahrens sind die wichtigsten Phasen und Begriffe dargestellt, Fallbeispiele, Tipps und Hinweise erläutern die Theorie, Tabellen und Checklisten sorgen für Übersichtlichkeit. Ideal für: Unternehmer, öffentliche Auftraggeber, Gemeinden, Architekten, Bauunternehmen, Berater und Studierende.

Das Buch

Univ.-Lekt. Dr. Andreas Kaufmann, Mag. Karin Schnabl: „Vergaberecht in der Praxis“, 3., aktualisierte Auflage ISBN 978-3-7041-0468-7, 180 Seiten, 31,90 Euro dbv-Verlag für Steuer und Wirtschaftsrecht Tel.: 0316/383 033-0 Fax: 0316/383 043 E-Mail: office@dbv.at

Buchtipps

Gesetze in Form

StGB und ausgewählte Gesetze

Die Reformfreude des Gesetzgebers ist beim Strafgesetzbuch besonders hoch: Achtmal wurde das StGB seit 2006 novelliert. Die soeben bei MANZ erschienene 10. Auflage des Kurzkommentars zum StGB kommentiert alle Novellen seit der Voraufgabe: das Strafrechtsänderungsgesetz 2006 („Anti-Stalking-Gesetz“), das Strafprozessreformbegleitgesetz I, das Strafrechtsänderungsgesetz 2008, das 2. Gewalttätigkeitgesetz, das Budgetbegleitgesetz 2009,



das Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2009 oder das Eingetragene Partner-

schafts-Gesetz. Der handliche und leichte Kurzkommentar passt in jede Tasche und bietet zugleich mehr Information als eine bloße Taschenausgabe des StGB. Für die hohe Qualität der Kommentierung bürgt der Autor Ernst Eugen Fabrizy, Erster Generalprokurator beim OGH.

Das Buch

Prof. Dr. Ernst Eugen Fabrizy „Strafgesetzbuch–StGB“, 10. Auflage ISBN 978-3-214-08648-0, 1192 Seiten, 148 Euro Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH Tel.: 01/53161-364 Johannesgasse 23 E-Mail: presse@manz.at

Buchtipps

Zweiter Band

Österreichisches Tierschutzrecht

Die im NWV erscheinende Reihe „Österreichisches Tierschutzrecht“ setzt sich zum Ziel, die wesentlichen Teilgebiete dieses Rechtsbereichs



(Bundes-Tierschutzrecht; Tierversuchsrecht; Tiertransport-

recht) samt Durchführungsverordnungen erstmals umfassend kommentarartig zu erläutern. Band zwei widmet sich mit Stand 1. 1. 2010 dem derzeit geltenden Tierversuchsrecht, in erster Linie dem im Zentrum desselben stehenden Tierversuchsgesetz und seinen Durchführungsverordnungen. Um die Darstellung abzurunden und dem Leser ein umfassendes Bild zu vermitteln, wurden darüber hinaus aber auch andere dem Tierversuchsrecht zuzurechnende Bestimmungen, etwa aus dem Bereich des Kosmetik- bzw Gentechnikrechts, aufgenommen. Holger Herbrüggen und Wolfgang Wessely haben den vorliegenden Band bearbeitet.

Das Buch

Herbrüggen, Rauscher, Wessely (Hg.): „Österreichisches Tierschutzrecht“, Band 2, ISBN 978-3-7083-0668-1, 139 Seiten, 28,80 Euro nww Neuer Wissenschaftlicher Verlag Tel.: 01/535 61 03-24 Fax: 01/535 61 03-25 E-Mail: office@nww.at

Personalia

Prehofer verlässt Bawag

Top-Bankerin auf neuen Wegen

WIEN

Regina Prehofer (53), Vorstandsdirektorin der Bawag P.S.K. für Privat- und Firmenkunden, verlässt im Herbst 2010 auf eigenen Wunsch die Bank. Prehofer ist seit 2008 Mitglied des Bawag P.S.K.-Vorstands und hat in den vergangenen beiden Jahren das Kundengeschäft neu positioniert und gestärkt.

Nun sieht sie den richtigen Zeitpunkt gekommen, um sich beruflich neu zu orientieren.

Spannende Zeiten

„Ich habe eine sehr spannende Zeit in der Bawag P.S.K. verbracht und konnte das Kundengeschäft neu beleben. Dieser Prozess hat mir viel Freude bereitet.

Jetzt ist für mich der richtige Moment gekommen, um andere Wege einzuschlagen. Da ich die Bank und ihre MitarbeiterInnen sehr schätze, liegt mir viel an einer geordneten Übergabe“, sagt Regina Prehofer. Sie wird der Bank bis zum Herbst weiter in ihrer Funktion als Vorstandsmitglied zur Verfügung stehen und damit ermöglichen, dass der eingeschlagene Weg reibungslos fortgesetzt wird. Der Prozess für die Nachbesetzung des Vorstandspostens wurde eingeleitet. Generaldirektor Byron Haynes: „Ich bedaure den Abgang von Regina Prehofer sehr. Sie hat das operative Geschäft der Bank maßgeblich weiterentwickelt und auf eine neue, zukunftsweisende Schiene gebracht. Ich danke ihr für das große Engagement und wünsche ihr alles Gute für ihre zukünftigen Pläne.“

Fotowettbewerb

Das „Grabenlose Foto des Monats“



Eigentlich könnte man dieses Bild auch ohne Worte so stehen lassen, doch der Titel bringt hier sozusagen noch das „Salz in die Suppe“: „Kanalsanierung mit Köpfchen“ nennt sich dieser Schnappschuss und ist das Siegerbild des Monats Juni im Fotowettbewerb des Verbands grabenloses Bauen.

Gesucht werden dabei Fotos von Personen und Baustellen, Produktinnovationen im Einsatz, Künstlerisches, atemberaubende Orte, Kurioses und Lustiges. Neben künstlerischen und technischen Aspekten zählen Originalität und die Motivwahl. Das Fotomotiv kann frei gewählt werden, jedoch muss das Motiv einen Bezug zu einem „grabenlosen“ Thema haben.

Wer sich einen Überblick verschaffen will, kann auf www.oegl.at/fotobewerb einen Blick auf die bisherigen Sieger 2010 und auf die Gewinner vergangener Jahre werfen.

Niederösterreich

Neue Bürgermeisterin

Irene Gölles in Gloggnitz im Amt

GLOGGNITZ

Am 27. April 2010, einhalb Monate nach der nö. Gemeinderatswahl, wurde die 56-jährige Irene Gölles zur Bürgermeisterin gewählt. Obwohl ihre Liste „Wir für Gloggnitz“ nur acht der 29 Gemeinderatsmandate besetzt, stimmten bei der konstituierenden Gemeinderatsitzung 28 Mandatare für Gölles. Die Vertragsbedienstete der Stadtgemeinde, die am Bauamt arbeitete, ist nicht unbekannt in der Stadtpolitik. Von 1997 bis 2005 war sie Obfrau bzw. Stadträtin für Kultur- und Sozialangelegenheiten. Gölles bekleidete auch schon das Amt der Vizebürgermeisterin (2000 bis 2009).

Personalia

Österreich International

Krendesberger neuer Leiter

REHAU

Dipl.-Ing. Ingo Krendesberger, seit 2004 bei REHAU, zuletzt als Mitglied des Regional Executive Board Southeast Europe verantwortlich für Operations und Supply Chain Management, wurde mit 4. Mai 2010 auch zum Leiter Human Resources Österreich und Südosteuropa in Personalunion zu seiner bisherigen Funktion ernannt. Krendesberger folgt Dr. Gabriele Schwarzer nach, die Ende April das Unternehmen verlassen hat. Er will in seiner neuen Funktion vor allem Managementstrukturen voranbringen und den Vertrieb stärken.

Termin

Am 16. September 2010 ist Verkehrsrechtstag

Verkehrsrecht im Fokus

Der ZVR-Verkehrsrechtstag wird vom Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) in Kooperation mit der Universität Wien veranstaltet. Ziel ist es, die Blickwinkel und aktuellen Entwicklungen unterschiedlicher juristischer Disziplinen im Bereich des Verkehrsrechts zusammenzubringen – vom Versicherungsrecht über das Ver-

Schadenersatzrecht und dem Versicherungsrecht bis hin zum Europarecht und dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Nicht nur der Straßenverkehr, sondern auch Schiene, Schifffahrt, Seilbahnen und Luftverkehr spielen dabei eine bedeutsame Rolle.

Die steigende Mobilität von



Personen und Gütern und die rasanten Entwicklungen in der Verkehrs-telematik führen dazu, dass sich das Thema Verkehrsrecht neuen Anforderungen gegenüber sieht und sich dementsprechend anpassen muss.

waltungsrecht bis hin zum Strafrecht. Im Zentrum des diesjährigen Verkehrsrechtstags steht das 50-Jahr-Jubiläum eines für das Verkehrsrecht zentralen Gesetzes, der Straßenverkehrsordnung (StVO). Den Themenbereichen des Luftfahrts- und des Reiserechts ist heuer erstmals je ein Panel gewidmet. Die Ergebnisse des Verkehrsrechtstages werden in einem Sonderheft der Zeitschrift für Verkehrsrecht (ZVR) publiziert.

Verkehrsrecht überall

Das Verkehrsrecht berührt so gut wie alle rechtlichen Bereiche. Gerade in einer Gesellschaft, die immer mobiler wird und in der auch Gütertransporte eine immer größere Rolle spielen, wird das Thema Verkehr auch in Zukunft von großer Relevanz sein, angefangen vom

Personen und Gütern und die rasanten Entwicklungen in der Verkehrs-telematik führen dazu, dass sich das Thema Verkehrsrecht neuen Anforderungen gegenüber sieht und sich dementsprechend anpassen muss.

Schwerpunkte sind:

- Straßenverkehrsrecht – 50 Jahre StVO; Vorsitz: Mag. Martin Hoffer, ÖAMTC
- Richtlinienumsetzung Straßenverkehr; Vorsitz: Dr. Armin Kaltenecker, KfV
- Luftfahrtrecht; Vorsitz: Mag. Joachim Janezic, Rechtsanwalt
- Reiserecht; Vorsitz: SC Hon.-Prof. Dr. Georg Kathrein, BMJ
- Kfz: Schadenersatz- und Vertragsrecht; Vorsitz: Univ.-Prof. Dr. Christian Huber, Universität Aachen

Nähere Informationen und Anmeldungen unter www.verkehrsrechtstag.at Die Teilnahme ist kostenlos.

Termin: 16. September 2010

57. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG

Vorschau auf Ausgabe 9 ABC/2010 (September):



Ob Halle oder Zelt – hier 2009 in Lech am Arlberg: Die Gemeindevertreter füllen jede Location.

Motto: Energieeffizienz & Nachhaltigkeit

Dieser Gemeindetag bringt echte Weichenstellungen

Die gewählten Vertreter von 2357 Gemeinden Österreichs kommen einmal pro Jahr zusammen. Diese Veranstaltung ist das größte kommunalpolitische Ereignis Österreichs und inzwischen Fixpunkt im Ter-

minalender jedes Gemeindevertreter, aber auch in den Kalendern der politischen Spitzen des Staates und der Bundesländer. Neben Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Vizekanzler DI Josef Pröll haben zahlreiche weitere politische Spitzenvertreter ihr Kommen zugesagt. Auch politisch ist der Österreichische Gemeindetag von größter Bedeutung, weil die Delegierten hier ein Zeichen setzen, das die Bedeutung der Gemeinden für das Staatswesen deutlich macht. KOMMUNAL ist als exklusives Tagungsmedium drei Tage vor Ort und berichtet tagesaktuell.

KOMMUNALMESSE



Eine Messe für Österreichs 2357 Gemeinden

2010 findet im Rahmen des Österreichischen Gemeindetages wieder eine KOMMUNALMESSE statt. Auf über 6000 m² finden die tausenden Delegierten aus allen Gemeinden Österreichs und dem benachbarten Ausland alles, was das kommunale Herz begehrt. Hier ist der Ort, wo die führenden Repräsentanten der österreichischen Politik auf die Exponenten der kommunalen Wirtschaft und insgesamt rund 5000 Vertreter der Gemeinden treffen.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ Altstoff Recycling Austria AG	75
▶ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	44
▶ Bundesministerium für Finanzen	40
▶ Bundesministerium für Inneres	32
▶ CETRA Trading GmbH	71
▶ CityChannel Werbevertrieb GmbH	71
▶ Containex Handelsgesellschaft m.b.H.	67
▶ E-Control GmbH	76
▶ Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle Austria GmbH	51
▶ Immorent AG	78
▶ Kommunalkredit Austria AG	56
▶ nora flooring systems GesmbH	58
▶ Österreichische Post AG	70
▶ P+M Projektentwicklung und Management Holding	51
▶ Paul Wolff GmbH	82
▶ Personal & Informatik GmbH	83
▶ Raiffeisenlandesbank Oberösterreich	66
▶ RIS GmbH Internet-Lösungen und Dienstleistungen	50
▶ Schörghuber-Infrapool – Mag. Schaffner Constanze	64
▶ UniCredit Bank Austria AG	65
▶ Microsoft Österreich GmbH	93
▶ Westfalia Separator Austria GmbH	57

Vorschau auf Ausgabe 7&8/10 (Aug.):

DAS KOMMUNALE BÜRO

▶ Das kommunale Büro. Oder: Büro & Co.

2357 Büros, der überwiegende Großteil davon auf zwei Etagen, mit Sitzungssaal und zugehöriger Technik, Laptops für Bauverhandlungen oder anderes mobiles High-Tech, von Computern und Telefonanlagen nicht zu sprechen. Und das ist nur ein Aspekt des „Kommunalen Büros“ – das ist nur die „Hardware“. Die „Software“, ohne die nun wirklich gar nichts geht, sind die rund 70.000 Mitarbeiter, die alle sitzen wollen, die einen Tisch zum Arbeiten brauchen, die für den Einsatz die richtige Kleidung brauchen. All das und einiges mehr fällt unter den Begriff „Management im öffentlichen Raum“, dem KOMMUNAL im August auf den Grund geht.

TRADITIONELLE & ERNEUERBARE ENERGIE

▶ Klimafreundlich ... und am besten energetisch autark

Der Gemeindebund hat schon vor Jahren, lange vor der „hohen Politik“, auf die Bedeutung nachhaltiger Energiewirtschaft hingewiesen. Wir sehen uns an, wie es heute mit der „traditionellen und der erneuerbaren Energie in den Gemeinden“ aussieht.

KOMMUNALMESSE 2010

Die größte Wirtschaftsschau für Österreichs Gemeinden
im Rahmen des 57. Österreichischen Gemeindetages in Graz



KOMMUNALMESSE – die größte Leistungsschau für Österreichs Gemeinden

Die KOMMUNALMESSE ist der Ort, um Impulse für Investitionen in den 2.357 österreichischen Gemeinden zu setzen. Kommunale Entscheidungsträger aller Bundesländer treffen im September 2010 zusammen, um sich über aktuelle Herausforderungen zu beraten und Strategien zu entwickeln.

Nutzen Sie die Chance!
Am 9. und 10. September 2010 in Graz.

Wir informieren Sie: 01/532 23 88

WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**